

Politikwechsel für Deutschland

Wahlprogramm von CDU und CSU

- Entwurf [Stand: 13.12.2024] -

Inhalt

- KURZFASSUNG -

Auf einen Blick: Das ist 100 Prozent Union! 1

- LANGFASSUNG -

I.	Für ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können	9
II.	Unser Plan für ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft... 10	10
	Ja zu einer Agenda für die Fleißigen.....	10
	Ja zu Freiräumen für die Wirtschaft	12
	Ja zu bezahlbarer, sicherer und sauberer Energie.....	18
	Ja zu marktwirtschaftlichem Klima- und Umweltschutz.....	20
	Ja zu Forschung, Innovationen und neuen Technologien	23
	Ja zu einem starken und gerechten Sozialstaat	28
	Ja zu mehr Eigentum, Vermögensbildung und sicherer Altersvorsorge.....	30
	Ja zu einer Landwirtschaft mit Zukunft	32
III.	Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist	35
	Ja zu Recht und Ordnung	35
	Ja zum Stopp der illegalen Migration.....	39
	Ja zu einer wehrhaften Demokratie	41
	Ja zu unserer Verantwortung in der Welt.....	44
	Ja zu einer voll verteidigungsfähigen Bundeswehr	47
	Ja zu einem starken Europa	50
IV.	Unser Plan für ein Land, das wieder zusammenhält.....	53
	Ja zu Leitkultur und Zusammenhalt.....	53
	Ja zu Familie und Verantwortung	59
	Ja zu Aufstieg durch Bildung	61
	Ja zu leistungstarker beruflicher und akademischer Bildung....	63
	Ja zu guter Gesundheit und Pflege	66
	Ja zu bezahlbarem Bauen, Wohnen und zukunftsfähiger Mobilität.....	69
	Ja zu einem funktionierenden Staat – das ist unser Zukunftsversprechen	72
	Wahlaufruf.....	77

2 Auf einen Blick: Das ist 100 Prozent Union!

3 Wir alle wissen, wie es um unser Land steht – und dass es so nicht weitergehen kann. Zu
4 Recht wird von jeder Bundesregierung erwartet, dass es am Ende ihrer Amtszeit Land und
5 Leuten besser geht. Die Ampel hat diese Erwartungen enttäuscht. Hinter Deutschland lie-
6 gen drei verlorene Jahre – und vor uns historisch große Herausforderungen. Es geht um
7 viel in den kommenden Jahren. Es geht um unsere Freiheit, es geht um Frieden, Wohlstand,
8 Sicherheit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

9 Wir wissen zugleich um die Kraft, die in unserem Land und in jedem Einzelnen von uns
10 steckt. Wir haben alles, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Es geht darum, die-
11 ses Potenzial wieder freizusetzen.

12 Dafür braucht unser Land eine Bundesregierung, die wieder die wirklich wichtigen Dinge
13 anpackt: Die Sicherung des Friedens in Freiheit, Wohlstand für alle, Sicherheit und Zusam-
14 menhalt. Unser Land braucht Stabilität und Aufbruch. Unser Land braucht einen Politik-
15 wechsel!

16 Unsere Überzeugung ist: Mit einer neuen Politik können wir dafür sorgen, dass Deutsch-
17 land wieder nach vorne kommt. Und unser Versprechen ist: Wir werden dafür sorgen.

18 Dafür haben wir einen Plan:

19 Für ein neues Wohlstandsversprechen

20 Deutschland braucht wieder eine Politik für die hart arbeitende Bevölkerung – eine Agenda
21 für die Fleißigen. Es kommt jetzt auf breite Entlastungen an. Leistung muss sich wieder
22 lohnen.

23 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 24 • Wir entlasten vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Dafür pas-
25 sen wir den Einkommensteuertarif an. Unser Ziel für die Sozialversicherungsbeiträge:
26 Wir wollen uns wieder auf die 40 Prozent hinbewegen.
- 27 • Wir stellen Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit steuerfrei. Wer freiwillig mehr ar-
28 beiten will, soll mehr Netto vom Brutto haben.
- 29 • Wir erhöhen die Pendlerpauschale. So stärken wir unsere Leistungsträger im ländlichen
30 Raum.
- 31 • Wir modernisieren das Arbeitsrecht: Künftig soll für alle Unternehmen anstelle der täg-
32 lichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit gelten.
- 33 • Für ausländische Fachkräfte richten wir eine digitale „Work-and-Stay-Agentur“ ein. Sie
34 bietet Service aus einer Hand: Anwerbung, Arbeitsplatzvermittlung, Prüfung der Ein-
35 reise-Voraussetzungen, Visavergabe, Aufenthaltstitel.

36 **Aufbruch für die Wirtschaft – mit neuer Freiheit Kräfte freisetzen**

37 Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Deshalb setzen wir auf
38 Wachstum, Investitionen, Freiräume für unsere Unternehmen und gute Arbeitsplätze.

39 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 40 • Wir senken die Unternehmenssteuerbelastung auf maximal 25 Prozent, schaffen den
41 Rest-Soli ab und verbessern Abschreibungen und Verlustverrechnung.
- 42 • Wir beseitigen mit Entrümpelungsgesetzen und Bürokratie-Checks überflüssigen Pa-
43 pierkram. Statistikpflichten und Doppelstrukturen bauen wir ab.
- 44 • Wir stoppen Belastungen: Das nationale Lieferkettengesetz schaffen wir ab.
- 45 • Wir machen Schluss mit Draufsatteln: Dazu nehmen wir die deutsche Übererfüllung von
46 europäischem Recht zurück und unterbinden sie künftig.

47 **Energie bezahlbar machen, Klima marktwirtschaftlich schützen**

48 Wir beenden die ideologiegetriebene Politik der Ampel. Es braucht jetzt einen Politikwech-
49 sel: Mit den Menschen und nicht gegen sie – so funktioniert Energie- und Klimapolitik.

50 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 51 • Wir senken die Stromsteuer und die Netzentgelte. Der Strom muss für alle schnell und
52 spürbar günstiger werden.
- 53 • Wir bauen Netze, Speicher und alle Erneuerbaren aus und setzen auf Bezahlbarkeit und
54 Versorgungssicherheit. Nur mehr Angebot senkt die Preise.
- 55 • Wir halten an der Option Kernenergie fest. Dabei setzen wir auf die Forschung zu Kern-
56 energie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraft-
57 werken. Die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke
58 prüfen wir.
- 59 • Wir schaffen das Heizungsgesetz der Ampel ab. Mit dem Reinregieren in den Heizungs-
60 keller muss Schluss sein. Die Menschen wissen selbst, womit sie am besten heizen. Wir
61 fördern technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen.
- 62 • Wir setzen auf den Emissionshandel. Er ist das richtige Instrument, um die Emissions-
63 menge effizient zu begrenzen und damit das Klima bestmöglich zu schützen.

64 **Unser Land wieder FITT machen**

65 Forschung, Innovationen, Technologien und Transfer (FITT) sind die Grundlage für eine
66 wettbewerbsfähige Wirtschaft mit gut bezahlten Arbeitsplätzen. Mit „Made in Germany“
67 wieder an die Spitze!

68 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 69 • Wir treiben mit Digitalisierung sowie souveränen KI- und Cloudanwendungen die
70 Re-Industrialisierung unseres Landes voran. Zukunftstechnologien brauchen Frei-
71 räume, der Staat braucht klare Zuständigkeiten. Dazu richten wir ein Bundesdigitalmi-
72 nisterium ein.

- Wir sorgen dafür, dass Wirtschaft und Staat bis 2030 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden.
- Wir legen eine Hightech-Agenda vor. Deutschland muss Kompetenzzentrum und Innovationsstandort für Zukunftstechnologien werden – von der Luft- und Raumfahrt bis zum Quantencomputing. Wir werden eine neue, ambitionierte Raumfahrtstrategie verfolgen.
- Wir machen Lust auf Unternehmertum. Mit einer „Gründerschutzzone“ befreien wir in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften.
- Wir steuern um: Die Datenschutzpolitik muss eine echte Datenchancenpolitik werden. Die Chancen von Open Data für Innovationen und Wachstum müssen wir nutzen.

Für einen starken und gerechten Sozialstaat

Das erwarten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Politik. Und zwar zu Recht, denn sie schaffen mit ihrem Leistungswillen unseren Wohlstand.

Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- Wir schaffen das sogenannte „Bürgergeld“ ab und ersetzen es durch eine Neue Grundversicherung. Fördern und Fordern muss immer gelten.
- Wir stehen zum gesetzlichen Mindestlohn und einer starken, unabhängigen Mindestlohnkommission. Lohnfindung muss Sache der Sozialpartner sein – im Sinne von Fairness und wirtschaftlicher Vernunft.
- Wir fördern die Vorsorge mit Eigentum und Vermögen durch höhere Freibeträge bei Grunderwerb- und Erbschaftsteuer sowie beim Sparen. Eine Vermögensteuer lehnen wir ab.
- Wir halten an der bestehenden gesetzlichen Regelung zum Renteneintrittsalter fest. Rentenkürzungen wird es mit uns nicht geben.
- Wir führen eine Aktivrente ein. Wer über das gesetzliche Rentenalter hinaus freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei.
- Wir führen eine Frühstart-Rente ein. Dafür fördert der Staat für alle 6- bis 18-Jährigen mit 10 Euro pro Monat die individuelle und kapitalgedeckte private Altersvorsorge. So bilden wir für die frühe private Altersvorsorge ein Startvermögen.
- Wir entlasten die Rentnerinnen und Rentner auch ganz praktisch und wollen für den Regelfall deren Steuererklärung entbehrlich machen.

Unserer Landwirtschaft den Rücken stärken

Landwirte verdienen Anerkennung, Respekt und Vertrauen. Wir sorgen für Entlastungen durch bessere Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.

Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- Wir führen die Agrardieselmrückvergütung wieder vollständig ein. So entlasten wir landwirtschaftliche Betriebe.
- Wir machen uns in Brüssel dafür stark, dass das Agrarbudget gut ausgestattet bleibt. Gleichzeitig muss die Gemeinsame Agrarpolitik drastisch vereinfacht werden.

- 111 • Wir sagen Bürokratie den Kampf an: Nährstoffbilanz im Düngerecht, Bodengesetz, Taxo-
112 nomie. Ein Landwirt muss wieder Landwirt sein können.
- 113 • Die Land- und Forstwirte können sich auf uns verlassen: Wir unterstützen innovative
114 Technologien und nachhaltige Bewirtschaftung. Die zwangsweise Stilllegung von Flä-
115 chen wird es mit uns nicht geben.
- 116 • Wir regeln den Wolfsbestand. Wölfe müssen – regional unterschiedlich – bejagt werden
117 können, damit weniger Weidetiere gerissen werden.

118 Recht und Ordnung durchsetzen

119 Wir setzen auf eine Null-Toleranz-Strategie, stärken Polizei und Strafverfolgungsbehörden
120 den Rücken und geben ihnen die notwendigen Befugnisse an die Hand, die es braucht.

121 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 122 • Wir verschärfen das Strafrecht und beschleunigen Verfahren. Die Strafe muss der Tat auf
123 dem Fuße folgen.
- 124 • Wir setzen verstärkt auf die elektronische Fußfessel. Gewalttäter gegen Frauen müssen
125 gestoppt werden.
- 126 • Wir setzen mehr Videokameras sowie Systeme zur automatisierten Gesichtserkennung
127 an Brennpunkten und Gefahrenorten ein. Straftäter dürfen nicht einfach so davonkom-
128 men.
- 129 • Wir verpflichten die Internetanbieter zur Speicherung der IP-Adressen. Schwere Strafta-
130 ten wie sexuelle Gewalt gegen Kinder verhindern wir – auch im Netz.
- 131 • Wir schaffen das Cannabis-Gesetz der Ampel ab. Dieses Gesetz schützt Dealer und setzt
132 unsere Kinder und Jugendlichen dem Drogenkonsum und der Sucht aus.

133 Illegale Migration stoppen

134 Unser Land braucht eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik. Der Zuzug ist zu
135 viel und nicht mehr stemmbar. Eine strikte Begrenzung der Migration ist dringend nötig.

136 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 137 • Wir kontrollieren die deutschen Staatsgrenzen und setzen konsequente Zurückweisun-
138 gen an der Grenze durch. Wir müssen wieder selbst entscheiden, wer zu uns kommt und
139 wer bleiben darf.
- 140 • Wir beschleunigen Asylverfahren und Rückführungen. Dazu erklären wir weitere Länder
141 zu sicheren Herkunftsländern und schieben auch wieder nach Syrien und Afghanistan
142 ab.
- 143 • Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle
144 freiwilligen Aufnahmeprogramme.
- 145 • Wir richten Sozialleistungen für Ausreisepflichtige am Grundsatz „Bett, Brot und Seife“
146 aus. Bei der Bezahlkarte machen wir keine Abstriche.
- 147 • Wir wollen das europäische Asylrecht ändern. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in
148 einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei
149 Bedarf Schutz finden.

Schutz und Sicherheit – die Feinde unseres Staates bekämpfen

Den zunehmenden extremistischen Gefährdungen treten wir mit einem 360-Grad-Blick entgegen. Wir bekämpfen jede Form von Extremismus, Gewalt und Terror mit voller Härte.

Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- Wir stellen das Unterstützen von Terror-Organisationen konsequenter unter Strafe und greifen durch: Ausweisung, Entzug des Aufenthaltstitel, Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft.
- Wir schließen Moscheen, in denen Hass und Antisemitismus gepredigt wird. Für Islamismus gibt es keinen rechtsfreien Raum.
- Wir zeigen Rechtsextremisten die Rote Karte und bekämpfen sie mit voller Härte auf der Basis unseres 2020 gestarteten Maßnahmenpakets.
- Wir begegnen Linksextremismus genauso konsequent. Wir lassen nicht zu, dass offen zur Gewalt gegen unseren Staat aufgerufen wird und das Eigentum Dritter oder kritische Infrastrukturen angegriffen werden.
- Wir bestrafen konsequent das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole sowie verfassungsfeindliche und antisemitische Äußerungen. Der Rechtsstaat muss durchgreifen.
- Wir rüsten mit einer echten Zollpolizei auf und schöpfen Verbrechensgewinne ab. Künftig müssen Kriminelle nachweisen, woher ihr Vermögen kommt – von der Villa bis zur Yacht. Straftaten dürfen sich nicht lohnen.

Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen

Wir müssen geopolitisch handlungsfähiger werden und unsere berechtigten nationalen Interessen strategisch klug vertreten, statt unsere internationalen Partner arrogant zu belehren.

Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- Wir stehen für ein Europa, das sich in die richtige Richtung entwickelt: weniger Bürokratie, mehr Wettbewerbsfähigkeit.
- Wir wollen die transatlantische Partnerschaft als Fundament der westlichen Welt stärken – gerade in bewegten Zeiten.
- Wir beleben unsere Beziehungen zu Frankreich und Polen neu: Wir setzen Impulse beim Vorgehen gegen illegale Migration, Wirtschaft und Innovationen, Sicherheit und Verteidigung.
- Wir schaffen einen Nationalen Sicherheitsrat mit Sitz im Bundeskanzleramt. Damit vernetzen wir Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Europa- und Entwicklungspolitik.
- Wir unterstützen die Ukraine mit diplomatischen, finanziellen und humanitären Mitteln sowie mit Waffenlieferungen. Sie verteidigt auch unsere Freiheit. Israel stehen wir bei seinem legitimen Kampf gegen den Terror zur Seite.

Für Freiheit, Frieden und Sicherheit

Frieden in Sicherheit und Freiheit ist die Richtschnur für unser sicherheitspolitisches Handeln. Dafür bauen wir eine starke Bundeswehr auf.

189 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 190 • Wir führen eine aufwachsende Wehrpflicht ein. Das ist notwendig für Frieden und Si-
191 cherheit unseres Landes.
- 192 • Wir stehen zum Zwei-Prozent-Ziel – mindestens. Denn die NATO ist unsere Sicherheits-
193 garantie.
- 194 • Wir stärken unsere Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Bei der Beschaffung von
195 Material und Ausrüstung wollen wir mehr Zusammenarbeit und Produktion in Europa.
- 196 • Wir übernehmen die Führung beim Aufbau eines europäischen Raketenabwehrschirms.
197 Die Bedrohung aus der Luft ist größer denn je.

198 Leitkultur und Zusammenhalt leben

199 Es gibt in unserem Land gewachsene Spielregeln und Normen, die von allen, die hier leben
200 wollen, anerkannt und respektiert werden müssen. Wir stehen zu unserer Leitkultur.

201 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 202 • Wir führen verpflichtende Integrationsvereinbarungen ein. Für ein klares Bekenntnis zu
203 unseren Werten! Unser Ziel ist, Integration eng zu begleiten und einzufordern.
- 204 • Wir schaffen bessere Startchancen durch ein breites Angebot an Deutsch- und Integrati-
205 onskursen. Allen muss klar sein: Ohne deutsche Sprache gelingt Integration nicht.
- 206 • Wir machen die Express-Einbürgerung der Ampel rückgängig ebenso wie die generelle
207 Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft. Der deutsche Pass steht am Ende der In-
208 tegration und nicht am Anfang.
- 209 • Wir entlasten Sportvereine und Menschen, die sich für andere engagieren. Die Ehren-
210 amts- und die Übungsleiterpauschale erhöhen wir spürbar.
- 211 • Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. Das eröffnet jungen
212 Menschen Chancen und schafft ein neues Wir-Gefühl.
- 213 • Wir unterbinden einen ferngesteuerten Islam. Schluss mit dem Einfluss ausländischer
214 Regierungen über Moscheevereine und Islamverbände auf die deutschen Muslime!

215 Familien unterstützen, Verantwortung übernehmen

216 Familien sind echte Leistungsträger und schaffen Stabilität. Unser Anspruch: Wir geben
217 Familien genug Spielräume, um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können.

218 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 219 • Wir verbessern Elternzeit und Elterngeld. Sie geben Familien mehr Zeit und unterstüt-
220 zen den Wunsch nach Aufgabenteilung.
- 221 • Wir entwickeln perspektivisch den Kinderfreibetrag in Richtung des Grundfreibetrags
222 der Eltern. Entsprechend heben wir auch das Kindergeld an. Zudem halten wir am Ehe-
223 gattensplitting fest und wollen Kinder künftig stärker berücksichtigen.
- 224 • Wir wollen eine gute Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen. Zudem erhöhen wir die
225 steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten.
- 226 • Wir schaffen das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel wieder ab. Der Jugendschutz und
227 das Erziehungsrecht der Eltern dürfen nicht untergraben werden.

228 Für gute Bildung

229 Kinder sind unsere Zukunft und brauchen beste Startmöglichkeiten von Anfang an – und
230 zwar alle. Dreh- und Angelpunkt ist ein funktionierendes, verlässliches Bildungssystem.

231 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 232 • Wir setzen auf verpflichtende Sprachtests im Vorschulalter. Kinder mit Sprachproble-
233 men müssen eine Kita oder Vorschule besuchen.
- 234 • Wir stellen Anstrengung und Leistung wieder in den Mittelpunkt, angefangen bei Kern-
235 fächern wie Mathe und Deutsch bis hin zu den Bundesjugendspielen.
- 236 • Wir wollen ein bundesweit vergleichbares Abitur auf hohem Niveau. Bei den Anforderun-
237 gen darf es keine Abstriche geben.
- 238 • Wir unterstützen die Entwicklung der Berufsschulen. Es kommt auf jede Fachkraft an.
239 Für Flexibilität im Beruf fördern wir Teil- und Weiterqualifizierungen.
- 240 • Wir verbessern das BAföG und die Hinzuverdienstmöglichkeiten. Zudem sorgen wir da-
241 für, dass die Beantragung unbürokratischer und schneller wird.

242 Für gute Gesundheit und Pflege

243 Wir stehen für eine hochwertige Gesundheitsversorgung, die auch auf dem Land verlässlich
244 funktioniert. Es geht uns um Daseinsvorsorge, Eigenverantwortung und Prävention.

245 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 246 • Wir stärken die Strukturen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land.
- 247 • Wir sorgen dafür, dass die langen Wartezeiten auf einen Arzttermin sinken. Dazu verbes-
248 sern wir die Patientensteuerung.
- 249 • Wir stärken die Präsenzapotheken und geben ihnen eine Zukunft. Für viele Menschen
250 sind sie der erste Ansprechpartner bei gesundheitlichen Problemen.
- 251 • Wir verbessern die häusliche Pflege und die Situation der Angehörigen. Pflegerische
252 Leistungen müssen flexibler eingesetzt werden können.
- 253 • Wir gehen den Personalnotstand an, indem wir den Pflegeberuf attraktiver machen. Es
254 muss mehr Planbarkeit und Aufstiegsmöglichkeiten geben.

255 Für Bauen, Wohnen und zukunftsfähige Mobilität

256 Egal ob Stadt oder Land – Menschen sollen gut leben, wo ihr zu Hause ist. Dafür braucht es
257 gleichwertige Lebensverhältnisse und eine Politik, die sich dazu bekennt.

258 Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- 259 • Wir machen Bauen bezahlbar. Dazu entschlacken wir das Bauordnungs- und Raumord-
260 nungsrecht grundlegend und reduzieren die Vorschriften spürbar und verantwortlich.
261 Nur günstigeres und mehr Bauen sorgt für günstigere Mieten.
- 262 • Wir erlauben dauerhaftes Bauen auch dort, wo bisher nur vereinfachtes Bauen nach Son-
263 derregelungen erlaubt war. Zudem setzen wir auf einfaches und innovatives Bauen.

- Wir stehen für einen wirksamen und angemessenen Mieterschutz – dazu gehören auch die Regeln zur Miethöhe. Der soziale Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden.
- Wir machen Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig. So fördern wir die effiziente energetische Sanierung des Immobilienbestands.
- Wir machen die Bahn flott, indem wir die Strukturen angehen. Für mehr Wettbewerb müssen Infrastruktur- und Transportbereich stärker als bisher voneinander getrennt werden.
- Wir stehen zum Auto und zur Automobilindustrie. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden.
- Wir machen die digitale Kraftfahrzeug-Anmeldung zum Standard, indem wir sie bundesweit einheitlich und unkompliziert gestalten. Das gilt auch für die Einbindung der Versicherer. Zudem führen wir die digitale Fahrzeugakte ein.

Funktionierender Staat – unser Zukunftsversprechen

Die Ampel hat gestritten und Vertrauen zerstört. Wir wollen handeln und Vertrauen zurückgewinnen – schneller, effizienter, digital und mit schlankeren Strukturen.

Wir handeln. Worauf es jetzt vor allem ankommt:

- Wir halbieren die Zahl der Beauftragten und kommen in der Ministerialverwaltung und der Bundestagsverwaltung mit mindestens zehn Prozent weniger Personal aus.
- Wir halten an der Schuldenbremse des Grundgesetzes fest. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.
- Wir schützen deutsche Sparer. Allen Formen einer Haftung Deutschlands für Schulden anderer EU-Staaten erteilen wir eine klare Absage.
- Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen – gerade bei Bau, Verkehr und digitalen Infrastrukturen.
- Wir werden mit einem Sofortprogramm ab der ersten Stunde beweisen, dass richtige Politik einen Unterschied machen kann.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

Sie haben eine Regierung verdient, die unser Land besser regiert.

Wir wissen, wie das geht. Und wir werden besser regieren.

Wir freuen uns über jede Hand, die mit anpackt,

damit Deutschland wieder nach vorne kommt.

Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung – mit Ihren beiden Stimmen für die Union!

301 I. Für ein Deutschland, auf das wir 302 wieder stolz sein können

303 Unsere Bundesrepublik Deutschland ist eine großartige Erfolgsgeschichte: Wiederaufbau,
304 Wirtschaftswunder und Weltmeistertitel, Westbindung, Friedliche Revolution, Wiederver-
305 einigung und Aufbauleistung der Ostdeutschen, Wohlstand, Soziale Marktwirtschaft mit
306 guter Arbeit und starken Sozialversicherungen, „Made in Germany“ als weltweit bekanntes
307 Qualitätssiegel, eine starke Europäische Union, unsere Freundschaft mit Frankreich und
308 Polen, Aussöhnung mit Israel und transatlantische Partnerschaft, Freiheit und Sicherheit.
309 Darauf können wir stolz sein!

310 Die vergangenen Jahre zeichnen leider ein anderes, schlechteres Bild unseres Landes: Die
311 Wirtschaft schrumpft, unsere Industrie ist international unter Druck, die Infrastruktur zum
312 Teil marode. Die Arbeitslosigkeit steigt, die sozialen Sicherungssysteme sind in Schieflage.
313 Populisten und Extremisten vertiefen die Spaltung immer weiter.

314 Zugleich erleben wir Herausforderungen historischen Ausmaßes: Deutschland und Europa
315 müssen sich der Bedrohung ihrer Sicherheit erwehren und sind weiter mit massiver illega-
316 ler Migration konfrontiert. Hinzu kommen tiefgreifende Umbrüche im Zuge der Digitalisie-
317 rung und nicht zuletzt die Menschheitsaufgabe Klimawandel.

318 Wir wissen aber auch: Deutschland hat alles, um wieder nach vorne zu kommen. Wir wissen
319 um die Talente und Fähigkeiten, die jeder Einzelne mitbringt. Wir wissen, dass mit Eigen-
320 verantwortung, Leistung und Solidarität wieder etwas Großes entstehen kann. Wir glauben
321 an die Kraft und den Ideenreichtum der Menschen. Wir glauben an ein wehrhaftes Deutsch-
322 land, das Verantwortung in Europa und der Welt übernimmt und seine Interessen selbst-
323 bewusst vertritt. Wir glauben an die große Kraft in unserem Land.

324 Diese Kraft werden wir freisetzen. Dafür braucht unser Land eine Regierung, die verlässlich
325 arbeitet und die wirklich wichtigen Dinge anpackt: Wohlstand für alle, Sicherheit und Zu-
326 sammenhalt. Unser Land braucht Stabilität und Aufbruch. Unser Land braucht einen Poli-
327 tikwechsel. Dafür treten wir als CDU und CSU bei der Bundestagswahl gemeinsam an. Und
328 dafür werben wir um Vertrauen.

329 Wir glauben daran, dass Deutschland mit einer neuen Politik wieder nach vorne kommt.
330 Wir sorgen dafür, dass Deutschland mit einer neuen Politik wieder nach vorne kommt. Jetzt
331 heißt es: Machen statt reden! Regieren statt streiten! Wir haben einen Plan für Deutschland.
332 Die Zeit drängt. Wir setzen einen starken Impuls für Aufbruch und Zuversicht.

333 **Wir wollen ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft.**

334 **Wir wollen ein Land, das frei und wieder sicher ist.**

335 **Wir wollen ein Land, das wieder zusammenhält.**

336 **Wir wollen Deutschland wieder nach vorne bringen.**

337 **Ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können.**

II. Unser Plan für ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft

Deutschland ist eine starke Volkswirtschaft. Deutschland hat alles, was es braucht: Wir sind das Land des Mittelstands und der Familienunternehmen, der Hidden Champions und des Handwerks, der Selbständigen und freien Berufe, der innovativen Gründer und weltweit erfolgreichen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Und überall und mittendrin: fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unser Land am Laufen halten, kreative Erfinder, exzellente Ingenieure und Landwirte, die uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen. Darauf können wir setzen, auch in schwieriger Zeit – und das müssen wir auch. Die wirtschaftliche Lage in unserem Land ist angespannt, die industrielle Basis brüchig geworden und damit auch die Stabilität unseres sozialen Netzes. Viele Unternehmen und Betriebe klagen über hohe Energiepreise, Bürokratiewahnsinn und neue Regulierung am laufenden Band, fehlende Fachkräfte und eine erdrückende Steuerlast. Und wer nicht klagt, hat schon aufgegeben – entweder den Standort Deutschland, um anderswo zu produzieren, oder ganz und gar. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fragen sich: Lohnt es sich noch, arbeiten zu gehen? Sie wünschen sich eine Gesellschaft, in der sich Leistung lohnt und zugleich denen die Hand gereicht wird, die auf Hilfe angewiesen sind.

Wir stehen zur Sozialen Marktwirtschaft, wir stehen zu Wettbewerb, Wachstum und Wohlstand. Für uns ist klar: „Wohlstand für alle“ geht nur mit Freiräumen und Planungssicherheit für die Wirtschaft, mit einem starken und gerechten Sozialstaat, mit Eigenverantwortung und Fleiß, der auch belohnt wird. Dafür braucht unser Land jetzt einen Politikwechsel.

Wir wollen ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft.

Wir wollen Deutschland wieder nach vorne bringen.

Ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können.

Ja zu einer Agenda für die Fleißigen

Unser Plan:

Leistung muss sich wieder lohnen.

Arbeitsrecht modernisieren.

Arbeits- und Fachkräfte gewinnen.

Wir handeln.

Leistung muss sich wieder lohnen

Die Belastung durch Steuern und andere Abgaben in unserem Land ist zu hoch. Wir brauchen daher eine Agenda für die Fleißigen, eine breite Entlastung für die Bevölkerung: Wer

371 mehr leistet, muss sich mehr leisten können. Niedrigere Steuern und Beiträge sorgen zu-
372 dem für höhere Löhne, mehr Arbeitsplätze, stärkeres Wachstum und sichere Sozialsys-
373 teme.

374 • **Einkommen entlasten.** Dazu flachen wir den Einkommensteuertarif schrittweise spürbar
375 ab. Die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz erhöhen wir deutlich.

376 • **Geringverdiener entlasten.** Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet.
377 Unser Ziel für die Sozialversicherungsbeiträge: Wir wollen uns wieder auf die 40 Prozent
378 hinbewegen. Mit einem jährlichen „Sozialstaatstragfähigkeitsbericht“ haben wir die Ent-
379 wicklung der Sozialkassen fest im Blick und ergreifen erforderliche Maßnahmen.

380 • **Belastungen durch Inflation verhindern.** Steigende Preise dürfen nicht zu höherer Ein-
381 kommensteuerlast führen. Deshalb passen wir den Einkommensteuertarif regelmäßig
382 an die Inflation an und gleichen so die kalte Progression aus. Dabei berücksichtigen wir
383 auch alle inflationssensiblen Abzugsbeträge.

384 • **Pendler entlasten.** Die Pendlerpauschale erhöhen wir. So stärken wir unsere Leistungs-
385 träger im ländlichen Raum.

386 • **Mehrarbeit muss sich lohnen.** Wir stellen Überstundenzuschläge bei Vollzeitbeschäfti-
387 gung steuerfrei. Wer freiwillig mehr arbeiten will, soll mehr Netto vom Brutto haben.

388 • **Schnelle Entlastungen in Krisen ermöglichen.** Wir setzen uns in Europa dafür ein, dass
389 in angespannter Lage die Energie- und Umsatzsteuer für Güter des täglichen Bedarfs
390 schnell und ohne langwierige Genehmigung reduziert werden dürfen.

391 **Arbeitsrecht modernisieren**

392 Unser Arbeitsrecht ist in die Jahre gekommen, eine Modernisierung mehr als überfällig.
393 Wir müssen die Veränderungen in einer modernen, digitalen Arbeitswelt berücksichtigen
394 und insbesondere die Entwicklungen hin zu einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufgrei-
395 fen. Das gehen wir entschlossen an.

396 • **Flexibler arbeiten.** Wir reformieren das Arbeitszeitgesetz und legen für alle Unterneh-
397 men anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit im Sinne der europäi-
398 schen Arbeitszeitrichtlinie fest.

399 • **Hohe Standards beim Arbeitsschutz wahren.** Das gilt vor allem bei gefahrgeneigten Be-
400 rufen. Hier berücksichtigen wir die besonderen Schutzerfordernisse, weil das Unfallri-
401 siko nach acht Stunden steigt.

402 • **Rechtssicher mobil und im Homeoffice arbeiten.** Wir gestalten die Vorgaben für mobile
403 Arbeitsplätze praxisnäher. Gleichzeitig stellen wir klar, dass mobiles Arbeiten an frei ge-
404 wählten Orten nicht in den Anwendungsbereich der Arbeitsstättenverordnung fällt. Auch
405 für das Homeoffice schaffen wir Rechtssicherheit und fördern damit mobile Arbeitsfor-
406 men: Sofern freiwillig gewählt, definieren wir es unabhängig vom zeitlichen Umfang als
407 einen Unterfall des mobilen Arbeitens.

- **In Europa mobil arbeiten.** Das grenzüberschreitende mobile Arbeiten innerhalb der EU muss sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber rechtssicher und möglichst flexibel werden.
- **Personalpartnerschaften erleichtern und rechtssicherer machen.** So können sich zwei Unternehmen im Rahmen einer Kooperation freie Personalkapazitäten mit Zustimmung der Betriebsräte untereinander zur Verfügung stellen.

Arbeits- und Fachkräfte gewinnen

Der Arbeits- und Fachkräftemangel bremst unsere wirtschaftliche Entwicklung. Aus demografischen Gründen verschärft er sich weiter und wird zu einem echten Standortrisiko. Eigentlich könnten die Unternehmen mehr produzieren, doch dafür fehlt das Personal. Mit einer Fachkräfteoffensive bekämpfen wir das Problem und sorgen für mehr Produktivität. Für ausländische Fachkräfte wollen wir ein attraktiver Standort sein und lebenswerte Heimat werden.

- **Hürden aus dem Weg räumen.** Vor allem Frauen in Teilzeit sind eine Gruppe mit großem Potenzial für den Arbeitsmarkt. Es braucht bessere Rahmenbedingungen für Vollzeit- oder vollzeitnahe Arbeit.
- **Haushaltsnahe Dienstleistungen stärken.** Wir verbessern die steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen.
- **Berufsabschluss nachholen.** Menschen in Helfertätigkeiten fördern wir auf ihrem Weg zu einer qualifizierten Fachkraft und entwickeln Anreize zum Erwerb beruflicher Qualifikationen.
- **Vorbeschäftigungsverbot nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze abschaffen.** Damit machen wir Arbeitsverträge rechtssicher. So sorgen wir auch für mehr Flexibilität.
- **Ausländische Fachkräfte gewinnen.** Dabei ist eine gute Qualifikation von zentraler Bedeutung. So kann dauerhafte Beschäftigung erreicht werden. Den Fokus legen wir auf die vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.
- **Schnellere und digitale Prozesse für Erwerbszuwanderer.** Dazu richten wir eine digitale Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) ein. Fachkräfte erhalten so Service aus einer Hand: von der Anwerbung und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreise-Voraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel. Wir trennen die Asylverfahren von den Verfahren zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt.

Ja zu Freiräumen für die Wirtschaft

Unser Plan:

Steuerlast verringern.

Bürokratie spürbar abbauen.

Steuern vereinfachen.

444 **Resilienz der Wirtschaft stärken.**

445 **Freien Handel und Exporte unterstützen.**

446 **Wir handeln.**

447 **Steuerlast verringern**

448 Deutschland ist für Unternehmen ein Hochsteuerland. Ein erfolgreicher und gefragter
449 Wirtschaftsstandort muss auch bei der Steuerbelastung wettbewerbsfähig sein. So ermög-
450 lichen wir höhere Löhne, mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum. Und so schaffen wir die
451 Grundlage dafür, dass unsere Städte und Gemeinden eine verlässliche und auskömmliche
452 Finanzausstattung haben und die unterschiedlichen Herausforderungen vor Ort aus eige-
453 ner Kraft meistern können. Es ist Zeit für eine große Steuerreform.

454 • **Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung.** Unser Ziel ist eine attraktive Unterneh-
455 mensbesteuerung von maximal 25 Prozent auf einbehaltene Gewinne, die wir schritt-
456 weise umsetzen wollen. Dazu senken wir insbesondere die Tarifbelastung und verbes-
457 sern wesentlich das Optionsmodell und die Thesaurierungsbegünstigung. Bei den beste-
458 henden Steuersystemen für Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften schaffen
459 wir mehr Wahlrechte, Einheitlichkeit und Durchlässigkeit.

460 • **Weg mit dem Rest-Soli.** Wir schaffen den restlichen Solidaritätszuschlag ab. Er hat seine
461 Aufgabe längst erfüllt, ist fast 35 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr zu recht-
462 fertigen und belastet Unternehmen, Fachkräfte und Sparer.

463 • **Verlustverrechnung verbessern.** Dazu weiten wir den Verlustrücktrag aus und schaffen
464 die Beschränkung des Verlustvortrags durch die Mindestbesteuerung ab.

465 • **Mit Abschreibungen neue Impulse geben.** Dazu fassen wir die AfA-Tabellen neu und ak-
466 tualisieren die Abschreibungsdauern. Unser Ziel sind digitalisierte Tabellen mit den be-
467 triebsgewöhnlichen Nutzungsdauern. Wir wollen Turboabschreibungen für einen
468 schnellen Wachstumsimpuls.

469 • **Heute schon an morgen denken.** Auch die nächste Generation soll ein Unternehmen wei-
470 terführen können. Deshalb belasten wir Familienunternehmen in der Erbfolge nicht in
471 der Substanz und vereinfachen Unternehmensnachfolgen.

472 • **Gastro-Steuer runter.** Wir reduzieren die Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie
473 auf sieben Prozent.

474 **Bürokratie spürbar abbauen**

475 Überbordende Dokumentations- und Meldepflichten, mangelnde Flexibilität, lange Verfah-
476 ren sowie Vollzugsprobleme in Behörden: Das kostet unnötig Geld, Zeit, Nerven und Perso-
477 nal, gerade im Mittelstand. Schlimmer noch: Unternehmen und alle, die anpacken wollen,
478 verlieren den Mut für Neues. Bürokratieabbau, das heißt in Wahrheit „Freiheit zurückge-
479 ben“. Wir wollen eine Kultur des Machens und nicht der Fehlervermeidung. Früher waren
480 wir stolz, wie schnell in Deutschland Dinge funktionierten. Das ist wieder unser Ziel.

- 481 • **Unser Land vom Bürokratiewahnsinn heilen.** Wir beschließen Jahresgesetze zum Büro-
482 kratieabbau als echte Entrümpelungsgesetze und stärken die Bürokratiebremse („One in,
483 two out“). Wo sinnvoll möglich, geben wir Gesetzen und Regelungen ein Verfallsdatum.
484 Wir wollen genau wissen, wo der Schuh drückt: Deshalb machen wir mehr Bürokratie-
485 Checks in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen.
- 486 • **Bürokratieabbau stärken.** Wir holen den Nationalen Normenkontrollrat (NKR) sowie die
487 Zuständigkeit für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung zurück in das Bundeskanz-
488 leramt. Für einen echten Mehrwehrt stellen wir ihn schlagkräftiger auf und straffen die
489 Strukturen, auch damit der NKR verschärft untergesetzliche Vorschriften in den Blick
490 nehmen kann.
- 491 • **Belastungen sofort stoppen.** Das deutsche Lieferkettengesetz schaffen wir ab. In Europa
492 wollen wir Belastungen einen Riegel vorschieben, etwa der Regulierung für nachhaltige
493 Investitionen (Taxonomie) oder der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate
494 Sustainability Reporting).
- 495 • **Trend bei EU-Bürokratie umkehren.** Weil wir den Menschen grundsätzlich vertrauen,
496 wollen wir zur vertrauensbasierten Gesetzgebung zurückkommen. Am besten ist die Bü-
497 rokratie, die gar nicht erst entsteht. Daher werden wir ein „EU-Forechecking“ einführen,
498 um in Brüssel viel früher, strategischer und erfolgreicher bei europäischen Rechtsakten
499 mitzuwirken.
- 500 • **EU-Bürokratie kleinhalten.** Mit einem Gesetz gegen Draufsatteln – „Anti-Gold-Plating-
501 Gesetz“ – nehmen wir Regelungen zurück, die über europäisches Recht hinausgehen,
502 und unterbinden künftig jegliche Übererfüllung. Parallelregulierungen auf europäischer
503 und nationaler Ebene lehnen wir ab.
- 504 • **Vertrauen statt verzetteln.** Wir kehren in Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie oder Ho-
505 tellerie bei Dokumentationspflichten die Beweislast um und ersetzen die regelmäßigen
506 Nachweise durch ein Anzeigerecht von Verstößen.
- 507 • **Statistiklasten abbauen.** Wir reduzieren Statistikpflichten, Datenerhebungen und Mel-
508 dungen durch ein Verweisungsrecht für Unternehmen. Dafür muss die Behördenkom-
509 munikation über bereits vorliegende Daten besser werden. Das reicht aber nicht: Auch
510 Doppelstrukturen bei den Statistikämtern müssen konsequent abgebaut werden.
- 511 • **Schriftform im Arbeitsrecht lockern.** Wir stellen alle noch bestehenden arbeitsrechtli-
512 chen Erfordernisse der Niederschrift auf Papier mit eigenhändiger Unterschrift und per-
513 sönlicher oder postalischer Übergabe auf den Prüfstand. Nur dort, wo es zwingend ist,
514 soll die Schriftform beibehalten werden, zum Beispiel bei Kündigungen und branchen-
515 spezifischer Schutzbedürftigkeit.
- 516 • **Arbeitszeiterfassung praxistauglich machen.** Wir wollen bei den Arbeitszeiterfassungs-
517 systemen größtmögliche Wahlfreiheit geben, um vor allem kleine und mittlere Unterneh-
518 men zu entlasten. Vertrauensarbeitszeiten im Rahmen des europäischen Rechts sollen
519 ohne verpflichtende Kontrollen durch den Arbeitgeber weiterhin möglich sein.

- 520 • **Arbeitnehmerfreizügigkeit stärken.** Wir machen uns dafür stark, dass insbesondere das
521 Verfahren zur grenzüberschreitenden Entsendung von Erwerbstätigen in das EU-Aus-
522 land vereinfacht und digitalisiert wird (A1-Bescheinigung, Melde- und Registrierungs-
523 verfahren).
- 524 • **Rechtssicherheit schaffen, Scheinselbständigkeit verhindern.** Wir passen das Statusfest-
525 stellungsverfahren im Sinne der Selbständigen und Unternehmen an.
- 526 • **Schluss mit immer mehr Betriebsbeauftragten.** Die Pflicht zur Bestellung von Betriebs-
527 beauftragten – zum Beispiel für Abfall, Brandschutz, Sicherheit oder Gleichstellung – be-
528 lastet kleine und mittlere Unternehmen sehr. Wir befreien sie davon und vereinheitli-
529 chen die Schwellenwerte, ab denen Beauftragte berufen werden müssen.

530 **Steuern vereinfachen**

531 Auch die Steuerbürokratie nimmt zu und ist eine große Belastung – für die Bürgerinnen
532 und Bürger genauso wie für die Unternehmen. Wir misten bei den Vorschriften aus und
533 schaffen ein einfacheres Steuerrecht.

- 534 • **Unternehmen den Alltag erleichtern.** Die Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege im
535 Handels- und Steuerrecht verkürzen wir einheitlich von acht auf fünf Jahre. Das setzt vo-
536 raus, dass die Betriebsprüfungen zügiger erfolgen sowie stärker automatisiert und deut-
537 lich beschleunigt werden. Das erhöht auch die Rechtssicherheit und verbessert die Wett-
538 bewerbsbedingungen.
- 539 • **Steuererklärungspflichten für Rentner und Pensionäre vereinfachen.** Wir führen einen
540 Quellenabzug ein, damit im Regelfall keine Steuererklärung mehr abgegeben werden
541 muss. Doppelbesteuerung von Renten vermeiden wir.
- 542 • **Steuerfestsetzung vereinfachen.** Wir treiben die Selbstveranlagung und den digitalen Da-
543 tenaustausch mit der Finanzverwaltung voran. Unser Ziel ist eine vollautomatisierte Ver-
544 anlagung.
- 545 • **Pauschalbeträge statt Belege.** Mit mehr Pauschalierungen und Typisierungen vereinfachen wir insbesondere das Einkommensteuerrecht.
- 547 • **Spielräume des EU-Rechts nutzen.** Wir führen das Verrechnungsmodell bei der Ein-
548 fuhrumsatzsteuer ein, um Bürokratie und Liquiditätsbelastung möglichst gering zu hal-
549 ten.
- 550 • **Steuergesetze lesen und verstehen.** Sie müssen für Bürger, Unternehmen und Verwal-
551 tung verständlicher werden. Dazu vereinfachen wir vor allem die Gesetzessprache und
552 streichen veraltete Vorschriften, die nicht mehr angewendet werden.
- 553 • **Konsequente Digitalisierung, bessere Kontrolle.** Wir digitalisieren und automatisieren
554 Besteuerungsverfahren und stellen KI-Technologie bereit. Das hilft Finanzbehörden
555 auch dabei, Steuerpflichten zu kontrollieren und Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen.

556 Resilienz der Wirtschaft stärken

557 Geoökonomische Herausforderungen und Krisen nehmen zu, sie sind ein ernstes Problem
558 für unsere Wirtschaft. Wir müssen ihre Resilienz stärken und ihr Rechts- und Planungssi-
559 cherheit geben. Das geht nur gemeinsam mit unseren Partnern in Europa, das geht nur mit
560 einem starken Binnenmarkt. Genau wie die Sicherheitspolitik ist die Wirtschaftspolitik
561 auch gefragt, Antworten auf Übernahmen durch Systemkonkurrenten oder Cyberangriffe
562 zu finden, die ganze Unternehmen und Lieferketten lahmlegen.

- 563 • **„Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft“ rechtssicher machen.** Wir binden die wett-
564 bewerbsrechtlichen Befugnisse des Bundeskartellamts zum Markteingriff wieder an ei-
565 nen Rechtsverstoß. Einen Generalverdacht gegenüber der Wirtschaft lehnen wir ent-
566 schieden ab.
- 567 • **Fairer Wettbewerb in Europa.** Wir setzen uns für ein modernes Kartell- und Wettbe-
568 werbsrecht ein, das den globalen Markt als Maßstab zugrunde legt.
- 569 • **Missbrauchskontrolle starker Abnehmer verbessern.** Wir stärken den Schutz von Erzeu-
570 gern und Lieferanten vor unlauteren Handelspraktiken.
- 571 • **Schutzschirm für unsere Wirtschaft.** Wir führen wirkungsvolle Instrumente zur Krisen-
572 bewältigung und gegen Subventionen ein, die den weltweiten Wettbewerb verzerren.
- 573 • **Rechte an geistigem Eigentum konsequent durchsetzen.** Wir legen den Fokus auf die Be-
574 kämpfung der Produkt- und Markenpiraterie sowie die Produktsicherheit. So stärken wir
575 die Innovations- und Schöpfungskraft der deutschen Wirtschaft.
- 576 • **Mehr Realismus statt Naivität.** Wir schützen sicherheitsrelevante Technologien, kritische
577 Infrastrukturen und Unternehmen vor Übernahmen durch systemische Rivalen.
- 578 • **Wirtschaft muss Cyber-Gefahren kennen.** Wir sorgen dafür, dass insbesondere der Mit-
579 telstand besser informiert und sensibilisiert ist. Wegen ihrer Innovations- und Wirt-
580 schaftskraft sind mittelständische Unternehmen begehrte Angriffsziele internationaler
581 Konkurrenten, fremder Nachrichtendienste und Krimineller. Für die Cybermaßnahmen
582 kleiner und mittlerer Unternehmen schaffen wir steuerliche Anreize und günstige Finan-
583 zierungen.
- 584 • **Cybersicherheit „Made in Germany“.** Unser Ziel ist, dass Deutschland Weltmarktführer
585 für sichere IT-Lösungen und attraktiver Standort für innovative Unternehmen der Cyber-
586 sicherheit wird.

587 Freien Handel und Exporte unterstützen

588 Exportweltmeister sind jetzt andere, nicht mehr wir. Trotzdem bleibt Deutschland eine Ex-
589 portwirtschaft. Jeder vierte Arbeitsplatz hängt am Export – und ein Großteil unseres Wohl-
590 stands. Aber: Der Welthandel schwächelt, Protektionismus und unlautere Handelsprakti-
591 ken nehmen zu, Lieferengpässe und steigende Rohstoffpreise werden zur Belastung für Un-
592 ternehmen. Unser Kompass bleibt: Wir unterstützen den freien Handel, damit wir wieder
593 aufholen und Arbeitsplätze sichern. Dabei puffern wir die internationalen und globalen Ri-
594 siken besser ab. Aus Deutschland muss eine resiliente Exportwirtschaft werden.

- 595 • **Für unsere Interessen.** Wir sorgen dafür, dass sich unsere internationale Zusammenar-
 596 beit gezielt an den strategischen Wirtschaftsinteressen Deutschlands orientiert. Außen-
 597 wirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit verzahnen wir dazu besser. Wir
 598 setzen uns auch in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-
 599 lung dafür ein, dass die deutsche Wirtschaft deutlich stärker von staatlich finanzierten
 600 Entwicklungsprojekten profitiert.
- 601 • **Zusammen ist man stärker.** Wir schließen neue Energie- und Rohstoffpartnerschaften
 602 und setzen uns auf europäischer Ebene für pragmatische Handelsabkommen ein.
- 603 • **Fair handeln statt abschotten.** Bei marktverzerrenden Subventionen und Exportbeihilfen
 604 setzen wir auf das EU-Antisubventionsverfahren und einen wirksamen, international an-
 605 erkannten Streitschlichtungsmechanismus bei der Welthandelsorganisation. Grund-
 606 sätzlich sind Zölle nicht der richtige Weg.
- 607 • **Globaler Handel funktioniert nur auf der Basis gleicher Rechte und Pflichten.** Deshalb
 608 folgen wir dem Grundsatz der Gegenseitigkeit (Reziprozität).
- 609 • **Exportförderung stärken.** Exportorientierte Unternehmen brauchen guten Zugang zu
 610 Kapital und staatliche Garantien zur Risikoabsicherung. Wir machen die neuen klimapo-
 611 litischen Sektorleitlinien für Garantien rückgängig. Eine Unterscheidung in gute und in
 612 weniger gute, in gewünschte und weniger gewünschte Wirtschaftstätigkeit deutscher Un-
 613 ternehmen im Ausland lehnen wir ab.
- 614 • **Außenhandel nicht unnötig behindern.** Die Exportkontrolle muss effizienter werden.
 615 Dazu beschleunigen wir Ausfuhrgenehmigungen deutlich.
- 616 • **Abkommen schließen.** Mercosur ist ausverhandelt und muss jetzt zügig in Kraft treten.
 617 Dabei haben wir gerade auch die Belange der Landwirtschaft im Blick. Wir unterstützen
 618 in der EU neue Abkommen mit Indien und den ASEAN-Staaten und vertiefen Partner-
 619 schaften insbesondere mit den USA für einen umfassenden transatlantischen Wirt-
 620 schafts-, Handels- und Zukunftsraum.
- 621 • **„De-Risking“, aber richtig.** Wir wollen an engen Wirtschaftsbeziehungen zu China fest-
 622 halten, sofern sie auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhen. Zugleich werden wir kri-
 623 tische wirtschaftliche Abhängigkeiten verringern, etwa durch die stärkere Diversifizie-
 624 rung von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Lieferketten sowie den Schutz kritischer
 625 Infrastruktur und sicherheitsrelevanter Technologie.
- 626 • **Abhängigkeiten verringern, heißt souveräner werden.** Die Produktion von Halbleitern
 627 und Batteriezellen in Europa muss stark angekurbelt werden. Dazu füllen wir das Euro-
 628 päische Chipgesetz zügig mit Leben und nutzen die Europäische Halbleiterallianz ESRA
 629 stärker.
- 630 • **Innovationen „Made in Germany“.** Gerade in Afrika, aber auch im gesamten globalen Sü-
 631 den und im asiatisch-pazifischen Raum, wollen wir Wirtschaftsbeziehungen intensivie-
 632 ren, auch um das Feld nicht China und Russland zu überlassen. Deshalb ist es in unserem
 633 Interesse, die Afrikanische Union und andere regionale Zusammenschlüsse dauerhaft zu
 634 stärken. Mit Blick auf Klimaschutz durch Zukunftstechnologien bieten sich für Techno-
 635 logien aus Deutschland große Chancen. Deshalb unterstützen wir Wirtschaftswachstum
 636 auf dem afrikanischen Kontinent und die afrikanische Freihandelszone.

637 • **Rohstoffe von hier.** Wir sichern die Versorgung auch durch einen verantwortungsvollen,
638 heimischen Abbau. Zudem verstehen wir die aus Recycling entstandenen Wertstoffe als
639 Rohstoffe 2.0. Sie erfüllen die höchsten Ansprüche und sind zugleich nachhaltig. Wir rei-
640 zen das privatwirtschaftliche, nicht-spekulative Anlegen von Vorräten durch eine Roh-
641 stoffbevorratungsrücklage an.

642 **Ja zu bezahlbarer, sicherer und sauberer** 643 **Energie**

644 **Unser Plan:**

645 **Für bezahlbare Energie sorgen.**

646 **Bei Energieinnovationen Spitze sein.**

647 **Wir handeln.**

648 **Für bezahlbare Energie sorgen**

649 Die Energiekrise hat unser Land verändert. Höhere Preise bei steigendem Energiebedarf
650 verunsichern Millionen von Menschen sowie Unternehmen gleichermaßen. Die Politik darf
651 die Augen vor der Realität nicht verschließen. Für uns ist klar: Energie muss bezahlbar, si-
652 cher und sauber sein. Alle Kostentreiber müssen auf den Prüfstand, gleichzeitig ist Ener-
653 gieeffizienz wichtig. Dafür treten wir ein, im engen Schulterschluss in der EU und mit un-
654 seren internationalen Partnern.

655 • **Ideologiefrei und technologieoffen zu bezahlbarer Energie.** Wir bringen alle Kapazitäten
656 ans Netz, die klimafreundlich und systemdienlich sind, angefangen bei einem zielgerich-
657 teten weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir nutzen die Erneuerbaren konse-
658 quent, und zwar alle: Windenergie an Land und auf See, Solarenergie, Geothermie, Was-
659 serkraft, Bioenergie und den nachwachsenden Rohstoff Holz. Die Potenziale der Kraft-
660 Wärme-Kopplung müssen konsequent genutzt werden.

661 • **Versorgung absichern.** Wir erhöhen die Versorgungssicherheit durch eine pragmatische
662 Kraftwerkstrategie, die einen technologieoffenen Kapazitätsmarkt etabliert und damit
663 wettbewerbsfähig für Absicherung der gesicherten Leistung sorgt.

664 • **Neuer Strommarkt.** Wir setzen ein Strommarktdesign um, das die neuen Realitäten an-
665 erkennt und die notwendigen Investitionen absichert. Für mehr Preisstabilität entwi-
666 ckeln wir die Terminmärkte weiter. Versorgungsunternehmen müssen ihre Lieferver-
667 träge besser und preisgünstiger absichern können.

668 • **Infrastruktur ganzheitlich denken.** Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den inte-
669 grierten und grenzüberschreitenden Netzausbau sowie auf eine effiziente Verknüpfung
670 des Ausbaus von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern. Dafür wollen wir mehr
671 privates Kapital gewinnen. Für einen schnellen und günstigen Ausbau von Stromnetzen

- 672 nutzen wir verstärkt Freileitungen. Bei Strom-, Wärme-, Gas-, Wasserstoff- und CO₂-Inf-
673 rastruktur setzen wir auf Standardisierung und gemeinsamen Ausbau.
- 674 • **Strukturwandel, aber verlässlich.** Wir stehen zum Kohlekompromiss und zum vereinbar-
675 ten Kohleausstieg. Auf dem Weg darf es kein weiteres endgültiges Abschalten von Kohle-
676 kraftwerken geben, solange als Ersatz keine neuen Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-
677 Kopplung-Anlagen gebaut sind. Die Zusagen aus dem Strukturstärkungsgesetz und die
678 Vereinbarungen zwischen dem Bund und den betroffenen Ländern halten wir ein.
- 679 • **Option Kernenergie.** Gerade auch mit Blick auf die Klimaziele und die Versorgungssi-
680 cherheit hat diese eine bedeutende Rolle. Dabei setzen wir auf die Forschung zu Kern-
681 energie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraft-
682 werken. Gleichzeitig streben wir schnellstmöglich eine fachliche Bestandsaufnahme an,
683 ob angesichts des jeweiligen Rückbau-Stadiums eine Wiederaufnahme des Betriebs der
684 zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke unter vertretbarem technischem und finanziel-
685 lem Aufwand noch möglich ist.
- 686 • **Echte Europäische Energieunion.** Ein echter europäischer Energiebinnenmarkt schafft
687 Resilienz und ist mit mehr Angebot gut für die Verbraucher. Für notwendige Energieim-
688 porte und -exporte mobilisieren wir europäische Potenziale und intensivieren internati-
689 onale Partnerschaften.
- 690 • **Abgaben auf den Prüfstand.** Bei den Steuern und anderen Abgaben auf Energie nutzen
691 wir Entlastungsspielräume. Wir senken die Stromsteuer für alle und reduzieren die Netz-
692 entgelte.
- 693 • **Smarte Energie.** Verbraucher sollen flexibler auf den Strompreis reagieren können. Dazu
694 muss die Stromnutzung durch Smart Meter und Digitalisierung intelligenter werden. So
695 erreichen wir eine bessere Lastverteilung. So sinken Verbrauch und Kosten.
- 696 • **Netzentgelte neu regeln.** Wir sprechen uns für die Beibehaltung einer Stromgebotszone
697 und einen entschlossenen Netzausbau aus. Statt unterschiedlicher Strompreiszonen
698 muss der Strom für alle in Deutschland günstiger werden. Mit einer Reform der Netzent-
699 gelte sinkt die Belastung und steigt die Akzeptanz. Eine zusätzliche Netzentgeltbelastung
700 für industrielle Großverbraucher, die nicht flexibel produzieren können, lehnen wir ab.
- 701 • **Heizungsgesetz der Ampel zurücknehmen.** Die Menschen brauchen Entscheidungsfrei-
702 heit. Sie wissen am besten, welche Heizungsart zu ihrem Wohneigentum und zu ihrem
703 Geldbeutel passt. Es geht uns darum, technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen
704 zu fördern und zu nutzen. Dazu gehört für uns auch das Heizen mit dem nachwachsen-
705 den Rohstoff Holz. Das Heizungsgesetz der Ampel schaffen wir ab.
- 706 • **Verlässliche Dekarbonisierung im Gebäudebereich.** Dabei setzen wir auf CO₂-Beprei-
707 sung mit sozialem Ausgleich, verlässliche Förderung und technologieoffene Lösungen.
708 So berücksichtigen wir unterschiedliche Gegebenheiten im Bestand.
- 709 • **Mehr Markt, weniger Staat.** Wir setzen auf Pioniermärkte, mit denen über Quoten für
710 Grüngas im Gasnetz, Grün-Heizöl oder beispielsweise klimaneutralen Stahl ein effizien-
711 ter Markthochlauf gelingen kann. So entscheidet nicht der Staat durch Förderung, wer
712 am Markt teilnehmen darf. Auf diesen neuen Märkten setzen sich die besten Anbieter
713 durch.

714 Bei Energieinnovationen Spitze sein

715 Unsere Energieforschung ist weltweit Spitze. Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made
716 in Germany“. Wir starten eine Offensive für Energieinnovationen, die Wachstum und Wohl-
717 stand schafft und Vorbild für andere Länder ist.

- 718 • **Energetisch voran.** Für klimafreundliche Energie stellen wir eine technologieoffene
719 Energieforschung sicher. Forschungsk Kooperationen bauen wir auch über die Energieun-
720 ion hinaus aus.
- 721 • **Technologieoffen und zukunftsfähig.** Das bedeutet für uns, breit zu forschen für die beste
722 Form der Energieerzeugung: Brennstoffzelle, Kraftwerke mit klimaneutralen Gasen, Ge-
723 othermie, Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und
724 Fusionskraftwerke. Gleiches gilt für die Forschung zu Transport und Speicherung.
- 725 • **Wasserstoff zum Erfolg führen.** Dazu schaffen wir Planungssicherheit und die notwen-
726 dige Infrastruktur. Klar ist: Alle Wirtschaftsregionen müssen vom Wasserstoffkernnetz
727 erreicht werden, es darf keine Benachteiligung einzelner Regionen geben. Wir brauchen
728 auch eine große Portion Pragmatismus bei heimischer Erzeugung und internationalen
729 Wasserstoffpartnerschaften. Der Wasserstoffhochlauf wird nur im europäischen Kontext
730 erfolgreich sein.

731 Ja zu marktwirtschaftlichem Klima- und 732 Umweltschutz

733 Unser Plan:

734 Klimaziele einhalten.

735 Emissionshandel richtig umsetzen.

736 Ressourcen nachhaltig nutzen.

737 Umweltschutz gemeinsam machen.

738 Wir handeln.

739 Klimaziele einhalten

740 Die Ampel hat in drei Jahren mit ihrem ideologischen und planwirtschaftlichen Ansatz ge-
741 zeigt, wie es nicht geht. Deutschland erlebt eine tiefgreifende De-Industrialisierung. Wir
742 müssen endlich verstehen: Klimaschutz braucht eine starke Wirtschaft. Klimaschutz geht
743 nur global und gemeinsam mit den Menschen. Wir sehen uns in der Verantwortung, die
744 Schöpfung zu bewahren. Wir verstehen Nachhaltigkeit umfassend.

- 745 • **Pariser Klimaziele einhalten.** Die Klimaneutralität bis 2045 haben wir fest im Blick. Die
746 Erderwärmung ist ein globales Problem, das die Weltgemeinschaft nur gemeinsam lösen

kann. Wir verbinden dieses Ziel unbedingt mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und der Notwendigkeit der sozialen Tragfähigkeit. Nur so sichern wir die Akzeptanz bei den Menschen und die Chancen auf wirtschaftliches Wachstum.

- **Verantwortung für die Welt übernehmen.** Wir unterstützen andere Länder beim Klimaschutz. Dabei setzen wir auf Technologie- und Wissenstransfer mit Innovationen „Made in Germany“.
- **Klimaschutz ganzheitlich denken.** Klimaschutz und Klimaanpassung sind zwei Seiten einer Medaille. In allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens müssen wir uns an die sich ändernden Bedingungen anpassen. Das gilt etwa für den Städtebau und den Gesundheitssektor.
- **Klimaanpassung ist Grundvoraussetzung.** Der nachhaltige Umgang mit dem Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen. Klimaanpassung ist Querschnittsaufgabe und tut gut daran, auf naturbasierte Lösungen zu setzen, die die Landschaft widerstandsfähiger und damit sicherer machen. Das ist auch im Hinblick auf Hochwasserschutz umzusetzen.
- **Klimaschutz wird vor Ort gemacht.** Unsere Kommunen verantworten vielfach die Umsetzung der Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Für mehr Synergien stärken wir die Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen und klären die langfristige Finanzierung.

Emissionshandel richtig umsetzen

Der Emissionshandel kann mehr. Richtig umgesetzt, ist er als marktwirtschaftliches Instrument in der Lage, die Emissionsmenge effizient zu begrenzen und das Klima bestmöglich zu schützen. Die CO₂-Bepreisung bauen wir im Instrumentenmix zum Leitinstrument aus und geben deren Einnahmen an Verbraucher und Wirtschaft zurück. Der Markt soll darüber entscheiden, wo und wie Emissionen vermieden werden. Das ist unser Weg: CO₂ einsparen, wo es am effizientesten ist.

- **Emissionshandel international voranbringen.** Wir wollen ihn in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales Klimainstrument stärken.
- **Globale Herausforderungen brauchen globale Partnerschaften.** Auf dem Weg zu international vergleichbaren Standards setzen wir auf Kooperationen wie Klima- und Energiepartnerschaften und den Schutz vor Verlagerungen von CO₂-Emissionen. Kohlenstoffmärkte für den internationalen Handel von Emissionsminderungen unterstützen und nutzen wir.
- **CO₂-Kreislaufwirtschaft etablieren.** Wir setzen auf eine umfassende CO₂-Kreislaufwirtschaft mit natürlicher und technischer CO₂-Nutzung und Speicherung. Wir schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen, um Carbon Capture and Utilization (CCU), Carbon Capture and Storage (CCS) und Direct Air Capture (DACCS) sowie die erforderliche Transportinfrastruktur zu ermöglichen.
- **Für mehr Klimaeffizienz.** Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz sollen künftig steuerlich deutlich schneller und besser abgesetzt werden können.

788 • **Menschen entlasten.** Um Verbraucher und Unternehmen schnell und effizient mit einem
789 sozialen Ausgleich zu entlasten, schaffen wir einen Klimabonus. Wir reduzieren mit den
790 CO₂-Einnahmen zuerst die Stromsteuer und Netzentgelte. Höhere Belastungen durch
791 steigende CO₂-Abgaben müssen auch zu höheren Entlastungen führen.

792 **Ressourcen nachhaltig nutzen**

793 Unser Auftrag ist, mit den uns gegebenen Ressourcen schonend und effizient umzugehen.
794 Es geht um unsere wirtschaftliche Souveränität, Nachhaltigkeit und Generationengerech-
795 tigkeit, um unseren Lebensstil und Wohlstand. Wir denken in Kreisläufen und reduzieren
796 den Ressourcenverbrauch.

797 • **Wirtschaften ja, aber nachhaltig.** Wir wollen eine verantwortungsvolle Kreislaufwirt-
798 schaft. Unsere Aufgabe ist es, Stoffkreisläufe zu schließen – bei Stoffen, aber auch bei
799 Wasser, Wärme oder Kohlenstoff. Gleichzeitig stärken wir die „Shared Economy“.

800 • **Technologie- und materialoffen recyceln.** Dazu bauen wir rechtliche Hemmnisse ab, set-
801 zen auf Modularität und innovatives Produktdesign und ermöglichen einen breiten Tech-
802 nologiemix.

803 **Umweltschutz gemeinsam machen**

804 Umweltpolitik bedeutet für uns, Wasser, Boden und Luft in den Blick zu nehmen und un-
805 sere Biodiversität zu schützen. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, von Lebens-
806 räumen und Arten ist von zentraler Bedeutung.

807 • **Arten und Lebensräume erhalten.** Wir schützen bedrohte Arten und deren Lebensräume.
808 Hierfür werten wir Schutzgebiete qualitativ auf und stärken die Vernetzung der Lebens-
809 räume. Moderner Artenschutz erfordert eine regelmäßige Überprüfung der geltenden
810 Schutzvorschriften, damit das Gleichgewicht der Arten gewahrt bleibt.

811 • **Moore schützen und wiedervernässen.** Moore sind unverzichtbare CO₂-Senken. Wir wol-
812 len den Schutz der Moore gemeinsam mit den Grundstückseigentümern intensivieren
813 und Anreize für Wiedervernässungsprojekte geben.

814 • **Leben von und mit dem Meer.** Wir erhalten Meere als widerstandsfähige Ökosysteme und
815 ermöglichen eine integrierte, naturverträgliche Nutzung für Transport, Energie und Mi-
816 litär. Gleiches gilt für das Fangen von Fischen und Meeresfrüchten.

817 • **Meere richtig schützen.** Wir machen uns dafür stark, dass die Meeresschutzabkommen
818 weiterentwickelt werden. Ein besonderes Anliegen ist uns der Kampf gegen die Ver-
819 schmutzung der Meere sowie gegen Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee.

820 • **Hochwasser- und Küstenschutz schützt Leben.** Um die Menschen in gefährdeten Regio-
821 nen zu schützen, hat für uns der Küsten- und Hochwasserschutz Priorität. Wir wollen weg
822 von der Ausgleichspflicht für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes.

823 • **Für eine Pflichtversicherung.** Extremwetter-Ereignisse nehmen in Deutschland stark zu.
824 Eine flächendeckende Pflichtversicherung für Elementarschäden ist die richtige finansi-
825 elle Schadensvorsorge. Wir werden sie deshalb einführen und so die Lasten im Sinne der
826 Steuerzahler gerecht verteilen.

- **Ökosystemleistungen honorieren.** Wir unterstützen Land- und Forstwirte, Jäger und Fischer dabei, die Ökosysteme und ihre Leistungen zu erhalten. Ein Ansatz ist der Naturschutz auf Zeit, der im Einklang mit allen Nutzergruppen aufgesetzt wird.
- **Wasser als höchstes Gut.** Dafür erhöhen wir das Bewusstsein und sorgen mit den Ländern und Kommunen für einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer. Unsere hochwertigen und wertvollen Trink-, Mineral-, Heil- und Grundwasservorkommen schützen wir besonders. Unser Augenmerk gilt dabei besonders Regionen, die zunehmend von Trockenheit betroffen sind. Für eine sichere Ver- und Entsorgung nutzen wir auch digitale Lösungen. Zur Reinhaltung unserer Gewässer setzen wir auf das Verursacherprinzip.
- **Flächen besser nutzen.** Wir nutzen Flächen an Land und Gewässer nachhaltig. Dazu reduzieren wir die Flächenversiegelung, unterstützen die kluge Flächennutzung durch Doppel- und Mehrfachnutzungen und verbessern die Ausgleichsmaßnahmen. Hier braucht es innovative Ansätze.
- **Per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) nicht grundsätzlich verbieten.** Wir schützen Gesundheit und Umwelt und sichern zudem die Verfügbarkeit notwendiger Chemikalien. Dafür verfolgen wir einen risikobasierten Ansatz. Pauschalverbote von aktuell nicht austauschbaren Stoffen, die für unsere Gesundheit, unsere Daseinsvorsorge und auch für unser Wirtschaften elementar sind, lehnen wir ab. Wir investieren stattdessen in die Forschung für Ersatzstoffe und geschlossene Kreisläufe.
- **Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt.** Umweltverschmutzung und illegale Abholzung, illegaler Tierhandel, illegale Tötung und Qual von Tieren sind Straftaten, die genauso konsequent bestraft werden müssen. Die Regeln für den Handel mit internationalen Umwelt- und Klimazertifikaten entwickeln wir weiter.
- **Endlagersuche vorantreiben.** Den Prozess der Endlagersuche beschleunigen wir durch Anpassungen und schließen geologisch ungeeignete Regionen schneller aus.

Ja zu Forschung, Innovationen und neuen Technologien

Unser Plan:

Mit Innovationen und Technologien durchstarten.

Lust auf Unternehmertum machen.

Poten^ziale der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz heben.

Daten besser nutzen.

Wir handeln.

860 Mit Innovationen und Technologien durchstarten

861 Die öffentliche Debatte kreist oft um die Frage, wie wir in Deutschland leben wollen. Wir
862 müssen aber vor allem die Frage beantworten, wovon wir künftig leben wollen. Wir brau-
863 chen eine Hightech-Agenda für Deutschland. Denn Investitionen in Forschung, Innovatio-
864 nen, Technologien und Transfer (FITT) sind der Schlüssel zu einer wettbewerbsfähigen
865 Wirtschaft mit gut bezahlten Arbeitsplätzen. Wir sorgen dafür, dass sich unsere hervorra-
866 gende Forschungslandschaft wieder mehr auszahlt. Wir stärken Hochschulen und For-
867 schungseinrichtungen, Startups und junge Technologieunternehmen in allen Regionen,
868 damit der Transfer hin zu marktfähigen Lösungen besser gelingt. „Made in Germany“ muss
869 ein Qualitätssiegel für Spitzentechnologie sein. Wir werden die größtmögliche Anhebung
870 der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandorts
871 Deutschland wieder zu einem prioritären gesamtstaatlichen Ziel machen.

- 872 • **Deutschland FITT machen für die Zukunft.** Wir legen sofort ein schlagkräftiges Pro-
873 gramm für Forschung, Innovation, Technologien und Transfer vor – eine Hightech-
874 Agenda für Deutschland.
- 875 • **Innovations- und Technologiestandort stärken.** Wir wollen Deutschland als Kompetenz-
876 zentrum und Innovationsstandort für Zukunftstechnologien entwickeln. Das gilt sowohl
877 für bereits etablierte Bereiche wie Luft- und Raumfahrt als auch für neue Technologien
878 wie zum Beispiel Quantencomputing, KI, Fusionsenergie und Mikroelektronik. Wir wer-
879 den eine neue ambitionierte Raumfahrtstrategie verfolgen.
- 880 • **EU-Projekte voranbringen.** Die Projekte der EU „Important Project of Common European
881 Interest“ (IPCEI) oder der „European Chips Act“ dienen der Wettbewerbsfähigkeit der ge-
882 samten EU und damit auch Deutschlands. Wir bekennen uns zu diesen wichtigen Förder-
883 instrumenten und deren möglichst wirkungsvollen Einsatz in Deutschland.
- 884 • **Innovationsfreiheitsgesetz für mehr Forschungsfreiräume schaffen.** Dazu novellieren
885 wir das Wissenschaftsfreiheitsgesetz, sodass es auf alle gemeinnützigen und mehrheit-
886 lich staatlich finanzierten Forschungseinrichtungen Anwendung findet. Zudem setzen
887 wir auf den erleichterten Transfer von Forschungsergebnissen, Vorfahrt für Ausgrün-
888 dungen und verbesserte Rahmenbedingungen für die Kooperation mit regionalen Part-
889 nern aus Mittelstand, Startups und öffentlichen Einrichtungen.
- 890 • **Grundlagenforschung ausbauen.** Deutschland verfügt über eine weltweit beachtete
891 Grundlagenforschung. Diese Stärke bauen wir aus und räumen der erkenntnisgetriebe-
892 nen Grundlagenforschung mehr Gewicht im Haushalt ein.
- 893 • **Forschung aus einem Guss.** Die steuerliche Forschungszulage entwickeln wir als nied-
894 rigschwelliges Instrument weiter. Wir bündeln die Forschungsförderung des Bundes. Zu-
895 dem beseitigen wir Doppelstrukturen und mehrfache Federführungen in der Regierung.
- 896 • **Mittelstand mehr berücksichtigen.** Wir vereinfachen für kleine und mittlere Unterneh-
897 men den Zugang zu Forschungs- und Innovationsprogrammen des Bundes. Bürokratie
898 führen wir auf ein absolutes Minimum zurück. Das Zentrale Innovationsprogramm Mit-
899 telstand (ZIM) stärken wir ebenso wie die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF), das
900 Programm Innovationskompetenz INNO-KOM und KMU-innovativ.

- **Angewandte und industrienae Forschung stärken.** Wir beenden die aktuelle Diskriminierung des Forschungsmittelstands, der nicht zu den großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen gehört. Das Besserstellungsverbot für gemeinnützige Forschungseinrichtungen beseitigen wir, damit sie leichter qualifiziertes Personal gewinnen können. So geben wir vor allem der angewandten und industrienahen Forschung die Freiheit, die sie für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit braucht.
- **Neue Champions „Made in Germany“.** Wir wollen mehr Startup-Gründungen aus der Spitzenforschung, die sich zu globalen Marktführern entwickeln. Dazu messen wir Forschungseinrichtungen an der Zahl erfolgreicher Ausgründungen. Gleiches gilt für den Technologietransfer in den Mittelstand. Staatliches Forschungsgeld hebeln wir stärker mit privatem Kapital.
- **Höhere Ausgaben sichern.** Wir sorgen dafür, dass Wirtschaft und Staat bis 2030 jährlich 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden.
- **Große Bedeutung der Meeres- und Polarforschung für eine nachhaltige Entwicklung.** Deshalb stärken wir die Forschung auf diesem Gebiet. Dazu entwickeln wir die Deutsche Allianz für Meeresforschung weiter und führen die Erneuerung der deutschen Forschungsflotte konsequent fort.

Lust auf Unternehmertum machen

Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes wird geprägt von den Menschen, die den Mut haben, eine Idee in eine Chance zu verwandeln und daraus ein Geschäftsmodell zu entwickeln. Wir wollen diesen Unternehmertegeist und Gründermut weiter stärken – quer durch alle Regionen und Branchen von sozialen Innovationen bis Hochtechnologie. Unser Ziel ist auch, dass mehr Frauen mit innovativen Unternehmensgründungen unser Land nach vorne bringen. Zudem werben wir für eine positive gesellschaftliche Grundhaltung zum Unternehmertum und zur Selbstständigkeit.

- **Gründen und Ausgründen aus Wissenschaftseinrichtungen vorantreiben.** Dazu legen wir eine nationale Patent- und Ausgründungsstrategie mit Best Practice-Standards auf.
- **Ideenreichtum belohnen.** Wir verankern gesetzlich ein Privileg für Erfinder an Hochschulen und Forschungseinrichtungen zur Verwertung ihrer Erfindungen. Wir sorgen dafür, dass Forscherinnen und Forscher an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die ihre Dienstleistungen absehbar in ein konkretes Gründungsprojekt überführen, die Nutzungsrechte an ihnen behalten.
- **Mehr Tempo bei Ausgründungen.** Mit den relevanten Akteuren erarbeiten wir Musterverträge für Ausgründungen sowie für Kooperationen mit Startups und bereits etablierten kleinen und mittleren Unternehmen. So machen wir Vertragsverhandlungen für die Beteiligten berechenbarer, schneller und zuverlässiger.
- **Hürden aus dem Weg räumen.** Wir führen eine „Gründerschutzzone“ ein und befreien Gründerinnen und Gründer in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften. Die Vereinbarkeit von Selbstständigkeit und Familie verbessern wir.

- **Kurze Wege, große Wirkung.** Wir sorgen dafür, dass für Gründungen, Betriebsummeldungen und -aufgaben nur noch eine Stelle zuständig ist. Durch diese Bündelung von Zuständigkeiten reduzieren wir die Hürden für Startups und stärken Deutschland als Standort für Innovationen.
- **Deutschland als Venture Capital- und Startup-Standort etablieren.** Wir bauen die Gründungsfinanzierung für innovative Unternehmen aus und schaffen attraktive steuerliche Bedingungen für Wagniskapital. Den bestehenden Zukunftsfonds bauen wir weiter aus, um die Kapitalausstattung in der kostenintensiven Wachstumsphase sicherzustellen.

Potenziale der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz heben

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche und der Einsatz von KI können unseren Alltag erleichtern, Geschäftsmodelle optimieren und lukrative neue erschließen. Wir gehen in die Offensive und stellen klar: Digitalisierung sowie souveräne KI- und Cloudanwendungen sind kein Luxus, sondern die entscheidende Voraussetzung für die Re-Industrialisierung unseres Landes. Wir brauchen ihre Innovationskraft, um wieder wettbewerbsfähig zu sein. Wir wollen die Entwicklung und Nutzung von KI-Systemen prägen. Dafür brauchen wir hochleistungsfähige digitale Infrastrukturen, insbesondere auch starke Rechenzentren.

- **Digitales Bürgerkonto umsetzen.** Wir wollen für alle Bürgerinnen und Bürger eine sichere digitale Identität mit eigenem Postfach insbesondere für Behördengänge. Die sogenannte BundID soll vorrangig sein. Zudem muss die eIDAS-Kompatibilität sichergestellt sein.
- **Alle Unterlagen immer bei der Hand.** Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger eine digitale Akte erhalten, die alle relevanten Dokumente bündelt und ihnen einen maßgeschneiderten, digitalen Umgang mit den Behörden ermöglicht. Damit stärken wir die informationelle Selbstbestimmung und vereinfachen Verwaltungshandeln.
- **Mit dem Smartphone alles dabei.** Wir setzen mit unseren europäischen Partnern die Einführung einer europaweit gültigen digitalen Ausweisfunktion per Smartphone durch, zum Beispiel für Personalausweis und Führerschein.
- **Freiräume für KI.** Die Verordnung der EU („AI Act“) muss verantwortungsvoll, bürokratiearm und innovationsoffen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Eine Übererfüllung lehnen wir strikt ab. Wir fördern und beschleunigen KI-Forschung, unterstützen die Entwicklung von Anwendungen und ermöglichen Freiräume. Die Risiken von KI müssen wir beherrschen, dürfen aber auf keinen Fall durch eine Überregulierung die Chancen und Vorteile verpassen. Sicherheitsbehörden müssen KI im notwendigen Rahmen nutzen können.
- **KI in Mittelstand und Wissenschaft stärken.** Dazu bauen wir mit Partnern aus der Wirtschaft eine branchenspezifische Mittelstandsberatung auf. Wir starten eine auf Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) zugeschnittene Initiative „KI im Mittelstand“. Das Ziel ist eine niedrigschwellige Förderung von Transferprojekten in Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen und HAW. Zudem müssen Rechenkapazitäten für Forschung und Startups im KI-Bereich aufgebaut und permanent aufgerüstet werden. Wir schaffen einfache Zugänge für kleine und mittlere Unternehmen, Gründer und Wissenschaftler.

- **Mit KI schneller verwalten.** Mit dem Einsatz von KI bauen wir in Deutschland eine effiziente, vollständig digitalisierte Verwaltung für Bürger und Unternehmen auf, die rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche niederschwellig und nutzerfreundlich Serviceleistungen erbringen kann. Bei eindeutigen Sachverhalten wollen wir mit KI zu viel schnelleren Bescheiden kommen – wobei für die Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich immer ein Recht auf individuelle Überprüfung besteht.
- **Raus aus dem Versorgungsloch.** Den Ausbau hochleistungsfähiger Breitband- und Mobilfunknetze bringen wir weiter in die Fläche, gerade auch in den ländlichen Raum. Die noch bestehenden Hindernisse beseitigen wir. Mit Glasfaser machen wir unsere Netze zukunftsfest. Dazu setzen wir auf mehr Wettbewerb, Kooperationsmodelle und eine verlässliche Förderung. Wir wollen schnellstmöglich ein wirksames Beschleunigungs-Gesetz auf den Weg bringen und den Genehmigungsturbo zünden. Dazu gehört insbesondere, bis zur Erreichung aller Ausbauziele sowohl den Mobilfunk als auch den Glasfaserausbau in das überragende öffentliche Interesse zu stellen.
- **Die Governance für Digitalisierung straffen.** Wir bündeln die Verantwortung für Infrastruktur, Datenpolitik, KI, Plattformen und digitale Dienste, Verwaltungsdigitalisierung und modernes Regierungshandeln. Dazu richten wir ein Bundesdigitalministerium ein. Die gesamte Beschaffung von IT im Bund und die einheitlichen Schnittstellen für IT-Systeme im öffentlichen Bereich verankern wir hier. Auch die Digitalressourcen im nachgeordneten Bereich bündeln wir.
- **Für eine echte Digitalunion.** Unser Ziel ist ein europäischer digitaler Binnenmarkt, der weiterwächst und Vorteile für die Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger bietet. Zudem müssen wir unabhängiger werden. Digitale Souveränität ist eine Frage von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Dafür kommt es auf klare einheitliche Regeln, ein modernes Wettbewerbsrecht und hochklassige digitale Infrastruktur an, insbesondere eine europäische Cloud, sowie europäische Speicher- und Rechenkapazitäten.

Daten besser nutzen

Viele Unternehmen haben erkannt, dass Daten das Gold des 21. Jahrhunderts sind. Trotzdem wird bei der Datennutzung und -teilung noch viel Potenzial liegen gelassen. Hauptgründe sind Überregulierung und Rechtsunsicherheit. Die Datenschutzregeln erweisen sich im Alltag vielfach als nicht praktikabel. Wir steuern klar um und machen mit neuem Pragmatismus aus der Datenschutzpolitik eine echte Datenchancenpolitik.

- **Eigenverantwortung stärken.** Anstelle von Datenminimierung setzen wir auf Datensouveränität und Datensorgfalt: Jeder muss selbst bestimmen können, wann, wo und wozu Daten von ihm erhoben und genutzt werden. Datenerheber und Datenverarbeiter müssen Sorgfaltsstandards erfüllen.
- **Chancen von Open Data für Innovationen und Wachstum nutzen.** Dazu fördern wir die automatisierte Erhebung und Nutzung von Daten. Gerade für echte Durchbrüche bei KI ist eine breite Verfügbarkeit unverzichtbar.
- **Forschungsergebnisse zugänglich machen.** Wir setzen ein modernes Forschungsdatengesetz in Kraft, um durch die Verfügbar- und Nutzarmachung von Daten ein deutliches

1022 Mehr an Forschung in gesellschaftlich relevanten Bereichen zu ermöglichen. Für eine
1023 noch höhere Qualitätssicherung und Effizienz in Wissenschaft und Forschung schaffen
1024 wir einen geeigneten Rahmen.

1025 • **Datenschutz ja, aber pragmatisch.** Wir machen die Datenschutz-Grundverordnung all-
1026 tagstauglich. Es braucht mehr standardisierte Verfahren, etwa für Werkstätten und Arzt-
1027 praxen sowie beim Austausch mit und zwischen staatlichen Behörden. Die Vertragsfrei-
1028 heit auch in Bezug auf Daten muss erhalten bleiben. Die bestehenden Doppelstrukturen
1029 zum Datenschutz auf Bundes- und Landesebene müssen abgebaut werden.

1030 **Ja zu einem starken und gerechten Sozialstaat**

1031 **Unser Plan:**

1032 **Fördern und Fordern muss immer gelten.**

1033 **Arbeitsvermittlung zukunftsfest machen.**

1034 **Tarifpartnerschaft, Mitbestimmung und Lohnuntergrenze stärken.**

1035 **Wir handeln.**

1036 **Fördern und Fordern muss immer gelten**

1037 Das sogenannte „Bürgergeld“ senkt die Anreize, eine Arbeit aufzunehmen. Es fördert nur
1038 und fordert nicht mehr, es schadet mehr, als es nützt, und spaltet unser Land. Wir stehen
1039 für eine Neue Grundsicherung, die das Prinzip „Fördern und Fordern“ wieder einführt und
1040 den Zusammenhalt stärkt, weil sie klarmacht: Unser Staat unterstützt Menschen, die auf
1041 Hilfe angewiesen sind. Zugleich stellt er eine klare Forderung: Wer arbeiten kann, muss
1042 auch arbeiten und darf nicht auf Kosten der Gemeinschaft leben.

1043 • **„Bürgergeld“ abschaffen.** Das sogenannte „Bürgergeld“ in der jetzigen Form schaffen wir
1044 ab und ersetzen es durch eine Neue Grundsicherung. Den Vermittlungsvorrang führen
1045 wir wieder ein. Wenn jemand grundsätzlich nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, muss
1046 der Staat davon ausgehen, dass er nicht bedürftig ist. Dann muss die Grundsicherung
1047 komplett gestrichen werden.

1048 • **Arbeitsanreize verstärken.** Wir reformieren die Hinzuverdienstgrenzen und die Trans-
1049 ferenzzugsraten, um die Anreize zu erhöhen, eine Arbeit aufzunehmen oder mehr zu ar-
1050 beiten.

1051 • **Vermitteln, vermitteln, vermitteln.** Viele Menschen sind seit vielen Jahren auf Unterstüt-
1052 zung angewiesen. Wir legen den Fokus der Jobcenter auf eine intensive und qualifizie-
1053 rende Unterstützung der Hilfeempfänger.

1054 • **Berufsbegleitender Spracherwerb.** In vielen Branchen und Berufen sind nicht abge-
1055 schlossene Integrations- oder Sprachkurse kein Grund, die Arbeitsvermittlung aufzu-
1056 schieben. Wir sorgen dafür, dass der Spracherwerb auch berufsbegleitend erfolgt.

1057 • **Mitwirkungspflicht stärken, Karenzzeit abschaffen.** Persönliche Gespräche mit den Ar-
1058 beitsvermittlern sind essenziell für die Beratung, Qualifizierung und Vermittlung. Wir
1059 werden die Mitwirkungspflichten der Grundsicherungsbezieher konsequenter einfor-
1060 dern und sanktionieren. Künftig führen wir wieder ab dem ersten Tag in der Grundsiche-
1061 rung eine Vermögensprüfung durch und machen das Schonvermögen von der Zahl der
1062 Arbeitsjahre abhängig.

1063 • **Jährliche Anpassung der Grundsicherung modernisieren.** Viele Arbeitnehmerinnen und
1064 Arbeitnehmer konnten die überproportionale Erhöhung des sogenannten „Bürgergelds“
1065 nicht nachvollziehen. Denn ihre Löhne sind nicht im selben Maße gestiegen. Solche Fälle
1066 wollen wir in Zukunft verhindern.

1067 • **Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen.** Großangelegter Sozialleistungsmissbrauch, im
1068 Inland und von im Ausland lebenden Menschen, muss beendet werden. Dazu wollen wir
1069 einen vollständigen Datenaustausch zwischen den Sozial-, Finanz-, Sicherheits- und
1070 Ausländerbehörden. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken wir weiter und gehen so
1071 härter gegen die vor, die illegale Beschäftigung betreiben oder „schwarz“ arbeiten.

1072 **Arbeitsvermittlung zukunftsfest machen**

1073 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt, die Arbeitslosenversicherung ist unter
1074 Druck. Jetzt kommt es darauf an, die Kernaufgaben in den Mittelpunkt zu stellen – neben
1075 dem Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld die Beratung, Förderung und Vermittlung von Ar-
1076beitslosen. In diesem Sinne machen wir die Arbeitslosenversicherung zukunftsfest.

1077 • **Stabile Finanzierung der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter.** Es darf keine Ver-
1078 schiebung von steuerfinanzierten Ausgaben in die beitragsfinanzierten Ausgaben geben.
1079 Wir wollen einen verlässlichen Aufbau der Rücklage der Bundesagentur für Arbeit, denn
1080 nur so kann auf mögliche kommende Krisen reagiert werden.

1081 • **Einsatz von KI stärken.** KI in den Ämtern ist sinnvoll, weil sie die individuelle Beratung
1082 gezielt unterstützt und zeitliche Freiräume schafft.

1083 • **Leistung aus einer Hand.** Sozialleistungen müssen künftig nicht nur bürokratiearm und
1084 digital, sondern auch aus einer Hand bei den Leistungsberechtigten ankommen. Damit
1085 helfen wir den Berechtigten und vermeiden Mehrfachleistungen.

1086 **Tarifpartnerschaft, Mitbestimmung und Lohnuntergrenze stärken**

1087 Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hat Deutschland stark
1088 gemacht. Unser Ziel ist eine höhere Tarifbindung. Die Mitbestimmung in Unternehmen hat
1089 in Deutschland eine lange Tradition. Betriebsräte sind ein wichtiger Bestandteil der Sozial-
1090 partnerschaft. Zugleich hat sich unser Arbeitsleben stark gewandelt. Deshalb bringen wir
1091 die betriebliche Mitbestimmung auf die Höhe der Zeit. Die Union hat 2014 den gesetzlichen
1092 Mindestlohn eingeführt. Er ist ein wichtiger Teil der Arbeitsmarktordnung. Wir stehen zum
1093 gesetzlichen Mindestlohn und der unabhängigen Mindestlohnkommission. Lohnfindung
1094 muss weiterhin Sache der Sozialpartner sein und nicht der Politik. Einen politischen Min-
1095 destlohn lehnen wir ab. Wir unterstützen eine gute Lohnentwicklung. Denn sie zeugt von
1096 Leistung und Produktivität.

- 1097 • **Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken.** Die zentrale Rolle im Tarifausschuss müssen weiter die Sozialpartner spielen.
- 1098
- 1099 • **Mehr Tariföffnungsklauseln.** So ermöglichen wir Regelungen, die sowohl für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für Betriebe vor Ort passender sein können als unflexible Pauschalregelungen in der Fläche.
- 1100
- 1101
- 1102 • **Positive und negative Koalitionsfreiheit schützen.** Wir stützen durch Änderungen im Tarifvertragsgesetz die Bereitschaft, sich an Tarifverträge zu binden.
- 1103
- 1104 • **Betriebsräte schützen.** Mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz haben wir 2021 ein Signal für die Betriebsratsarbeit der Zukunft gelegt. Wir prüfen weiteren Handlungsbedarf und stellen sicher, dass Betriebsratsgründungen nicht verhindert werden.
- 1105
- 1106
- 1107 • **Online und analog.** Wir ermöglichen Online-Betriebsratssitzungen und Online-Betriebsversammlungen als gleichwertige Alternativen zu Präsenzformaten. Zusätzlich soll die Option, online zu wählen, im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden.
- 1108
- 1109
- 1110 • **Digitales Zutrittsrecht.** Wir wollen bei der betrieblichen Mitbestimmung digitale Zugangsrechte in Anlehnung an bestehende analoge Zugangsrechte klarstellen.
- 1111
- 1112 • **Für eine starke Mindestlohnkommission.** Wir setzen auf eine gute Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und erwarten eine einvernehmliche Entscheidungsfindung in der unabhängigen Mindestlohnkommission. Wir wollen keine Mindestlohnentscheidung im Deutschen Bundestag. Das ist Ausdruck unseres Respekts gegenüber Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie – und für uns der Schlüssel für eine gute und faire Lohnfindung.
- 1113
- 1114
- 1115
- 1116
- 1117
- 1118 • **Arbeitsmarktpolitik ist Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten.** Eine europäische Arbeitslosenversicherung lehnen wir ab.
- 1119

1120 **Ja zu mehr Eigentum, Vermögensbildung und**

1121 **sicherer Altersvorsorge**

1122 **Unser Plan:**

1123 **Neue Impulse für mehr Eigentum im Land.**

1124 **Rente und Altersvorsorge langfristig sichern.**

1125 **Wir handeln.**

1126 **Neue Impulse für mehr Eigentum im Land**

1127 Mehr Menschen sollen die Möglichkeit haben, Eigentum aufzubauen – gerade auch Wohneigentum. Sie sollen besser am Erfolg der Unternehmen und deren Produktivkapital teilhaben. Damit wollen wir endlich ein bisher nicht erfülltes Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft einlösen: neuen Wohlstand durch Vermögensaufbau, gerade auch für kleinere und mittlere Einkommen; neue Chancen bei der Altersvorsorge – ohne Abstriche bei den

gesetzlichen Renten. Linke Politik heißt Verteilungsstreit und mehr Lasten für die junge Generation. Wir setzen auf mehr Wohlstand für alle.

- **Traum vom Eigenheim verwirklichen.** Wir unterstützen vor allem Familien, sich den Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Länder sollen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro für jedes Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums gewähren können.

- **Keine Vermögensteuer.** Wir wollen Menschen, die sich etwas erarbeitet und aufgebaut haben, nicht bestrafen. Stattdessen wollen wir alle Menschen beim Aufbau eines eigenen Vermögens unterstützen. Eine Vermögensteuer lehnen wir ab.

- **Eigenheim günstiger vererben.** Wir erhöhen die Freibeträge bei der Erbschaftsteuer deutlich. So kann das Eigenheim in höherem Maße steuerfrei vererbt werden.

- **Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver machen.** Wir setzen vor allem auf einen klaren rechtlichen Rahmen, weniger Bürokratie und höhere steuerliche Freibeträge. Wir setzen uns für eine Harmonisierung der Regeln in der EU ein und bauen bürokratische Hürden ab. Wir erhöhen den einkommensteuerrechtlichen Freibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen deutlich und sorgen dafür, dass Beteiligungen grundsätzlich erst zum Zeitpunkt der Veräußerung besteuert werden.

- **Geringverdiener beim Vermögensaufbau stärker unterstützen.** Wir führen eine Vermögensbildungsprämie ein, in der wir die Arbeitnehmersparzulage und die Wohnungsbau- prämie verschmelzen. Wir erhöhen den Förderbetrag deutlich und vereinheitlichen die Einkommensgrenzen. Damit unterstützen wir gerade auch Geringverdiener.

- **Attraktivere vermögenswirksame Leistungen.** Wir wollen einen Freibetrag für Erträge aus vermögenswirksamen Leistungen einführen, um sie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver zu machen. Um Anreize für langfristiges Sparen zu setzen, werden wir die Haltefrist auf zehn Jahre verlängern. Der Freibetrag soll für jedes Jahr, für das zusätzlich gespart wird, steigen.

Rente und Altersvorsorge langfristig sichern

Mehr denn je gilt: Im Sinne eines starken und stabilen Rentensystems muss unser Land endlich wieder wirtschaftlich zulegen. Denn je mehr Menschen sozialversicherungspflichtig arbeiten, desto besser ist dies für stabile soziale Sicherungssysteme und die Rente. Wir setzen auf Sicherheit und Verlässlichkeit bei der Rente, Generationengerechtigkeit, Anreize für freiwilliges Arbeiten und eine Stärkung von ergänzender betrieblicher und privater Vorsorge.

- **Für Verlässlichkeit beim Renteneintrittsalter.** An der bestehenden gesetzlichen Regelung zum Renteneintrittsalter halten wir fest. Die Regelung für besonders langjährige Versicherte mit 45 Versicherungsjahren behalten wir mit Blick auf die Planungssicherheit für Unternehmen und rentennahe Jahrgänge bei.

- **Keine Rentenkürzungen.** Wenn Menschen 45 Jahre Vollzeit gearbeitet und Beiträge gezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, muss die gesetzliche Rente deut-

lich oberhalb der Grundsicherung im Alter liegen. Mit der Union wird es keine Rentenkürzungen geben. Unser Ziel: ein durch wirtschaftliches Wachstum garantiertes stabiles Rentenniveau und weiterhin steigende Renten. Wer vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, soll sich auf eine auskömmliche Alterssicherung verlassen können.

- **Beitragsstabilität sichern – im Sinne der Generationengerechtigkeit.** Wir spielen Jung und Alt nicht gegeneinander aus. Unser Ziel ist es daher, die Beitragssätze stabil zu halten, auch um gerade kleine und mittlere Einkommen zu schützen.
- **Mehr Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten.** Wir wollen mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente. Arbeiten im Alter machen wir mit einer Aktivrente attraktiv. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei. Darüber hinaus heben wir die Hinzuverdienstgrenzen bei Witwenrenten deutlich an.
- **Betriebliche und private Vorsorge stärken.** Die Alterssicherung soll stabil auf mehreren Säulen beruhen, die gesetzliche Rente also wirksam durch zusätzliche betriebliche und private Vorsorge ergänzt werden. Dabei wollen wir insbesondere kleinere und mittlere Arbeitgeber bei Abschluss von Betriebsrenten unterstützen.
- **Altersvorsorge von Kindesbeinen an – Frühstart-Rente einführen.** Junge Menschen sollen möglichst früh selbst kapitalgedeckt vorsorgen. So entwickeln sie ein Bewusstsein für Altersvorsorge und Kapitalbildung. Deshalb werden wir für jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr pro Monat 10 Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot einzahlen. Der in dieser Zeit angesparte Betrag kann durch private Einzahlungen ab dem 18. Lebensjahr bis zum Renteneintritt weiter bespart werden. Erst so entfaltet die Frühstart-Rente durch eine renditeorientierte, kapitalgedeckte Anlage ohne Garantien ihren vollen Effekt. Die Erträge aus dem Depot sollen bis zum Renteneintritt steuerfrei sein. Das Sparkapital ist vor staatlichem Zugriff geschützt und wird erst mit Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt.
- **Altersvorsorge für Selbstständige.** Wir führen eine verbindliche Altersvorsorge für Selbstständige ein, die nicht anderweitig ausreichend abgesichert sind.
- **Sozialwahlen stärken.** Die Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, online an Sozialwahlen teilzunehmen. Wir schaffen die Friedenswahlen ab und sorgen für echte Wahlmöglichkeiten zwischen den Kandidaten.

Ja zu einer Landwirtschaft mit Zukunft

Unser Plan:

Landwirtschaft entlasten.

Landwirtschaftliche Produktion sichern.

Wir handeln.

1207 **Landwirtschaft entlasten**

1208 Unsere Landwirtinnen und Landwirte wirtschaften umweltfreundlich und leisten einen
1209 wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit und Landschaftspflege. Sie verdienen Aner-
1210 kennung, Respekt und Vertrauen. Wir sorgen für Entlastungen durch bessere Rahmenbe-
1211 dingungen und Planungssicherheit – damit ein Landwirt wieder Landwirt sein kann.

1212 • **Landwirtschaftliche Betriebe entlasten.** Wir führen die Agrardieselmrückvergütung wieder
1213 vollständig ein. Alternative Kraftstoffe wie Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe in
1214 der Land- und Forstwirtschaft befreien wir von der Energiesteuer.

1215 • **Planungssicherheit geben.** Wir sorgen dafür, dass die Finanzierung der „Gemeinschafts-
1216 aufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sichergestellt wird.

1217 • **Eigenständiges EU-Agrarbudget weiter gut ausstatten; GAP drastisch vereinfachen.** Wir
1218 machen uns in Brüssel dafür stark, dass das Agrarbudget gut ausgestattet bleibt. Unser
1219 Ziel ist zudem, die Gemeinsame Agrarpolitik für die Bäuerinnen und Bauern im Sinne
1220 von Bürokratieabbau, Transparenz und Effizienz massiv zu vereinfachen und praktika-
1221 bel auszugestalten, was auch viele kleinteilige Kontrollen überflüssig macht. Zudem
1222 müssen Bagatellgrenzen ausgeweitet werden. Die Ziele von Wettbewerbsfähigkeit, Er-
1223 nährungssicherheit, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der ländlichen Entwicklung
1224 und Agrarstruktur sind für uns gleichrangig.

1225 • **Generationenwechsel sicherstellen.** Dafür müssen junge Landwirtinnen und Landwirte
1226 flächendeckend besser gefördert werden. Wir sorgen für Planungs- und Finanzierungs-
1227 sicherheit, damit unsere Betriebe eine Zukunft haben.

1228 • **Ökologische Ziele erreichen.** Wir setzen auf Anreize, Vertragsschutz, die Honorierung
1229 von Natur- und Umweltschutz sowie Innovationen. Das zwangsweise Stilllegen von Flä-
1230 chen lehnen wir ab. Dabei sind uns konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleich
1231 wichtig. Das Bundesnaturschutzgesetz ändern wir dahingehend, dass Pflege und Bewirt-
1232 schaftung von Biotopen ausgleichsfähig sind.

1233 • **Bei Bürokratie ausmisten.** Wir bauen Berichts- und Dokumentationspflichten spürbar
1234 ab, stellen uns neuen EU-Pflichten frühzeitig entgegen und setzen stattdessen auf Markt-
1235 wirtschaft und Vertrauen. Europarechtliche Vorgaben setzen wir national grundsätzlich
1236 eins zu eins um und gehen nicht über das vorhergesehene Mindestmaß an Regulierung
1237 hinaus. Konkret wollen wir auf die Nährstoffbilanz im Düngerecht verzichten, ein EU-Bo-
1238 dengesetz dauerhaft abwenden und die EU-Taxonomie auch für die Land- und Forstwirt-
1239 schaft entschärfen.

1240 **Landwirtschaftliche Produktion sichern**

1241 Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen gemeinsam mit Gärtnern, Obst- und Gemü-
1242 sebauern, Winzern und Fischern für gute und gesunde Lebensmittel. Um die landwirt-
1243 schaftliche Produktion zu sichern, setzen wir auf innovative Technologien, den Erhalt land-
1244 wirtschaftlicher Flächen und eine nachhaltige Bewirtschaftung.

- 1245 • **Moderne Pflanzenzüchtung.** Wir sorgen dafür, dass sich Digitalisierung, Präzisionsland-
1246 wirtschaft und Pflanzenzüchtung entfalten können. Die Regulierung neuer Züchtungs-
1247 technologien muss praxistauglich sein. Moderne Instrumente der Züchtung wie „Smart
1248 Breeding“ unterstützen wir.
- 1249 • **Für besseren Pflanzenschutz.** Wir bekennen uns zum Einsatz chemisch-synthetischer
1250 Pflanzenschutzmittel. Das sogenannte „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ schaffen
1251 wir ab. Das Zulassungsverfahren passen wir an, damit innovative Produkte schneller ver-
1252 fügbar sind und die Nutzung und Förderung biologischer und risikoreduzierter Mittel
1253 vereinfacht wird.
- 1254 • **Landwirtschaftliche Tierhalter unterstützen.** Wir unterstützen unsere Landwirte bei der
1255 artgerechten Tierhaltung für mehr Tierwohl. Wir sind für Tierhaltung, insbesondere
1256 auch für den Fortbestand der Kombihaltung und gegen eine Reduktion oder Quoten. Wir
1257 sorgen für eine verlässliche Finanzierung tierwohlgerechter Ställe und schaffen geneh-
1258 migungsrechtliche Hürden ab. Verbraucher müssen klar und verbindlich über Tierwohl
1259 und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.
- 1260 • **Kein Ausverkauf von Ackerland.** Für Innovationen und neue Geschäftsmodelle braucht
1261 es auch Kapital. Einen Ausverkauf der landwirtschaftlichen Flächen an Kapitalinvestoren
1262 lehnen wir jedoch ab.
- 1263 • **Den Wald nachhaltig bewirtschaften.** Wir unterstützen Forstwirtschaft und Jagd, die mit
1264 einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine vielfältigen Funktio-
1265 nen sichern. Gleichzeitig fördern wir den Auf- und Umbau klimastabiler und standortan-
1266 gepasster Wälder und wollen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Holz nutzen und
1267 weiterentwickeln. Das schließt eine sinnvolle energetische Nutzung aus regionaler Forst-
1268 wirtschaft ein.
- 1269 • **Wolfsbestand regeln.** Unser Ziel ist ein aktives Bestandsmanagement. Wölfe müssen –
1270 regional unterschiedlich – bejagt werden können, damit weniger Weidetiere gerissen
1271 werden. Dafür passen wir den Schutzstatus des Wolfs an und nehmen ihn in das Bundes-
1272 jagdgesetz auf. Vergleichbare Regelungen streben wir für andere nicht mehr gefährdete
1273 Arten an, etwa Saatkrähen und Kormorane.
- 1274 • **Land und Landwirtschaft Sicherheit geben.** Wir nehmen die Ernährungssicherung als
1275 Staatsziel in das Grundgesetz auf. Das ist vor allem für Gesetzgebung und Gerichte wich-
1276 tig, damit landwirtschaftliche Anliegen angemessen berücksichtigt werden.
- 1277 • **Bei der Ernährung auf mündige Bürger setzen.** Wir setzen auf Ernährungsbildung und
1278 gute Information, aber nicht auf unwirksame Werbeverbote oder Lenkungssteuern. Für
1279 Lebensmittel wollen wir eine verpflichtende, praxistaugliche Herkunftskennzeichnung.
- 1280 • **Für eine zukunftsfähige heimische Fischerei.** Dazu fördern wir die Modernisierung der
1281 überalterten Fangflotte und das Implementieren umweltfreundlicher Antriebstechniken.

III. Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist

Das Vertrauen in den Rechtsstaat sinkt, die Kriminalität steigt. Polizistinnen und Polizisten erleben, was auch andere Rettungs- und Einsatzkräfte kennen: einen Mangel an Respekt, Beleidigungen, immer brutalere Angriffe. Aber auch von außen wird unsere Sicherheit bedroht. Der russische Diktator hat einen Krieg begonnen, der uns auch als Europäer und Mitglied der NATO fordert.

Keine Frage: Die Zeitenwende ist da. Nun wird es höchste Zeit, sie auch politisch umzusetzen. Dazu muss Deutschland vor allem wieder verteidigungsfähig werden, indem wir unsere Bundeswehr möglich schnell und umfassend stärken. Außenpolitisch müssen wir mehr Verantwortung übernehmen, vor allem als starker Motor der Europäischen Union.

Freiheit setzt Sicherheit voraus. Nur wer sicher lebt und sich sicher fühlt, kann seine Freiheitsrechte in Anspruch nehmen. Dafür braucht unser Land jetzt einen Politikwechsel.

Wir wollen ein Land, das frei und wieder sicher ist.

Wir wollen Deutschland wieder nach vorne bringen.

Ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können.

Ja zu Recht und Ordnung

Unser Plan:

Null-Toleranz-Strategie.

Starke Sicherheitsbehörden und leistungsfähige Justiz.

Wertschätzung für Sicherheitsbehörden und Einsatzkräfte.

Sicherheit im digitalen Raum schaffen.

Zeitenwende bei Bevölkerungsschutz und ziviler Verteidigung.

Wir handeln.

Null-Toleranz-Strategie

Für uns gilt im Kampf gegen Kriminalität eine Null-Toleranz-Strategie. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss umgehend bestraft werden.

- **Sicherheit vor Ort, im Alltag und in der Nachbarschaft stärken.** Jeder muss sich im Alltag, auf dem Weg zur Arbeit und in seiner Freizeit ohne Angst frei bewegen können. Einer Verwahrlosung des öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft der Anfangs-

punkt für Kriminalität. Wir fordern den Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Gefahrenorten und Systeme zur automatisierten Gesichtserkennung an Bahnhöfen, Flughäfen und anderen Kriminalitätsschwerpunkten zur Identifizierung schwerer Straftäter.

- **Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren.** Wir verschärfen das Strafrecht, um vor allem Frauen, ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen besser zu schützen. Wir erhöhen die Höchststrafe für Stalking. Körperverletzungen, insbesondere wenn sie mit einem Messer begangen werden, und Gruppenvergewaltigungen werden wir deutlich härter bestrafen.

- **Höchste Aufmerksamkeit für den Schutz von Kindern und Frauen.** Wir lassen die Opfer häuslicher Gewalt, gerade Frauen und Kinder, nicht allein. Ihr Schutz hat für uns Priorität. Wir entwickeln deshalb ein Sicherheitskonzept und stärken die Frauenhäuser. Die elektronische Fußfessel setzen wir verstärkt ein, damit Gewalttäter gegen Frauen Abstand zu ihren ehemaligen Partnerinnen halten.

- **Kinder präventiv schützen.** Wir sorgen dafür, dass es dort, wo Kinder betreut werden, flächendeckend verbindliche und standardisierte Schutzkonzepte gibt. Im Umgangsrecht soll gelten: Wenn ein Elternteil dem Kind Gewalt antut, muss es von der Betreuung ausgeschlossen werden.

- **Prostituierte wirksam schützen.** Immer noch gibt es Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch. Menschenhandel, Zwangsprostitution und Clankriminalität sind ein großes Übel und müssen bekämpft werden. Das „Dreisäulenmodell“ kann dabei als Orientierung dienen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Präventionsarbeit liegen.

- **Kiffen verboten.** Die Ampel ist mit ihrem Cannabis-Gesetz gescheitert. Es begrenzt weder den Konsum, noch drängt es den Schwarzmarkt zurück. Stattdessen erleben wir brutale Bandenkriege. Die Legalisierung dieser Droge nehmen wir deshalb zurück.

- **Gleiche Rechte, gleiche Verantwortung.** Nach der Vorstellung des Gesetzgebers sollte die Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) die Ausnahme bleiben und im Regelfall das Erwachsenenstrafrecht gelten. In der Praxis hat sich dieses Verhältnis jedoch seit langem in das Gegenteil verkehrt. Für uns steht fest: Künftig soll auf alle Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) das allgemeine Strafrecht Anwendung finden.

- **Mindestalter für Strafmündigkeit überprüfen.** Kinder unter 14 Jahren sind bislang strafrechtlich nicht schuldfähig. Es ist fraglich, ob diese Altersgrenze dem heutigen Reifegrad von Kindern noch angemessen ist. Wir lassen dies durch eine wissenschaftliche Untersuchung prüfen, um gegebenenfalls das Mindestalter für die Strafmündigkeit anzupassen. In jedem Fall gilt es aber, Gerichtsverfahren zu etablieren, die die Straftaten unter Anwesenheit der erziehungsberechtigten Eltern und der Kinder von Staatsanwaltschaft und Jugendgericht aufarbeiten. Das gebietet der Respekt vor den Opfern.

Starke Sicherheitsbehörden und leistungsfähige Justiz

Starke Sicherheitsbehörden und eine leistungsfähige Justiz schützen unseren Rechtsstaat und ermöglichen Freiheit. Sie brauchen ausreichend und gut qualifiziertes Personal sowie moderne Befugnisse für ihre Arbeit. Wir setzen auf eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung, auch mit internationalen Partnern.

- **Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.** Der Schutz der Bevölkerung und die Sicherheitsinteressen unseres Staates müssen Vorrang vor Datenschutzinteressen des Einzelnen haben. Niemand, der gegen unsere Gesetze verstößt, darf durch die Anonymität des Internets falschen Schutz erlangen.
- **Mindestdauer-Speicherung von IP-Adressen.** Im Kampf gegen schwere Straftaten, wie etwa sexuelle Gewalt gegen Kinder, oder um Terroranschläge zu verhindern, verpflichten wir die Internetanbieter zur Speicherung der IP-Adressen und Portnummern für eine Mindestdauer.
- **Mehr Rechte in der digitalen Welt.** Wir geben unseren Sicherheitsbehörden eine möglichst umfassende Befugnis zur elektronischen Gesichtserkennung und erlauben ihnen die Nutzung moderner Software zur Analyse von großen Datenmengen, polizeilichen Datenbanken und sozialen Netzwerken. Wir schaffen digitale Befugnisse wie Quellen-Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchung und automatische Datenanalyse mittels KI für alle Bundessicherheitsbehörden.
- **Gegen Einbruch und Enkeltrick.** Die Möglichkeit zur Überwachung der Telekommunikation und zur Funkzellenauswertung weiten wir aus. Das gilt insbesondere für Verbrechen wie den Wohnungseinbruchsdiebstahl und den Enkeltrick, die tief in das Sicherheitsgefühl der Opfer einschneiden.
- **Neuer „Pakt für den Rechtsstaat“.** Wir brauchen eine bessere personelle Ausstattung unserer Gerichte, eine konkurrenzfähige Besoldung, einen Digitalisierungsschub und schnellere Gerichtsverfahren. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Eine Entlastung des Personals ist vor allem mit Hilfe technischer Prozesse und durch die Unterstützung von KI möglich.

Wertschätzung für Sicherheitsbehörden und Einsatzkräfte

- Wir stehen fest an der Seite unserer Sicherheitsbehörden, des Zolls und unserer Einsatzkräfte bei Polizei, Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und der Bundeswehr. Sie verdienen Rückhalt, Unterstützung und Wertschätzung.
- **Einsatzkräfte besser schützen.** Angriffe auf diejenigen, die uns schützen, werden wir härter bestrafen. Auch die Angehörigen der Gesundheitsberufe nehmen wir in diesen Schutz auf.
 - **Persönlichen Schutz der Polizisten verbessern.** Polizistinnen und Polizisten müssen gut ausgerüstet sein, damit sie uns und sich selbst gut schützen können. Dafür sorgen wir, etwa durch die flächendeckende Ausstattung mit Distanz-Elektro-Impulsgeräten (TASER) und die Verwendung von Bodycams – auch bei Einsätzen in Wohnräumen.
 - **Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden.** Wo es Vorwürfe gegen sie gibt, müssen diese durch Staatsanwaltschaften und Gerichte aufgeklärt werden. Sonderermittler, wie den von der Ampel eingerichteten Polizeibeauftragten des Bundes, schaffen wir ab. Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Bundespolizisten lehnen wir ab. Wir verpflichten sie auch nicht, anlässlich einer Kontrolle eine Kontrollquittung auszustellen. Wir brauchen unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die Kriminalität und nicht mit der Bürokratie.

1394 • **Gefahren früh erkennen.** Unsere Nachrichtendienste erfüllen mit der frühzeitigen Auf-
1395 klärung von Gefahren für unseren Staat und unsere freiheitlich-demokratische Grund-
1396 ordnung eine zentrale Aufgabe. Wir geben ihnen die notwendigen Befugnisse, damit sie
1397 ihren gesetzlichen Auftrag bestmöglich erfüllen können.

1398 • **Bundesdisziplinargesetz und Soldatengesetz ändern.** Feinde unserer freiheitlich-demo-
1399 kratischen Grundordnung sind schneller aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernen. Wir
1400 lehnen es jedoch ab, einen Beamten oder Zeit- und Berufssoldaten ohne richterlichen
1401 Beschluss durch einfachen Verwaltungsakt zu entlassen.

1402 **Sicherheit im digitalen Raum schaffen**

1403 Zahl, Komplexität und Schwere von Cyberangriffen wachsen beständig. Sie treffen das Ner-
1404 vensystem unseres Landes. Die Bandbreite der Täter reicht von Kleinkriminellen über or-
1405 ganisierte Hackergruppen und Terroristen bis hin zu staatlichen Akteuren. Aber wir sind
1406 nicht wehrlos. Mit vernetzter Resilienz werden wir unsere Schlagkraft erhöhen.

1407 • **Auf dynamische Entwicklungen im Cyberraum reagieren.** Wir statten unsere Sicher-
1408 heitsbehörden bei der Cybersicherheit mit den notwendigen Befugnissen, mit Fachper-
1409 sonal und moderner Infrastruktur aus. Dazu braucht es auch eine konkurrenzfähige Be-
1410 soldung. Wir handeln nach dem Grundsatz: Was in der analogen Welt verboten ist, muss
1411 auch in der digitalen Welt verboten sein.

1412 • **Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen weiter vertiefen.** Deshalb
1413 bauen wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentral-
1414 stelle für Fragen der Informations- und Cybersicherheit aus. Es soll neben dem Bundes-
1415 amt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt eine starke dritte Säule der Cy-
1416 bersicherheitsarchitektur unter Führung des Bundesministeriums des Innern bilden.

1417 • **Nationales Cyber-Abwehrzentrum und Cyberreserve stärken.** Wir entwickeln es so wei-
1418 ter, dass es in komplexen Schadenslagen bundesweit eine Abwehr von Gefahren und An-
1419 griffen koordinieren kann. Um das große Know-how außerhalb der Bundeswehr zu nut-
1420 zen, wollen wir die Cyber-Reserve stärken.

1421 • **Cyberabwehr stärken.** Gemeinsam mit den Ländern schaffen wir die rechtlichen, organi-
1422 satorischen und die technischen Voraussetzungen für eine starke aktive Cyberabwehr
1423 des Bundes. Cyberangriffe insbesondere aus dem Ausland müssen wir aufklären und un-
1424 terbinden können. Wir verzahnen die zivilen und militärischen Fähigkeiten zur Cyber-
1425 abwehr besser. Wir nehmen regelmäßige gemeinsame Cyberübungen der Bundes-, der
1426 Landes- und der kommunalen Ebene vor.

1427 • **Sicherheit im Netz geben.** Wir sorgen dafür, dass ein ausreichender Kinder- und Jugend-
1428 schutz auch im Internet gewährleistet wird. Das gilt auch für Soziale Medien als wichtige
1429 Plattformen des Austauschs und der Information. Wir stellen sicher, dass bei der Umset-
1430 zung des Digital Services Act der Schwerpunkt auf mehr Transparenz, Kampf gegen Des-
1431 information sowie Jugend- und Medienschutz gelegt wird.

1432 **Zeitenwende bei Bevölkerungsschutz und ziviler Verteidigung**

1433 Der Bevölkerungsschutz und die zivile Verteidigung stehen vor immensen Herausforde-
1434 rungen: Extremwetterlagen, Pandemien, Terrorismus, hybride Kriegsführung. Deutsch-
1435 land muss krisenfester und widerstandsfähiger werden, um für diese Gefahren gerüstet zu
1436 sein. Resilienz ist das Gebot der Stunde.

- 1437 • **„Pakt für den Bevölkerungsschutz“ mit den Ländern schließen.** Wir sorgen für nachhal-
1438 tige finanzielle Investitionen in die Ausstattung des Zivil- und Katastrophenschutzes, ins-
1439 besondere bei Unterbringung, Fahrzeugen und IT-Infrastruktur.
- 1440 • **Für eine starke zivile Verteidigung.** Wir legen ein Sonderprogramm für die zivile Vertei-
1441 digung auf, bauen die Warninfrastruktur weiter aus, bis die Lücken geschlossen sind, er-
1442 arbeiten ein Konzept für den Aufbau einer „Zivilen Reserve“ und binden sogenannte
1443 Spontanhelfer stärker ein.
- 1444 • **Krisenkompetenz in der Bevölkerung ausbauen.** Jedermann ist gefordert, sich im Rah-
1445 men der Selbsthilfe aktiv zu beteiligen und entsprechend vorzusorgen. Auch das Wissen
1446 um das Verhalten bei Hochwasser, Stromausfällen und anderen Krisen stärken wir.
- 1447 • **Schutz unserer Kulturgüter.** Um sie vor Gefahren wie Naturkatastrophen, Terror, Krieg
1448 oder Sabotage besser zu schützen, bedarf es einer nationalen Strategie. Diese muss wirk-
1449 same Maßnahmen zum Bestandsschutz, zur Erarbeitung von Notfallplänen und zur Si-
1450 cherung des Betriebsablaufs für die Grundversorgung enthalten.

1451 **Ja zum Stopp der illegalen Migration**

1452 **Unser Plan:**

1453 **Illegale Migration stoppen.**

1454 **Zu unserer humanitären Verantwortung stehen.**

1455 **Wir handeln.**

1456 **Illegale Migration stoppen**

1457 Auch wir haben in unserer Regierungszeit Fehler gemacht – und daraus gelernt. Wir arbei-
1458 ten in einer neuen Regierung vom ersten Tag an für eine grundsätzliche Wende in der Mig-
1459 rationspolitik. Wir richten auch die deutsche Außen- und Europapolitik sowie die Entwick-
1460 lungszusammenarbeit auf dieses Ziel aus. Wir wollen die Kontrolle über die Migration zu-
1461 rückgewinnen. Wir wollen die illegale Migration stoppen und die humanitären Aufnahmen
1462 auf ein Maß beschränken, das die Möglichkeiten Deutschlands nicht länger überfordert.
1463 Unser nationales Asylsystem braucht zügige Verfahren, sichere Identitätsfeststellungen
1464 und eine konsequente Umsetzung der Asylentscheidungen.

- 1465 • **Grenzkontrollen mit Zurückweisungen verbinden.** Wir setzen einen faktischen Aufnah-
1466 mestopp sofort durch. Dazu weisen wir diejenigen an den deutschen Grenzen zurück, die

- 1467 aus einem anderen Mitgliedstaat der EU oder dem Schengen-Raum nach Deutschland
1468 einreisen und bei uns einen Asylantrag stellen wollen. Die erforderlichen Kontrollen an
1469 den deutschen Grenzen verlängern wir, solange es notwendig ist. Zugleich investieren
1470 wir in modernste Grenzsicherungstechnik, wie etwa in Drohnen, Nachtsicht- und Wär-
1471 mebildkameras.
- 1472 • **Kein Nachzug.** Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und
1473 beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.
- 1474 • **Vorrang von Sachleistungen.** Ganz generell sollen Sachleistungen, wo immer möglich,
1475 Vorrang vor Geldleistungen haben. Die Bezahlkarte soll flächendeckend und restriktiv in
1476 allen Bundesländern eingeführt werden. Für Ausreisepflichtige richten wir die Sozialleis-
1477 tungen an dem Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ aus und sehen, wo immer möglich, einen
1478 gänzlichen Leistungsausschluss vor.
- 1479 • **Subsidiären Schutzstatus abschaffen.** Wir wirken auf europäischer Ebene darauf hin,
1480 zum ursprünglichen Geist der Genfer Flüchtlingskonvention zurückzukehren.
- 1481 • **Ukrainerinnen und Ukrainer in Arbeit bringen.** Neu ankommende Flüchtlinge aus der
1482 Ukraine sollen kein sogenanntes „Bürgergeld“ mehr erhalten, sondern Leistungen nach
1483 dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zugleich unternehmen wir alle Anstrengungen, dass
1484 sie unmittelbar in Arbeit kommen und unabhängig von staatlichen Leistungen werden.
1485 Wir vereinfachen die Verfahren zur Berufsankennung und stärken das Erlernen der
1486 deutschen Sprache „on the job“.
- 1487 • **Weitere „sichere Herkunftsländer“ ausweisen.** Um Asylverfahren zu beschleunigen und
1488 Rückführungen zu erleichtern, stufen wir weitere Länder als „sichere Herkunftsländer“
1489 ein. Zudem werden wir verstärkt Rücknahmeabkommen mit den Hauptherkunftslän-
1490 dern schließen.
- 1491 • **Zahl der Rückführungen erhöhen.** Asylbewerber ohne Schutzberechtigung müssen un-
1492 ser Land wieder verlassen. Wenn dies nicht freiwillig geschieht, muss die Ausreisepflicht
1493 staatlich durchgesetzt werden. Wir erarbeiten ein umfassendes Gesetz, um die Zahl der
1494 Rückführungen zu steigern. Wir wollen die europäische Grenzschutzagentur Frontex da-
1495 bei unterstützen, die Zahl der Rückführungen weiter zu erhöhen, und treten daher auch
1496 in Europa für schärfere Regeln ein. Der Bund soll die Länder auch weiterhin bei der Be-
1497 schaffung von Reisepapieren und der Umsetzung von Rückführungen unterstützen und
1498 diese Unterstützung weiter ausbauen. Wir wollen zentrale Asylverfahren für beschleu-
1499 nigte Verfahren und Bundesausreisezentren schaffen, um Rückführungen zu erleich-
1500 tern. Nach Afghanistan und Syrien wollen wir regelmäßig abschieben – vor allem Straf-
1501 täter und Gefährder.
- 1502 • **Bundespolizei mehr Kompetenzen geben.** Die Bundespolizei muss die Kompetenz erhal-
1503 ten, ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft oder Ausreisegewahrsam zu
1504 nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen. Wir ändern das Recht so, dass jeder aus-
1505 reisepflichtige Straftäter und Gefährder im Anschluss an seine Haft in zeitlich unbe-
1506 grenzten Ausreisearrest genommen werden kann, bis er freiwillig ausreist oder die
1507 zwangsweise Abschiebung gelingt.

1508 **Zu unserer humanitären Verantwortung stehen**

1509 Dauerhaft können wir unser Ziel nur durch einen grundlegenden Wandel des europäischen
1510 Asylrechts erreichen. Wir stoßen deshalb einen Reformprozess in der EU an, der das Kon-
1511 zept der sicheren Drittstaaten verwirklicht. Unserer humanitären Verantwortung werden
1512 wir weiterhin gerecht und gewähren schutzbedürftigen Menschen auch in Zukunft Schutz
1513 und Aufenthalt in Deutschland. Dabei trennen wir wieder klar zwischen humanitärer Auf-
1514 nahme und der Einwanderung von Fachkräften.

- 1515 • **Asylverfahren in sicheren Drittstaaten.** Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz
1516 in Europa. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt
1517 werden und dort ein Asylverfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird
1518 der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Mit einem solchen Mo-
1519 dell zerschlägt Europa das menschenverachtende Geschäft der Schlepper und Schleuser.
1520 Denn es ergibt in diesem Fall keinen Sinn mehr, sich auf den gefährlichen und auch teu-
1521 ren Weg nach Europa zu begeben.
- 1522 • **Die Schwächsten schützen.** Nach der erfolgreichen Verwirklichung des Konzepts der si-
1523 cheren Drittstaaten nehmen wir jährlich ein begrenztes Kontingent von tatsächlich
1524 schutzbedürftigen Menschen direkt aus dem Ausland auf. Dabei wenden wir uns gezielt
1525 an die Schwächsten. Wir sorgen damit für mehr Humanität im Asylrecht. Denn bislang
1526 entscheiden die Gefahren der Sahara und des Mittelmeers darüber, wer es zu uns nach
1527 Europa schafft. Unser Asylrecht ist heute tatsächlich ein Recht des Stärkeren.
- 1528 • **EU-Außengrenzen wirksam schützen.** Damit nicht mehr Schlepper und Schleuser über
1529 die Einreise in die EU entscheiden, muss der europäische Außengrenzschatz weiter deut-
1530 lich verbessert werden. Wir dringen darauf, dass zu einem wirksamen Schutz der EU-
1531 Außengrenzen auch verstärkt der bauliche und technische Grenzschatz gehören. Durch
1532 einen funktionierenden Außengrenzschatz wollen wir Kontrollen an den Binnengrenzen
1533 perspektivisch überflüssig machen.
- 1534 • **Mehr Personal, mehr Befugnisse für Frontex.** Frontex muss eine echte Grenzpolizei und
1535 Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und deutlich aufgestocktem Personal wer-
1536 den. Schrittweise sollte Frontex eigene Grenzabschnitte zugewiesen bekommen und
1537 diese eigenverantwortlich schützen. Unser Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen
1538 Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen.

1539 **Ja zu einer wehrhaften Demokratie**

1540 **Unser Plan:**

1541 **Feinde unseres Staates konsequent bekämpfen.**

1542 **Nie wieder ist jetzt – kein Platz für Antisemitismus.**

1543 **Null Toleranz beim Kampf gegen Organisierte Kriminalität.**

1544 **Wir handeln.**

1545 **Feinde unseres Staates konsequent bekämpfen**

1546 Den zunehmenden extremistischen Gefährdungen treten wir mit einem 360-Grad-Blick
1547 entgegen. Sie lauern nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Netz. Wir brau-
1548 chen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus, von Gewalt und Terror – ob es
1549 sich um Rechts- oder Linksextremismus handelt oder den Islamismus.

1550 • **Klare Kante gegen Terror-Unterstützer.** Wir legen umgehend ein Gesetz zur Bekämpfung
1551 des Extremismus vor. Wer für Ziele und Handlungen einer Terrororganisation wirbt,
1552 macht sich künftig strafbar. Das Gesetz sieht unter anderem vor: eine zwingende Re-
1553 gelausweisung, das Versagen eines Aufenthaltstitels und bei Doppelstaatlern den Verlust
1554 der deutschen Staatsangehörigkeit. Dies gilt im Falle des öffentlichen Aufrufs zur Ab-
1555 schaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zum Beispiel im Wege der
1556 Forderung eines islamistischen Gottesstaates oder bei der Verurteilung zu einer antise-
1557 mitischen Straftat.

1558 • **Stoppschild für Islamismus.** Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind un-
1559 terschätzte Gefahren. Den ideologischen Nährboden dieses religiös motivierten politi-
1560 schen Extremismus nehmen wir intensiver in den Blick. Wir dulden keinerlei Rückzugs-
1561 räume und schließen Moscheen, in denen Hass und Antisemitismus gepredigt wird. Wir
1562 bauen die Grundlagenforschung an Hochschulen aus und verzahnen sie mit dem Han-
1563 deln unserer Sicherheitsbehörden. Den Expertenkreis „Politischer Islam“ setzen wir wie-
1564 der ein.

1565 • **Klare Regeln in Zusammenarbeit mit muslimischen Akteuren.** Vereine und Verbände,
1566 die oder deren Mitglieder vom Verfassungsschutz beobachtet werden, schließen wir von
1567 staatlichen Kooperationen und Geldern aus. Alle Einrichtungen, die Geld vom Staat er-
1568 halten wollen, müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen
1569 und eine Erklärung gegen Antisemitismus abgeben. Das Bundesprogramm „Demokratie
1570 leben“ siedeln wir künftig im Bundesinnenministerium an.

1571 • **Rechtsextremismus die Rote Karte zeigen.** Rechtsextremisten, Reichsbürger und soge-
1572 nannte Selbstverwalter delegitimieren unseren Staat und seine Institutionen. Offene Ge-
1573 waltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit machen sie besonders gefährlich. Wir be-
1574 kämpfen sie mit voller Härte auf der Basis unseres 2020 gestarteten Maßnahmenpakets
1575 gegen Rechtsextremismus.

1576 • **Linksextremismus genauso konsequent begegnen.** Wer das Gewaltmonopol des Staates
1577 in Frage stellt oder offen zur Gewalt gegen den Staat, seine Einrichtungen und seine Re-
1578 präsentanten aufruft, darf keine Milde erwarten. Dasselbe gilt für diejenigen, die das Ei-
1579 gentum Dritter nicht respektieren oder kritische Infrastrukturen angreifen.

1580 • **Bei Extremisten und Straftätern Waffenrecht konsequent anwenden.** Die Feinde unseres
1581 Staates gehören entwaffnet. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass Legalwaffenbesitzer, Jä-
1582 ger, Sammler und Schützen nicht drangsaliert oder kriminalisiert werden.

1583 • **Öffentlichen Raum nicht dem Hass preisgeben.** Delikte wie das Zeigen verfassungsfeind-
1584 licher Symbole sowie verfassungsfeindliche und antisemitische Äußerungen müssen mit
1585 der ganzen Konsequenz des Rechtsstaates verfolgt und geahndet werden.

1586 Nie wieder ist jetzt – kein Platz für Antisemitismus

1587 Wir bekämpfen entschlossen Judenhass. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland si-
1588 cher und angstfrei leben können.

1589 • **Mehr Engagement gegen Antisemitismus.** Wir erwarten von Parteien, Wissenschaft, Me-
1590 dien, Kunst und Kultur die Klarstellung, dass es in ihren Reihen keinen Raum für antise-
1591 mitische Ansichten gibt.

1592 • **Verantwortung und Dialog stärken.** Alle Schülerinnen und Schüler sollen Gedenkstätten
1593 besuchen. Das ist wichtig für ihr historisches Bewusstsein. Gleichzeitig treiben wir den
1594 Aufbau des Deutsch-Israelischen Jugendwerks zügig voran. So kann ein aktuelles, reales
1595 Bild von Israel vermittelt werden.

1596 • **Kein staatliches Geld für Antisemitismus.** Zivilgesellschaftliche Organisationen, die vom
1597 Bund gefördert werden, sollen künftig ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen
1598 Grundordnung und zum Existenzrecht Israels abgeben sowie gegen Antisemitismus im
1599 Sinne der Definition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA).

1600 • **Israelhass und Antisemitismus härter bestrafen.** Das Existenzrecht Israels ist deutsche
1601 Staatsräson. Deshalb verschärfen wir den Volksverhetzungs-Paragrafen im Strafgesetz-
1602 buch so, dass das Leugnen des Existenzrechts künftig strafbar ist. Außerdem führen wir
1603 einen besonders schweren Fall der Volksverhetzung ein, der Täter umfasst, die antisemi-
1604 tisch handeln.

1605 • **Zugewanderten Antisemitismus bekämpfen.** Wir ändern das Aufenthalts- und Asylrecht
1606 so, dass eine antisemitische Straftat auch zu einem Verlust des humanitären Schutzes in
1607 Deutschland und zur Abschiebung führt. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels ma-
1608 chen wir zu einer Einbürgerungsvoraussetzung.

1609 Null Toleranz beim Kampf gegen Organisierte Kriminalität

1610 Wir dulden keine rechtsfreien Räume und kämpfen gegen Organisierte Kriminalität, Ban-
1611 den- und Clankriminalität. Sie stellen eine grundlegende Missachtung unserer Rechts- und
1612 Wertordnung dar. Wir begegnen ihnen durch maximalen Kontroll- und Verfolgungsdruck.
1613 Der Abschottung in kriminelle Parallelgesellschaften mit eigenen Regeln und eigener Ge-
1614 richtsbarkeit sagen wir den Kampf an. Wir setzen zudem dort an, wo es den Kriminellen am
1615 meisten weh tut: beim Geld.

1616 • **Eine echte Zollpolizei schaffen.** Wir bündeln die zerstreuten polizeilichen Ermittlungs-
1617 dienste im Bereich der Finanzkriminalität und statten sie mit umfassenden Kompeten-
1618 zen aus. So machen wir die neue Zollpolizei zu einem scharfen Schwert im Kampf gegen
1619 Geldwäsche und Finanzkriminalität.

1620 • **Geldwäsche bekämpfen und Verbrechenegewinne abschöpfen.** Wir bekämpfen Geldwä-
1621 sche noch konsequenter und regeln verfassungskonform, dass beim Einziehen von Ver-
1622 mögen unklarer Herkunft künftig eine vollständige Beweislastumkehr gilt.

1623 • **Clankriminalität immer im Blick haben.** Wir stärken die „Bund-Länder-Initiative zur Be-
1624 kämpfung der Clankriminalität“.

- 1625 • **Echte europäische Sicherheitsunion schaffen.** Wir drängen darauf, dass die Staaten Eu-
1626 ropas auf dem Feld der inneren Sicherheit noch enger zusammenrücken. Wir stärken die
1627 Zusammenarbeit von Europol mit den Polizeien der Mitgliedstaaten. Europol muss so
1628 weiterentwickelt und ausgestattet werden, dass es eine Zentralstelle für Europa wird und
1629 ein gemeinsames Daten- und Informationshaus für die nationalen Sicherheitsbehörden
1630 bereitstellt – im Kampf gegen Organisierte Kriminalität, insbesondere Drogen- und
1631 Schleuserkriminalität, Cyberkriminalität und Terrorismus.

1632 **Ja zu unserer Verantwortung in der Welt**

1633 **Unser Plan:**

1634 **Für europäischen Frieden in Freiheit und Sicherheit.**

1635 **Geopolitische Handlungsfähigkeit stärken.**

1636 **Deutschland als verlässlicher Partner in der Welt.**

1637 **Präsenz im Indo-Pazifik ausbauen, Systemkonkurrenz zu China annehmen.**

1638 **Unser Einsatz in der Welt.**

1639 **Wir handeln.**

1640 **Für europäischen Frieden in Freiheit und Sicherheit**

1641 Für Deutschland und Europa sind Frieden und Sicherheit nicht selbstverständlich. Der rus-
1642 sische Angriffskrieg hat die Europäische Sicherheitsarchitektur schwer erschüttert. Das
1643 Regime von Wladimir Putin verachtet Demokratie, Menschenrechte, das Völkerrecht und
1644 die Regeln des internationalen Zusammenlebens. Sein Ziel ist eine neue Weltordnung nach
1645 seinen Regeln. Sicherheit für Deutschland und Europa, in Frieden und Freiheit: Das hat für
1646 uns überragende Bedeutung. Entscheidend dafür ist eine entschlossene und geschlossene
1647 Haltung gemeinsam mit unseren Partnern.

- 1648 • **Die Ukraine verteidigt auch uns.** Denn fällt die Ukraine, droht der Angriff auf ein weiteres
1649 europäisches Land. Daher unterstützen wir die Ukraine mit allen erforderlichen diplo-
1650 matischen, finanziellen und humanitären Mitteln sowie mit Waffenlieferungen. Sie muss
1651 ihr Selbstverteidigungsrecht ausüben können.

- 1652 • **Kontaktgruppe Ukraine.** Gemeinsam mit Frankreich, Polen und dem Vereinigten König-
1653 reich wollen wir in enger Abstimmung mit den USA eine gemeinsame Strategie entwi-
1654 ckeln, um die Ukraine in ihrem Streben nach Frieden, Freiheit und Sicherheit zu unter-
1655 stützen. Dazu gehört auch die Frage nach glaubhaften Sicherheitsgarantien für die Ukra-
1656 ine und in diesem Zusammenhang die Frage der Rolle der NATO. Unser Ziel ist ein Frie-
1657 densprozess, der von der Ukraine aus einer Position der Stärke und auf Augenhöhe ge-
1658 führt werden kann.

- 1659 • **Die Sanktionen gegen Russland erweitern wir zielgerichtet und engmaschig.** Der hohe
1660 wirtschaftliche Preis dieses Angriffskrieges soll Putin zu einem Umdenken und dann zu
1661 einem Ende der Feindseligkeiten führen.

1662 • **Der Ukraine eine Perspektive aufzeigen.** Ihr EU-Beitritt liegt im sicherheits- und geopoliti-
1663 tischen Interesse Deutschlands und Europas. Vor einem Beitritt müssen alle Kriterien
1664 vollständig erfüllt sein.

1665 **Geopolitische Handlungsfähigkeit stärken**

1666 Überall brodeln es, Krisen nehmen zu und machen nicht an Landesgrenzen halt. Die Lage
1667 auf der Welt ist ernst – und wir sind gefordert. Als wirtschaftliches Schwergewicht, das jahr-
1668 zehntelang eine Friedensdividende einfahren durfte, muss Deutschland aus eigenem Inte-
1669 resse mehr Verantwortung übernehmen – für sich selbst und für seine Verbündeten, für
1670 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Bei uns, in Europa und in der freien Welt.

1671 • **Den Bundessicherheitsrat entwickeln wir zu einem Nationalen Sicherheitsrat.** Der Nati-
1672 onale Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt soll die wesentlichen Fragen der Außen-, Si-
1673 cherheits-, Verteidigungs-, Europa- und Entwicklungspolitik koordinieren, Strategieent-
1674 wicklung und strategische Vorausschau leisten und in Krisenlagen das Gremium der ge-
1675 meinsamen politischen Willensbildung sein. Dazu müssen wir uns auch strategisch neu
1676 aufstellen.

1677 • **Neue Nationale Sicherheitsstrategie beschließen.** In unserem ersten Regierungsjahr un-
1678 terziehen wir die mit Mängeln behaftete Nationale Sicherheitsstrategie einer grundlegen-
1679 den Überprüfung. Sie muss die neue Bedrohungslage konkret beschreiben, unsere Inte-
1680 ressen gezielt definieren und operative Ableitungen für die Außen-, Sicherheits-, Vertei-
1681 digungs-, Europa- und Entwicklungspolitik treffen.

1682 • **Europäische Koordinierung verbessern.** Die EU ist stark, wenn sie geschlossen handelt
1683 und bei wichtigen Entscheidungen zu gemeinsamen Positionen findet. Hierfür wird das
1684 Bundeskanzleramt künftig eine stärkere koordinierende Rolle übernehmen. In den Rä-
1685 ten der Europäischen Union darf es nicht länger zu Enthaltungen bei zentralen Politik-
1686 feldern kommen.

1687 **Deutschland als verlässlicher Partner in der Welt**

1688 Die USA waren, sind und bleiben der wichtigste Verbündete Deutschlands außerhalb Euro-
1689 pas. Unsere Völker verbindet eine lange Freundschaft. Unsere Länder teilen gemeinsame
1690 Werte, Interessen und als NATO-Mitglieder ein gemeinsames Schutzversprechen. Globalen
1691 Mächten begegnen wir auf Augenhöhe und mit partnerschaftlichem Interesse, ohne von
1692 unseren Werten abzurücken.

1693 • **Transatlantische Partnerschaft vertiefen.** Wir wollen auf die transatlantische Partner-
1694 schaft mit den USA nicht verzichten, sondern sie weiter vertiefen und gemeinsam für Si-
1695 cherheit, Freiheit und Frieden in der Welt eintreten. Um uns noch besser abzustimmen,
1696 wollen wir einen hochrangigen strategischen Dialog starten.

1697 • **Freundschaft zu Frankreich und Polen ist von überragender Bedeutung.** Im Format des
1698 Weimarer Dreiecks suchen wir die enge Abstimmung zwischen Berlin, Paris und War-
1699 schau zu allen relevanten Fragen der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik. Darüber-

1700 hinausgehend wollen wir mit beiden Ländern in allen Bereichen stärker zusammenar-
1701 beiten, von denen die Bürgerinnen und Bürger profitieren, zum Beispiel bei Energie, Ver-
1702 kehr und dem Stopp illegaler Migration.

1703 • **Unsere Freundschaft zu Israel ist unerschütterlich.** Deutschland trägt mit seiner Ge-
1704 schichte eine besondere Verantwortung für die Existenz und die Sicherheit Israels. Die
1705 Sicherheit Israels ist und bleibt Teil der deutschen Staatsräson. Aus dieser Überzeugung
1706 unterstützen wir selbstverständlich das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegen den
1707 Terror, der Israel von verschiedenen Seiten bedroht. Es liegt in unserem Interesse, dass
1708 wir fest an der Seite der einzigen Demokratie im Nahen und Mittleren Osten stehen. Dazu
1709 wollen wir Israel auch militärisch unterstützen und noch bestehende Exportblockaden
1710 beenden.

1711 • **Ziel muss ein nachhaltiger Frieden im Nahen Osten sein.** Deshalb unterstützen wir eine
1712 Zweistaatenlösung, die ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern
1713 ermöglicht. Zugleich setzen wir uns für eine Erweiterung des Abraham-Abkommens ein,
1714 das wegweisend für eine Annäherung zwischen Israel und einer wachsenden Gruppe ara-
1715 bischer Staaten ist.

1716 • **Enge und vertrauensvolle strategische Nachbarschaft mit Afrika.** Viele afrikanische Staa-
1717 ten haben wirtschaftlich, rechtsstaatlich und zivilgesellschaftlich Fortschritte gemacht.
1718 Zugleich wissen wir um die Herausforderungen: Migration, Sicherheit und Armut. Wir
1719 begreifen Afrika als Chancenkontinent, den wir aus eigenem Interesse unterstützen. Da-
1720 bei gilt es, die Staaten zu befähigen, dass sie selbst Terrorismus bekämpfen und für ihre
1721 eigene Sicherheit sorgen können – auch im Zusammenschluss der Afrikanischen Union.

1722 **Präsenz im Indo-Pazifik ausbauen, Systemkonkurrenz zu China annehmen**

1723 China positioniert sich immer schärfer gegen die freiheitlichen Demokratien und agiert zu-
1724 nehmend expansiv in seiner Nachbarschaft und weit darüber hinaus. Es arbeitet im globa-
1725 len Maßstab daran, wirtschaftliche, finanzielle und politische Abhängigkeiten zu schaffen.

1726 • **China selbstbewusst begegnen.** Mit unseren Partnern wollen wir den Einfluss Chinas zu-
1727 rückdrängen, wo immer unsere strategischen Interessen berührt sind. Wir setzen auf
1728 eine eigenständige europäische China-Politik, die eng mit den USA abgestimmt ist.

1729 • **Mehr Engagement in der Region.** Wir vertiefen unsere Beziehungen zu regionalen Koope-
1730 rations- und Wertepartnern wie Japan, Indien, Südkorea, Australien und Neuseeland. In
1731 Abstimmung mit unseren regionalen Partnern verstärken wir unsere wirtschaftliche und
1732 diplomatische Präsenz im indo-pazifischen Raum.

1733 **Unser Einsatz in der Welt**

1734 Für uns sind Menschenrechte universell, unteilbar und unveräußerlich. Unser christliches
1735 Menschenbild gebietet es, dass wir den Ärmsten und Schwächsten auf der Welt helfen.
1736 Auch deshalb treten wir entschieden allen Versuchen entgegen, Menschenrechte aufzuwei-
1737 chen und Menschenrechtsverteidiger mundtot zu machen. Mit Nachdruck setzen wir uns
1738 weiterhin für die Rechte verfolgter und bedrängter Christen ein. Religionsfreiheit ist ein
1739 elementares Menschenrecht und muss mit allen Kräften geschützt werden. Autokratische

1740 Staaten versuchen, Demokratie und Freiheit weltweit zurückzudrängen – diesen hybriden
1741 Bedrohungen sind auch wir ausgesetzt. Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbünde-
1742 ten setzen wir uns diesem Streben entschlossen zur Wehr. Verbunden damit muss auch
1743 humanitäre Hilfe verlässlich, gezielt und vorausschauend geleistet werden.

1744 • **Klare Erwartungen formulieren.** Wir verknüpfen unsere Entwicklungspolitik mit der
1745 Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
1746 dem wirksamen Stopp illegaler Migration, der Bekämpfung von Terrorismus und der Zu-
1747 rückdrängung des geopolitischen Einflusses von Russland und China. Dabei wollen wir
1748 auch europäisch vorgehen und private Investitionen fördern.

1749 • **Humanitäre Hilfe stärken.** Wir führen humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenar-
1750 beit angesichts ausgeprägter inhaltlicher Überschneidungen sowie aus Effizienzgründen
1751 wieder zusammen.

1752 • **Frauen und Mädchen im Mittelpunkt.** Wir setzen uns für ihr Recht auf Selbstbestimmung
1753 und Familienplanung ein. Benachteiligungen und Diskriminierungen sind Gift für gesell-
1754 schaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

1755 • **Endlich deutliche Fortschritte bei der EU-Integration des Westbalkans machen.** Ihre EU-
1756 Mitgliedschaft ist in unserem wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und geostrategi-
1757 schen Interesse. Wir werden die Beitrittsbemühungen weiterhin positiv begleiten. Hierzu
1758 bedarf es einer erneuten politischen Kraftanstrengung, unter anderem durch eine Fort-
1759 setzung des Berlin-Prozesses zur besseren regionalen Integration. Gleichwohl wird es
1760 keine Abstriche bei den Beitrittskriterien geben.

1761 • **Solidarität mit der Opposition gegen das Lukaschenka-Regime.** Wir richten eine Freund-
1762 schchaftsgruppe für Belarus ein, um die Demokratiebewegung mit einem Aktionsplan zu
1763 unterstützen. Wir setzen uns für die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des
1764 belarussischen Volkes ein.

1765 • **Mehr Realismus und Härte in der Iran-Politik.** Der Iran ist nicht nur die größte Bedrohung
1766 des jüdischen und demokratischen Staates Israel, sondern einer der größten Gefährder
1767 des Weltfriedens. Das Atom-Abkommen mit Teheran ist gescheitert. Wir werden den
1768 Druck erhöhen, indem wir Sanktionslücken umfassend schließen, Menschenrechtsver-
1769 teidiger und vor allem Frauen gezielt unterstützen und den gefährlichen Einfluss des ira-
1770 nischen Regimes in Deutschland beenden.

1771 • **Kurswechsel im Sahel.** Die deutsche und europäische Sahel-Politik ist gescheitert. An die
1772 Stelle demokratischer Regierungen sind von Russland unterstützte Militärregime getre-
1773 ten. Wir wollen daher mit unseren europäischen Partnern eine neue Sahel-Strategie auf-
1774 legen. Damit unterstützen wir die Menschen vor Ort, sodass sie sich nicht auf den gefähr-
1775 lichen Weg zu uns nach Europa machen müssen.

1776 **Ja zu einer voll verteidigungsfähigen Bundeswehr**

1777 **Unser Plan:**

1778 **Moderne Bundeswehr auf Höhe der Zeit.**

1779 **Mehr Verantwortung in der NATO übernehmen.**

1780 **Aufwachsende Wehrpflicht – Perspektive Gesellschaftsjahr, starke Verankerung**
1781 **der Bundeswehr in der Gesellschaft.**

1782 **Für eine leistungsfähige Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa.**

1783 **Wir handeln.**

1784 **Moderne Bundeswehr auf Höhe der Zeit**

1785 Wir müssen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen. Daher arbeiten
1786 wir für eine verteidigungsbereite und kampffähige Bundeswehr. Sie soll den Bedrohungen
1787 des 21. Jahrhunderts die Stirn bieten und unser Land zuverlässig schützen können. Aus
1788 diesem Grund stärken wir die Bundeswehr und schätzen unsere Soldatinnen und Soldaten
1789 besonders wert. Auch setzen wir notwendige Reformen um. Unser Ziel ist es, dass die Bun-
1790 deswehr einen zentralen Beitrag zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO
1791 leistet und zu einem Vorbild im Kreis unserer Verbündeten wird.

1792 • **Streitkräfte besser aufstellen.** Wir stellen die militärischen und zivilen Strukturen der
1793 Bundeswehr neu auf und fokussieren uns dabei auf den militärischen Zweck und Nutzen
1794 zur Erfüllung des Kernauftrags. Die Bundeswehr braucht eine adäquate Infrastruktur mit
1795 modernen Kasernen und Übungsplätzen, Flugplätzen, Marinestützpunkten, Depotstruk-
1796 turen und Verwaltungseinheiten.

1797 • **Verteidigung ganzheitlich umsetzen.** Unsere Sicherheit ist umfassend, auch in Deutsch-
1798 land, herausgefordert. Unsere Aufgaben im Rahmen der NATO-Verpflichtungen wollen
1799 wir umfassend erfüllen, insbesondere auch mit dem Ausbau des Heimatschutzes.

1800 • **Vollausstattung und materielle Reserven für die Truppe bilden.** Wir setzen uns für eine
1801 Vollausstattung ein. Darüber hinaus bedarf es breiter Reserven von allem, was die Bun-
1802 deswehr für die Verteidigung einsetzt. Nur das gewährleistet die Durchsetzungsfähigkeit
1803 und Einsatzbereitschaft.

1804 • **Einsatzreserve schaffen, Reservisten wertschätzen.** Die aktive Truppe muss sich auf eine
1805 starke Reserve verlassen können, die sie im Einsatzfall ablösen und entlasten kann. Dazu
1806 ist die Reserve strukturell neu aufzustellen und möglichst so auszubilden und auszustat-
1807 ten wie vergleichbare aktive Truppenteile. Auch als Mittler für die Truppe in der Mitte der
1808 Gesellschaft kommt den Reservisten eine besondere Bedeutung zu. Diese Rolle gilt es zu
1809 stärken.

1810 • **Bei Zukunftstechnologien voranschreiten.** Die Bundeswehr muss als führende europäi-
1811 sche Armee in den Bereichen Weltraum-, Drohnen- und beim europäischen Abwehr-
1812 schirm weiter vorangehen. Hierzu werden wir die eigenen Cyberfähigkeiten massiv auf-
1813 bauen und den nationalen und supranationalen Rechtsrahmen für den effektiven Einsatz
1814 fortentwickeln. Wir bauen eine Drohnenarmee auf, inklusive der notwendigen Produkti-
1815 onskapazitäten. Dazu gehören auch Investitionen in die Drohnenforschung und das Er-
1816 richten einer Drohnenabwehr.

1817 **Mehr Verantwortung in der NATO übernehmen**

1818 Wir stehen ohne Wenn und Aber zur transatlantischen Verteidigungsallianz. Sie garantiert
1819 der Bundesrepublik seit mehr als 75 Jahren Frieden, Freiheit und Sicherheit. Jetzt ist es an
1820 der Zeit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Unser Ziel: Europa soll in transatlantischer
1821 Partnerschaft die eigenständige Verteidigungsbereitschaft erhöhen und mit der NATO als
1822 wertebasierter Verteidigungsallianz Frieden, Freiheit und Sicherheit garantieren.

1823 • **Ohne Wenn und Aber zur NATO stehen.** Wir halten die NATO-Verpflichtungen für die Fi-
1824 nanzierung unserer Verteidigung verlässlich und dauerhaft ein. Wir verstehen das aktu-
1825 elle Zwei-Prozent-Ziel der NATO als Untergrenze unserer Verteidigungsausgaben, um
1826 eine vollständig einsatzbereite Bundeswehr mit einer personellen und materiellen Voll-
1827 ausstattung zu ermöglichen. Zudem stehen wir zur nuklearen Teilhabe. Sie ist unver-
1828 zichtbares Element der Abschreckung und Rückversicherung im gemeinsamen Bündnis.

1829 • **Europäische Verteidigung stärken.** Wir wollen die Bundeswehr gemeinsam mit anderen
1830 europäischen Streitkräften in eine Verteidigungsunion integrieren, die in die Strukturen
1831 der NATO eingebettet ist. Das Vereinigte Königreich wollen wir eng einbeziehen.

1832 • **Glaubwürdig abschrecken.** Wir begrüßen die Ankündigung der USA zur Stationierung
1833 weitreichender Waffensysteme in Deutschland. Diese Stationierung ist die folgerichtige
1834 Antwort auf die Aufrüstung Russlands und trägt in bedeutender Weise zur glaubwürdigen
1835 Abschreckung bei.

1836 **Aufwachsende Wehrpflicht – Perspektive Gesellschaftsjahr, starke Verankerung**
1837 **der Bundeswehr in der Gesellschaft**

1838 Die Truppenstärke trägt entscheidend bei zu einer glaubhaften Abschreckung und zum Er-
1839 füllen der NATO-Fähigkeitsziele. Wir wollen sie von 180.000 auf 203.000 Soldatinnen und
1840 Soldaten erhöhen. Für uns ist die Bundeswehr eine Armee von Staatsbürgerinnen und
1841 Staatsbürgern in Uniform. Unsere Frauen und Männer in Uniform leisten einen unverzicht-
1842 baren Dienst für die gesamte Gesellschaft. Sie verdienen unsere höchste Anerkennung und
1843 volle Unterstützung. Ihr Platz ist in der Mitte der Gesellschaft.

1844 • **Soldatinnen und Soldaten wertschätzen.** Wir wollen die Bundeswehr stärker im öffentli-
1845 chen Leben verankern, etwa durch mehr öffentliche Gelöbnisse oder im Rahmen des
1846 jährlichen Veteranentages. Herausragende militärische Leistungen würdigen wir stär-
1847 ker. An dem Modell der Jugendoffiziere, die an Schulen einen wichtigen Bildungsauftrag
1848 erfüllen, halten wir fest.

1849 • **Aufwachsende Wehrpflicht einführen.** Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes
1850 Gesellschaftsjahr, das wir mit der aufwachsenden Wehrpflicht zusammendenken. So
1851 werden wir dem Personalbedarf zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit gerecht.
1852 Aus dem Kreis der Gemusterten sollen diejenigen benötigten Tauglichen kontingentiert
1853 und zum Grundwehrdienst einberufen werden, die ihre Bereitschaft zum Wehrdienst sig-
1854 nalisiert haben.

1855 • **Armee nicht überlasten.** Die Bundeswehr soll nur so viele Einberufungen vornehmen, wie
1856 es die Streitkräfteplanung erfordert. Wie bereits vor Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr

1857 2011 wird es wieder möglich sein, seinen Dienst beispielsweise in einer „Blaulichtorga-
1858 nisation“ abzuleisten. Dieses Modell stärkt die Resilienz unseres Landes im Rahmen der
1859 Gesamtverteidigung.

1860 **Für eine leistungsfähige Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa**

1861 Deutschland und Europa müssen sich selbst in die Lage versetzen, die zum Schutz des Kon-
1862 tinents notwendigen Verteidigungsgüter zu produzieren. Eine eigenständige und leistungs-
1863 fähige Verteidigungsindustrie ist von strategischer Bedeutung für die europäische Souve-
1864 ranität.

1865 • **Mehr Zusammenarbeit und mehr Verlässlichkeit.** Wir streben den Aufbau eines europä-
1866 ischen Binnenmarktes für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln an. So
1867 wird die Exportpolitik für Rüstungsunternehmen verlässlicher. Länderübergreifende Ko-
1868 operation der Verteidigungsindustrien in Europa wollen wir noch konsequenter und ziel-
1869 strebiger vorantreiben.

1870 • **Stabile Finanzierungsmöglichkeiten.** Der europäischen Verteidigungsindustrie muss ein
1871 besserer und flexiblerer Zugang zu Finanzierungsmitteln ermöglicht werden. Wir besei-
1872 tigen bisherige negative Bewertungen und Ausschlussbegründungen bei Finanzierungs-
1873 und Nachhaltigkeitsfragen sowie bei ESG-Kriterien für unsere Verteidigungsindustrien.

1874 • **Gemeinsame Projekte forcieren.** Wir unterstützen die Zusammenarbeit von europäi-
1875 schen Forschungseinrichtungen im Verteidigungsbereich. Bestehende Instrumente
1876 müssen effizienter ausgerichtet und genutzt werden. Das gilt für die Ständige Strukturierte
1877 Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung (PESCO) und die Koordi-
1878 nierte Verteidigungsplanung für Europa (CARD), aber auch den Europäischen Verteidi-
1879 gungsfonds (EVF).

1880 • **Mehr Geschwindigkeit bei Material und Ausrüstung.** Wir stellen das Beschaffungswesen
1881 neu auf und straffen die Prozesse spürbar. Das Beschaffungsamt der Bundeswehr ist
1882 heute zu breit aufgestellt. Wir wollen aus dem Amt einzelne überjährige Großprojekte
1883 herauslösen und in eine neue schlanke, schlagkräftige Agentur überführen. Zudem brau-
1884 chen wir mehr Planungssicherheit bei Haushaltsmitteln.

1885 **Ja zu einem starken Europa**

1886 **Unser Plan:**

1887 **Für ein Europa, das Prioritäten setzt.**

1888 **Handlungsfähigkeit der Europäischen Union substanziell stärken.**

1889 **Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik neu ausrichten.**

1890 **Wir handeln.**

1891 **Für ein Europa, das Prioritäten setzt**

1892 Die EU muss sich auf jene Aufgaben konzentrieren, die auf europäischer Ebene besser als
1893 auf nationaler erfüllt werden können. Unser Ziel ist ein Europa, das regional verwurzelt,
1894 nationalstaatlich getragen und europäisch legitimiert ist.

1895 • **Mehr Europa nur dort, wo Europa einen Mehrwert für alle schafft.** Dazu gehören vor allem
1896 die Vertiefung des Binnenmarkts, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, eine stabile
1897 Wirtschafts- und Währungsunion, Forschung und Innovation, Klimaschutz, Energie, eine
1898 ambitionierte Außenhandelspolitik, den Stopp illegaler Migration, Digitalisierung sowie
1899 Verteidigung. Entbehrliche Aufgaben sollen entfallen.

1900 • **„Deal für Wettbewerbsfähigkeit“.** Europa braucht dringend einen Schub für mehr wirt-
1901 schaftliche Leistungskraft. Dabei setzen wir auf marktbasierte Instrumente, Technolo-
1902 gieoffenheit und Vertrauen. Noch bestehende Hindernisse im grenzüberschreitenden
1903 Waren- und Dienstleistungsverkehr müssen schnellstmöglich abgebaut werden. Wir set-
1904 zen uns ein für Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Entwicklung aller europäi-
1905 schen Regionen.

1906 • **Aktionsplan für weniger Bürokratie in Europa.** Wir wollen einen sofortigen Belastungs-
1907 stopp für neue und laufende EU-Initiativen, einen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check und
1908 einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat, der die Bürokratiekosten misst
1909 und auch die Erfahrungen in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts be-
1910 rücksichtigt. Wir wollen eine starke Bürokratiebremse („One in, two out“) in Europa
1911 durchsetzen.

1912 • **Mehr Chancen eröffnen.** Wir wollen gerade Mittelständlern das Leben bei Vergaben ein-
1913 facher machen. Deshalb wollen wir, dass die europäische Definition von kleinen und
1914 mittleren Unternehmen angepasst wird. Die Schwellenwerte für öffentliche Aufträge set-
1915 zen wir herauf.

1916 **Handlungsfähigkeit der Europäischen Union substanziell stärken**

1917 Europapolitik war und ist immer zuerst eine Politik für den Frieden in Freiheit. Wir stehen
1918 für ein nach innen und außen starkes Europa. Hierzu gehört auch eine klare Ordnung der
1919 Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten.

1920 • **EU nach innen und außen handlungsfähiger machen.** Dazu braucht es Reformen der In-
1921 stitutionen und ihrer Arbeitsweisen.

1922 • **Subsidiarität konsequent beachten.** Das Instrument der Subsidiaritätsrüge wollen wir
1923 weiterentwickeln und zugleich vereinfachen.

1924 • **Rechtsstaatlichkeit in Europa wirksamer verteidigen.** Bereits heute gibt es Möglichkei-
1925 ten, um schwerwiegende Verletzungen der Grundwerte durch einzelne Mitgliedstaaten
1926 festzustellen und zu sanktionieren. Diese Spielräume müssen von der EU-Kommission
1927 konsequenter zur Anwendung gebracht werden.

1928 **Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik neu ausrichten**

1929 Wir wollen den EU-Beitrittsprozess realistisch ausgestalten. Deshalb soll die Erweiterung
1930 stärker an konkreten Leistungen der Beitrittskandidaten ausgerichtet werden – ohne Ab-
1931 striche bei den Kriterien. Gleichzeitig brauchen wir einen Neustart in unserer Nachbar-
1932 schaftspolitik.

1933 • **Länder auf ihrem Weg in die EU unterstützen.** Der Beitritt der Länder des westlichen Bal-
1934 kans, der Ukraine und der Republik Moldau liegt in unserem sicherheits- und geopoliti-
1935 schen Interesse. Deshalb schlagen wir Zwischenstufen für Kandidatenländer vor, die
1936 noch nicht alle Beitrittsanforderungen erfüllen, aber die Reformen hin zu einer Mitglied-
1937 schaft beherzt umsetzen.

1938 • **Dialog mit den Nachbarstaaten vertiefen.** Dafür nutzen wir die Potenziale der Europäi-
1939 schen Politischen Gemeinschaft. Doppelstrukturen mit der EU lehnen wir jedoch ab.

1940 • **Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich vertiefen.** Es ist im gegenseitigen In-
1941 teresse, eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, gerade in der Sicherheits- und
1942 Verteidigungspolitik.

1943 • **Politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Türkei.** Die Türkei bleibt von strategi-
1944 scher Bedeutung und wichtiger Partner für Europa. Wir bedauern, dass sie sich derzeit
1945 von der Werteordnung der EU entfernt und ihr daher nicht beitreten kann.

1946 • **Partnerschaften und Kooperationen mit Nachbarstaaten stärken.** Das gilt insbesondere
1947 für die Länder des Europäischen Wirtschaftsraumes Norwegen, Island und Liechtenstein
1948 sowie für unseren Nachbarn Schweiz.

1949 • **Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen.** Wir bauen die partnerschaftlichen Bezie-
1950 hungen im Nahen und Mittleren Osten sowie im Norden Afrikas aus. Einen Schwerpunkt
1951 legen wir dabei auf die Unterbindung illegaler Migration.

IV. Unser Plan für ein Land, das wieder zusammenhält

Es gibt viel zu tun für unser Land der Möglichkeiten: für unsere Familien, für unser reichhaltiges Vereinsleben, für eine breit gefächerte Kultur- und Bildungslandschaft inklusive dualer Ausbildung, exzellenter Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Zusammen ist alles möglich. Sie alle müssen gestärkt werden. Klar ist auch, dass unser Staat einen Zahn zulegen muss.

Ein funktionierender Staat geht nur mit Zusammenhalt. Aber umgekehrt gilt auch: Zusammenhalt gibt es nur mit einem Staat, der funktioniert. Dafür braucht unser Land jetzt einen Politikwechsel.

Wir wollen ein Land, das wieder zusammenhält.

Wir wollen Deutschland wieder nach vorne bringen.

Ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können.

Ja zu Leitkultur und Zusammenhalt

Unser Plan:

Menschen miteinander verbinden.

Kultur leben und Freiheit schützen.

Sport und Bewegung fördern.

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sichern.

Wir handeln.

Menschen miteinander verbinden

Unser Land ist lebenswert. Unser Land ist neue Heimat für viele Menschen. Unser Land lebt davon, dass wir uns verstehen, begegnen und füreinander eintreten. Wir sehen jeden Einzelnen – und wissen zugleich: Ohne Verbindlichkeiten kann eine vielfältige Gesellschaft wie unsere nicht funktionieren.

- **Der Vielfalt eine Ordnung geben.** Die Werte unseres Landes müssen wir definieren und durchsetzen. Es braucht eine Leitkultur.

- **Bekenntnis zu unseren Werten.** Wer sich für unser Land entscheidet, entscheidet sich auch für seine Werte und unsere freiheitliche Demokratie. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zu Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaat. Wir verlangen ein eindeutiges Bekenntnis zu Israel und seinem Existenzrecht. Dazu gehört auch die Ablehnung von Antisemitismus in jeder Form.

- 1984 • **Integration fördern und fordern.** Viele Menschen sind in den vergangenen Jahren aus
- 1985 Kulturen zu uns gekommen, die sich von der westlichen Kultur unterscheiden: in ihren
- 1986 Werten, ihrem Staats- und Religionsverständnis und ihrer Alltagskultur. Deshalb muss
- 1987 Integration weiterhin gefördert, aber intensiver als bisher eingefordert werden.
- 1988 • **Konkrete Integrationsschritte vereinbaren.** Mit verpflichtenden Integrationsvereinba-
- 1989 rungen zeigen wir anerkannt Schutzberechtigten Schritte für eine gelingende Integration
- 1990 auf, setzen ihnen Etappenziele und kontrollieren, dass sie auf diese hinarbeiten. Wir
- 1991 schaffen für diese Gruppe einen gemeinnützigen integrativen Dienst, um diejenigen an
- 1992 den Arbeitsmarkt heranzuführen, die keine Beschäftigung finden.
- 1993 • **Bessere Startchancen schaffen.** Das Erlernen der deutschen Sprache legt den Grundstein
- 1994 für Integration und Teilhabe. Ein breites Angebot an Deutsch- und Integrationskursen
- 1995 ermöglicht Erfolge in Bildung und Arbeit.
- 1996 • **Integration ist keine Hauruckaktion.** Die Einbürgerung steht immer am Ende einer er-
- 1997 folgreichen Integration. Deshalb lehnen wir die Express-Einbürgerung der Ampel nach
- 1998 nur drei Jahren Aufenthalt genauso entschieden ab wie die generelle Möglichkeit der
- 1999 doppelten Staatsbürgerschaft. Wir machen sie rückgängig. Für uns sind gute Deutsch-
- 2000 kenntnisse, die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt und Straffreiheit unabding-
- 2001 bare Voraussetzungen für die Einbürgerung.
- 2002 • **Zusammenhalt lernen und leben.** Der Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen un-
- 2003 terschiedlicher Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Er bietet die Chance,
- 2004 über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, und trägt zur Persönlichkeitsbildung bei.
- 2005 Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das wir mit der auf-
- 2006 wachsenden Wehrpflicht zusammendenken.
- 2007 • **Freiwilliges Engagement stärken.** Wir setzen ein Vereinspaket für unser Ehrenamt um,
- 2008 mit dem wir Bürokratie, Datenschutz und Haftungsfragen angehen. Zudem setzen wir
- 2009 mehr Anreize für private Gelder und Spenden und erleichtern den Zugang zu öffentlicher
- 2010 Förderung.
- 2011 • **Ehrenamt steuerlich entlasten.** Wir erhöhen die Ehrenamts- und die Übungsleiterpau-
- 2012 schale spürbar.
- 2013 • **Vereinen mehr Vertrauen entgegenbringen.** Die notarielle Beglaubigung von Anträgen
- 2014 auf Satzungsänderung oder Vorstandswechsel soll entfallen. Genehmigungen und Aufla-
- 2015 gen für öffentliche Veranstaltungen machen wir einfacher.
- 2016 • **Datenschutz an die Praxis anpassen.** Wir ändern die Datenschutzauflagen für gemein-
- 2017 nützige Vereine. Sie sollen keinen Datenschutzbeauftragten mehr bestellen müssen.
- 2018 • **Mehr Mut und Tempo bei Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR).** Unser
- 2019 Land braucht mehr denn je eine unabhängige Medienlandschaft. Das betrifft die privaten
- 2020 Medien, aber genauso den ÖRR. Es braucht ein Informationsangebot, das nicht überwält-
- 2021igt, belehrt oder bevormundet, nicht tendenziös oder einseitig ist. Wir verpflichten den
- 2022 ÖRR zu seinem Kernauftrag: Sparsamkeit, mehr Meinungsvielfalt und Neutralität.
- 2023 • **Duales Mediensystem erhalten.** Private Medien brauchen Werbeeinnahmen. Daher tra-
- 2024 gen wir Sorge dafür, dass das Wettbewerbsumfeld, in dem sie arbeiten, fair gestaltet ist.

2025 • **Deutsch ohne Beipackzettel und Bevormundung.** Wir stehen zur geschlechtergerechten
2026 Sprache. Den Gender-Zwang aus ideologischen Gründen aber lehnen wir ab, weil er Bar-
2027 rieren errichtet, Menschen ausgrenzt und bevormunden will. Wir setzen uns dafür ein,
2028 dass im öffentlichen Raum – an Schulen und Universitäten, im Rundfunk und der Ver-
2029 waltung – auf die Gendersprache verzichtet wird.

2030 **Kultur leben und Freiheit schützen**

2031 Unser Land ist reich an Kultur – reich an Traditionen und Bräuchen, an Kunst und Archi-
2032 tektur, an Literatur und Musik, an Geschichte und religiöser Vielfalt. Dieser Reichtum
2033 zeichnet uns aus – in Stadt und Land. Unsere Kultur ist das Fundament unserer Freiheit,
2034 auf dem wir als Nation heute stehen und auch in Zukunft stehen wollen. Deshalb stellen wir
2035 uns allen entgegen, die versuchen, uns diesen kulturellen Reichtum zu nehmen.

2036 • **Traditionen erlebbar machen.** Kulturelle Traditionen sind Teil unserer Leitkultur. Orte
2037 der Kultur wie Museen, Theater, Konzerthäuser, religiöse Einrichtungen, Bibliotheken,
2038 Archive oder Gedenkstätten bewahren unsere Traditionen und Bräuche und tragen dazu
2039 bei, diese lebendig zu gestalten. Sie gilt es zu erhalten und zu stärken.

2040 • **Erinnerungskultur verstetigen und erweitern.** Die Erinnerung an die beiden totalitären
2041 Regime in Deutschland ist für uns ein Auftrag für Gegenwart und Zukunft. Zugleich er-
2042 weitern wir den Erinnerungsansatz um die Geschichte des Kolonialismus.

2043 • **SED-Diktatur weiter aufarbeiten.** Dazu wollen wir Wissenschaft und Forschung auch in
2044 den kommenden Jahren fördern. Zudem beseitigen wir rentenrechtliche Benachteiligun-
2045 gen bei Übersiedlern aus der DDR und Verfolgten des SED-Regimes.

2046 • **Kulturföderalismus bewahren und stärken.** Eine funktionierende und lebendige kultu-
2047 relle Infrastruktur zählt zur Daseinsvorsorge. Museen, Theater, Bibliotheken oder Gale-
2048 rien gehören auch in den ländlichen Raum. Sie sind Voraussetzung für gleichwertige Le-
2049 bensverhältnisse.

2050 • **Zukunftstechnologien und Kultur zusammendenken.** Neue Technologien wie Künstliche
2051 Intelligenz werden auch in der Kultur ein Wirtschaftsfaktor sein. Wir setzen uns dafür
2052 ein, dass die Potenziale genutzt werden.

2053 • **Eigeninitiative und Wirtschaftlichkeit honorieren.** Die Innovationskraft unserer Gesell-
2054 schaft steckt in der Kultur. Sie ist zugleich ein Wirtschaftsfaktor für unser Land. Wir un-
2055 terstützen die Bereitschaft zur Eigenverantwortung von Kultureinrichtungen. Kultur-
2056 Sponsoring, Mäzenatentum und Wirtschaftskooperationen sollten keine Fremdwörter
2057 im Management moderner Kultureinrichtungen sein.

2058 • **Clubs als Kulturorte anerkennen.** Clubs sind Orte des kulturellen Austauschs. In der
2059 Baunutzungsverordnung sollten Clubs als Orte der Kultur anerkannt werden, um ihre ge-
2060 sellschaftliche Bedeutung zu unterstreichen.

2061 • **Kreativwirtschaft stärken.** Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf die Unterstützung
2062 der Musikindustrie sowie die Kino-, Film-, und Games-Förderung.

- 2063 • **Christliche Traditionen bewahren.** Deutschland ist geschichtlich, kulturell und wertemä-
2064 ßig tief vom christlichen Glauben geprägt. Die Kirchen leisten einen unverzichtbaren Bei-
2065 trag für Bildung, Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns
2066 zum Schutz der christlichen Feiertage und zur Sonntagsruhe sowie zur geregelten Ko-
2067 operation zwischen Staat und Kirche. Der Religionsunterricht ist unverzichtbar. Wir
2068 sprechen uns dafür aus, Religion als ein ordentliches Schulfach aufzuwerten.
- 2069 • **Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften schützen.** Wir schätzen es, wenn Re-
2070 ligion zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt und Orientierung gibt. Der umfäng-
2071 liche Schutz der Religionsfreiheit und der Schutz religiöser und weltanschaulicher Min-
2072 derheiten ist uns ein besonderes Anliegen. Unser Grundgesetz garantiert die Religions-
2073 freiheit. Sie ist jedoch kein Freibrief zum Verbreiten von Ideologien, die sich gegen an-
2074 dere Religionen und unsere freiheitliche Rechtsordnung richten. Religionsfreiheit ist und
2075 bleibt auch in Zukunft die entscheidende Nagelprobe für freiheitliche Demokratie,
2076 Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Gewissensfreiheit sowie alle übrigen universalen
2077 Menschenrechte.
- 2078 • **Jüdisches Leben schützen und wertschätzen.** Seit dem Terror-Angriff der Hamas am
2079 7. Oktober 2023 bricht sich in unserem Land ein lange nicht mehr vorstellbarer Juden-
2080 hass Bahn. Deutschland trägt besondere Verantwortung, dagegen vorzugehen. Die Nati-
2081 onale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben werden wir aktualisieren
2082 und konkreten Maßnahmen umsetzen. Denn wir sind dankbar, dass es heute wieder ein
2083 lebendiges jüdisches Leben in unserem Land gibt.
- 2084 • **Muslime in unserer Mitte stärken.** Wir dulden keine Abwertung von Muslimen. Unser Ziel
2085 ist ein lebendiges und vielfältiges muslimisches Gemeindeleben, das sich Deutschland
2086 zugehörig fühlt und fest auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung steht. Im
2087 Rahmen einer Stiftung unterstützen wir Moscheegemeinden, die diese Voraussetzungen
2088 erfüllen, und die Ausbildung von Imamen in Deutschland und in deutscher Sprache. Das
2089 erleichtert die Integration.
- 2090 • **Kein ferngesteuerter Islam.** Es darf keine Einflussnahme ausländischer Regierungen
2091 über Moscheevereine und Islamverbände auf die deutschen Muslime unter dem Deck-
2092 mantel der Religionsfreiheit geben. Deshalb führen wir eine Pflicht zur Offenlegung der
2093 Finanzierung und Spender ein. Ganz generell gilt: Vereine und Verbände, die Geld von
2094 ausländischen Regierungen und mit ihnen verbundenen Organisationen erhalten, kön-
2095 nen weder staatliches Geld aus Deutschland erhalten noch Kooperationen mit unseren
2096 staatlichen Stellen eingehen.
- 2097 • **Kulturelle Bildung generationsübergreifend fördern.** Kulturelle Bildung findet zu Hause
2098 und in der Schule statt, sollte aber auch fester Bestandteil des Angebots aller Kulturein-
2099 richtungen werden, damit Kultur auch in der Zukunft ein Publikum hat.
- 2100 • **Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Aussiedler pflegen.** Es ist ein selbstver-
2101 ständlicher und wertvoller Teil unserer Identität. Das deutsche Kulturerbe im östlichen
2102 Europa entfaltet an vielen Orten eine verbindende Kraft. Wir verankern es zusammen mit
2103 den Vertriebenen und ihren Verbänden als festen Bestandteil der deutschen Kulturna-
2104 tion und Teil der europäischen Identität.

- 2105 • **Erinnerung an Flucht und Vertreibung stärken.** Wir stärken die Bundesförderung nach
 2106 dem Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetzes. Wir machen die Umbenennung
 2107 des bisherigen „Bundesinstituts für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östli-
 2108 chen Europa“ rückgängig und überführen die Bundesanstalt für ihren Kernauftrag der
 2109 Beratung und Unterstützung der Bundesregierung gemäß § 96 BVFG nach Berlin. Die un-
 2110 selbständige Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung machen wir selbständig und brin-
 2111 gen eine Neugestaltung der Dauerausstellung voran.
- 2112 • **Vertriebene und Aussiedler würdigen.** In unserer historischen Verantwortung treten wir
 2113 für die Angehörigen der Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen
 2114 Minderheiten ein. Ihre Aufbauleistung und Brückenfunktion sind konstitutiv für das
 2115 Selbstverständnis unserer Nation.
- 2116 • **Alles unter einem Dach.** Wir führen die Zuständigkeiten für Heimatvertriebene, Aussied-
 2117 ler und Spätaussiedler sowie deutsche Minderheiten wieder im Bundesinnenministe-
 2118 rium zusammen und stärken das Amt des Beauftragten für Aussiedlerfragen und natio-
 2119 nale Minderheiten. Wir fördern weiter die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.
- 2120 • **Das Tor für Spätaussiedler nach Deutschland offenhalten.** Wir stärken sie in ihrer Selbsti-
 2121 dentifikation als Deutsche. Wir stehen weiterhin für die gesetzlich garantierte Aufnahme
 2122 deutscher Spätaussiedler ein und richten die gesetzlichen Vorgaben noch stärker an der
 2123 Lebenswirklichkeit der Menschen in den Herkunftsgebieten aus. Wir ermöglichen den
 2124 Zuzug der nach dem 1. Januar 1993 geborenen Angehörigen.
- 2125 • **Fremdrentengesetz reformieren.** Wir beseitigen das Problem rentenrechtlicher Benach-
 2126 teiligungen und fremdverschuldeter Altersarmut bei Aussiedlern und Spätaussiedlern.
- 2127 • **Kultur als Brücke in Europa und der Welt.** Die Europäische Union ist auf einer gemeinsa-
 2128 men Kultur gegründet. Kultur baut Brücken, auch dies ist eine Lehre der deutschen Ge-
 2129 schichte. Internationale Kooperationen zur Kulturförderung werden wir deshalb weiter
 2130 unterstützen.

2131 **Sport und Bewegung fördern**

2132 Deutschland ist ein sportbegeistertes Land und eine großartige Sportnation von internati-
 2133 onaler Bedeutung. Sport und Bewegung verbinden Menschen, vermitteln Werte, unterstüt-
 2134 zen Integration und Inklusion, stärken die Gesundheit. Sport und Behindertensport sind
 2135 wertvoll – für jeden Einzelnen und das gesellschaftliche Miteinander. Deshalb unterstützen
 2136 wir die Sportentwicklung in allen Bereichen. Dabei sind uns Breiten- und Spitzensport
 2137 gleichermaßen wichtig.

- 2138 • **Dem Sport eine starke Stimme geben.** Wir ordnen die politischen Strukturen des Sports
 2139 neu, siedeln die Sportpolitik im Bundeskanzleramt an und ernennen einen Staatsminis-
 2140 ter für Sport und Ehrenamt. Für die kommende Wahlperiode stellen wir sicher, dass die
 2141 Sportmilliarde zur Verfügung steht.
- 2142 • **Bewegung und Miteinander fördern, Leistungsgedanken stärken.** Wir setzen uns bei un-
 2143 seren Grundschulkindern für eine halbe Stunde Sport täglich ein. Bundesjugendspiele
 2144 mit Wettbewerbscharakter in ganz Deutschland sind uns ein Anliegen, das wir über die
 2145 Kultusministerkonferenz stärken.

- 2146 • **Sicher schwimmen können.** Am Ende seiner Grundschulzeit soll jedes Kind schwimmen
2147 können. Gemeinsam mit den Ländern setzen wir eine bundesweite Aktion zum Schwim-
2148 menlernen auf.
- 2149 • **Für die Besten der Besten.** Wir schärfen die Mechanismen zur Talenterkennung und er-
2150 möglichen eine gezielte Spitzensportförderung. Nur mit besten Trainingsbedingungen,
2151 bester Betreuung, auch im Hinblick auf physische und mentale Gesundheit, schaffen wir
2152 einen Trendwechsel hin zu mehr Medaillen bei Großveranstaltungen.
- 2153 • **Traineroffensive.** Wir verbessern die Bedingungen für die Trainerinnen und Trainer, um
2154 den Sportstandort Deutschland weiter voranzubringen.
- 2155 • **Duale Karriere im Sport ausbauen.** Dabei unterstützen wir neben Bundeswehr, Polizei
2156 und Zoll als wichtige Säulen im Spitzensport künftig auch Kommunen und Unternehmen.
- 2157 • **Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland.** Sport begeistert Menschen, sport-
2158 liche Erfolge motivieren uns als Gesellschaft. Mit Sportgroßveranstaltungen beweist
2159 Deutschland Organisationsfähigkeit. Wir unterstützen eine Bewerbung um die Olympi-
2160 schen und Paralympischen Spiele.
- 2161 • **Sport muss sauber und sicher sein.** Wir stärken die Kontrollinstanzen für den Kampf ge-
2162 gen Doping und kämpfen entschieden gegen Korruption und Manipulation. Sexualisierte
2163 Gewalt hat im Sport keinen Platz. Sportvereine müssen sichere Orte für Kinder und Ju-
2164 gendliche sein.
- 2165 • **Breite E-Sport-Landschaft fördern.** E-Sport ist in Deutschland so etabliert, dass wir nun
2166 die Gemeinnützigkeit anerkennen.

2167 **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sichern**

2168 Menschen mit und ohne Behinderungen leben gemeinsam und gleichberechtigt. Sie lernen
2169 und arbeiten miteinander. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb stärken wir Selbstän-
2170 digkeit, Eigenverantwortlichkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen weiter.
2171 Ein inklusiver Sozialraum und Barrierefreiheit sehen wir als Mehrwert für alle Generatio-
2172 nen. Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten der Teilhabe und Inklusion.

- 2173 • **Mehr Chancen bieten.** Wir erleichtern Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Aus-
2174 bildung und Arbeit mit passgenauen Impulsen für einen inklusiven Arbeitsmarkt. Dafür
2175 stärken wir sowohl die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt als auch Inklusionsbe-
2176 triebe und Werkstätten. Denn sie bieten einen geschützten Raum, um sich im Arbeitsle-
2177 ben zu erproben.
- 2178 • **Leistungen aus einer Hand.** Unser Ziel ist es, eine integrierte Leistungsplanung einzufüh-
2179 ren. Für den Bürger soll es keine Rolle mehr spielen, wie viele Sozialleistungsträger ge-
2180 rade für ihn zuständig sind.
- 2181 • **Gesundheitssystem inklusiver gestalten.** Wir setzen uns für weitere Verbesserungen
2182 beim barrierefreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und Informationen ein.
2183 Wir führen den Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheits-
2184 wesen fort. Aufwändige Antragsprozesse für Hilfsmittel, insbesondere für Kinder mit Be-
2185 hinderungen, werden wir vereinfachen.

- 2186 • **Mehr Achtsamkeit im öffentlichen Raum.** Barrieren in Bus und Bahn müssen schneller
2187 beseitigt werden. Gleiches gilt für Hürden im Alltag wie beliebig abgestellte Leihräder und
2188 -roller, die gerade für blinde und sehbehinderte Menschen eine Unfallgefahr sind.
- 2189 • **Bildungsvielfalt erhalten.** Wir fördern Gebärdensprache als Minderheitensprache. Wir
2190 sorgen für individuelle Bildungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler mit Behin-
2191 derungen und sehen neben Inklusionsangeboten auch Förderschulen als Bestandteil der
2192 Bildungswelt.

2193 **Ja zu Familie und Verantwortung**

2194 **Unser Plan:**

2195 **Familien unterstützen.**

2196 **Elternrechte stärken – Kinder- und Jugendschutz sichern.**

2197 **Wir handeln.**

2198 **Familien unterstützen**

2199 Familien sind echte Leistungsträger. Sie übernehmen Verantwortung über Generationen
2200 hinweg und geben unserem Land Stabilität. Zugleich heißt Familie immer auch: Leben mit
2201 Herausforderungen, von knapper Zeit bis knappe Kasse. Unser Anspruch ist: Wir geben den
2202 Familien genug Spielräume, um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können.

2203 • **Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie.** Die Ehe als rechtlich verbindliche und auf
2204 Dauer angelegte Verbindung zweier Menschen steht unter dem besonderen Schutz des
2205 Grundgesetzes. Daran halten wir fest.

2206 • **Unterschiedliche Lebensentwürfe respektieren.** Verantwortung und Vielfalt gehören für
2207 uns zusammen. Nicht nur in klassischen Familien, sondern auch in Patchwork- und
2208 Trennungsfamilien sowie bei Alleinerziehenden und in gleichgeschlechtlichen Bezie-
2209 hungen werden Werte gelebt, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind.

2210 • **Auf gute Partnerschaft.** Wir bekennen uns zur Elternzeit und zum Elterngeld. Sie haben
2211 sich als familienpolitische Leistung bewährt und entsprechen dem Wunsch vieler Fami-
2212 lien, sich Aufgaben zu teilen. Wir verbessern das Elterngeld. Den Partnerschaftsbonus
2213 bei gleichzeitiger vollzeitnaher Teilzeit beider Eltern entwickeln wir weiter.

2214 • **Mehr Eltern- und Familienbildung.** Wir bauen Beratungsangebote und Frühe Hilfen für
2215 Familien aus. Dafür stärken wir den Fonds Frühe Hilfen und setzen uns für eine bessere
2216 Vernetzung bestehender Strukturen ein. So erleichtern wir Familien, die auf Unterstüt-
2217 zung angewiesen sind, den Zugang zu Familienhebammen oder ehrenamtlichen Famili-
2218 enpatenschaften.

- 2219 • **Überblick für Familienleistungen schaffen.** Wir wollen ein übergreifendes digitales Por-
 2220 tal für alle Familienleistungen, damit Familien die ihnen zustehenden Leistungen ein-
 2221 fach und unbürokratisch erhalten können. Dabei müssen auch die Möglichkeiten des Da-
 2222 tenaustauschs verbessert werden.
- 2223 • **Familien finanziell entlasten.** Unser Ziel ist, den Kinderfreibetrag in Richtung des Grund-
 2224 freibetrags der Eltern zu entwickeln. Entsprechend heben wir auch das Kindergeld an,
 2225 das künftig nach der Geburt automatisch ausgezahlt werden soll. Gleichzeitig setzen wir
 2226 uns dafür ein, dass das Kindergeld für im EU-Ausland lebende Kinder an die Unterhalts-
 2227 kosten des jeweiligen Landes angepasst werden kann. Zudem bündeln wir Familienleis-
 2228 tungen und machen sie einfacher zugänglich.
- 2229 • **Ehegattensplitting erhalten.** Ehepartner, die unterschiedlich verdienen, dürfen nicht be-
 2230 nachteiligt werden. Deshalb halten wir am Ehegattensplitting fest und wollen Kinder
 2231 künftig stärker berücksichtigen.
- 2232 • **Für eine gute Betreuung, auf die sich Familien auch verlassen können.** Deshalb wollen
 2233 wir, dass die Infrastruktur ausgebaut, die Qualität gesteigert und die Betreuungssituation
 2234 verbessert wird. Kitas in ihrer Rolle als Bildungseinrichtungen stärken wir. Zudem ver-
 2235 bessern wir die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.
- 2236 • **Alleinerziehende finanziell unterstützen.** Sie sind besonders armutsgefährdet, selbst
 2237 wenn sie arbeiten. Deshalb erhöhen wir den steuerlichen Entlastungsbetrag.
- 2238 • **Familien bei Integration unterstützen.** Für Familien mit Zuwanderungsgeschichte füh-
 2239 ren wir bewährte Programme fort. Dazu zählen die speziellen Integrationskurse oder die
 2240 Förderung von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte, um deren Berufseinstieg zu eb-
 2241 nen.
- 2242 • **Junge Menschen stärken.** Wir entwickeln die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, dass sie
 2243 ihnen bestmögliche Unterstützung bietet. Dabei setzen wir auf Strukturen, die Sicherheit
 2244 und Verlässlichkeit garantieren. Wir bauen psychosoziale Unterstützungsangebote aus.
- 2245 • **Augen vor Altersdiskriminierung nicht verschließen.** Wir wollen ein Deutschland, in dem
 2246 alle Generationen gleichberechtigt und respektvoll zusammenleben. Wir bringen daher
 2247 ein umfassendes Paket zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung auf den Weg. Dazu
 2248 gehören Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen, die Förderung altersfreundlicher Ar-
 2249 beitsmodelle und klare Regelungen, um Diskriminierung im Berufsalltag entgegenzutre-
 2250 ten. Auch digitale Angebote müssen für Seniorinnen und Senioren handhabbar sein.
- 2251 • **Einsamkeit bekämpfen.** Das wird in einer alternden Gesellschaft noch wichtiger. Wir un-
 2252 terstützen die gute Arbeit bestehender Netzwerke weiter: Nachbarschaftshilfen, ehren-
 2253 amtliches Engagement, Beratungsstellen und Telefonseelsorge. Ziel muss zugleich eine
 2254 möglichst abgestimmte Unterstützung durch Gesundheitsdienste, soziale Einrichtungen
 2255 und Bildungseinrichtungen sein.

2256 **Elternrechte stärken – Kinder- und Jugendschutz sichern**

2257 Familie ist nicht immer heile Welt. Deshalb heißt für uns Familienpolitik auch: Wir lassen
 2258 niemanden allein mit Sorgen und Problemen. Gerade wenn es darauf ankommt, muss un-
 2259 ser Staat Verantwortung übernehmen. Das Kindeswohl hat für uns oberste Priorität.

- 2260 • **Paragraf 218 bleibt.** Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch bildet einen
 2261 mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungs-
 2262 recht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt. Zu dieser Rechts-
 2263 lage stehen wir.
- 2264 • **Kindeswohl schützen, Elternrechte stärken.** Aus Gründen des Kindeswohl werden wir bei
 2265 Partnerschaftsgewalt das Sorge- und Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils aus-
 2266 schließen. Rechte des biologischen Vaters dürfen nicht durch Vereinbarung der Mutter
 2267 mit Dritten ausgehebelt werden.
- 2268 • **Kein Aufenthalt durch Scheinvaterschaften.** Sie sind ein Betrug an der Gemeinschaft und
 2269 am Kind. Die missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung stellen wir unter Strafe.
- 2270 • **Kinder- und Jugendschutz statt beliebiger Identitätspolitik.** Das Selbstbestimmungsge-
 2271 setz der Ampel erlaubt bei Kindern und Jugendlichen, ihren Geschlechtseintrag und Vor-
 2272 namen auch ohne Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidung zu ändern.
 2273 Das lehnen wir entschieden ab. Gerade in der altersbedingt volatilen Lebensphase der
 2274 Pubertät muss ausgeschlossen werden, dass Persönlichkeitszweifeln mit einem leicht-
 2275 fertigen Geschlechtswechsel begegnet wird. Es braucht in jedem Fall unabhängige psy-
 2276 chologische Gutachten. Operative Eingriffe vor der Volljährigkeit lehnen wir ab.
- 2277 • **Kein leichtfertiger Geschlechtswechsel bei Erwachsenen.** Der Wechsel des Ge-
 2278 schlechtseintrags darf nicht der Beliebigkeit hingegeben werden. Auch gilt, jeder ge-
 2279 schlechtsangleichenden Operation muss eine ausführliche unabhängige Zweitberatung
 2280 vorausgehen.

2281 **Ja zu Aufstieg durch Bildung**

2282 **Unser Plan:**

2283 **Gute Bildung von Anfang an sicherstellen.**

2284 **Lernort Schule stärken.**

2285 **Wir handeln.**

2286 **Gute Bildung von Anfang an sicherstellen**

2287 Das Lernen beginnt am Tag der Geburt. Nie wieder lernt ein Mensch so schnell wie in den
 2288 ersten Jahren. In der Familie, in der Kita und im Kindergarten werden nicht nur die Grund-
 2289 lagen für einen erfolgreichen Lebensweg geschaffen, sondern es entscheidet sich auch
 2290 maßgeblich, wie unser Land morgen und übermorgen aussieht. Unser Ziel: Kinder bekom-
 2291 men unabhängig von Herkunft und Geldbeutel die Chance, das Beste aus sich herauszuho-
 2292 len. Das ist ein elementares Gebot der Chancengerechtigkeit – und ein Schlüssel zu neuem
 2293 Erfolg für unser Land. Dafür brauchen sie ein funktionierendes, verlässliches Bildungs- und
 2294 Betreuungssystem. Wir brauchen zweite Chancen für Jugendliche ohne ersten Bildungsab-

2295 schluss und starke Weiterbildung angesichts technologischer Umbrüche und Digitalisie-
2296 rung. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wollen wir in Form und Inhalt
2297 deutlich verbessern, ohne die klar geregelten Zuständigkeiten in Frage zu stellen.

2298 • **Förderbedarfe richtig erkennen.** Wir setzen stärker auf die Bildungsforschung, um ein-
2299 heitliche Standards zur flächendeckenden Diagnose des Entwicklungsstands aller Drei-
2300 bis Vierjährigen zu schaffen. Künftig müssen Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik zum
2301 Wohle aller Kinder Hand in Hand gehen. Hierzu müssen Bund, Länder und Kommunen
2302 enger zusammenwirken.

2303 • **Schulreife aller Kinder anstreben.** Wir setzen auf Mindeststandards und unterstützen mit
2304 einem weiteren Investitionsprogramm Länder und Kommunen beim Ausbau der Betreu-
2305 ungsplätze.

2306 • **Sprachprobleme früh beheben.** Jedes Kind, das eingeschult wird, muss Deutsch können.
2307 Alle Kinder mit Förderbedarf wollen wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Pro-
2308 gramm in einer Kita, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten. Zudem lei-
2309 ten wir einen Neustart des erfolgreichen Bundesprogramms Sprach-Kitas ein.

2310 • **Zusammenarbeit klar strukturieren.** Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für
2311 eine verbesserte Kooperationsstruktur für Schule, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe.

2312 **Lernort Schule stärken**

2313 Bildung ist das große Aufstiegsversprechen, das unser Land jeder jungen Generation gibt:
2314 Bei den allermeisten gelingt es, bei viel zu vielen jedoch immer noch nicht. Zehntausende
2315 Schulabbrecher pro Jahr sind ein Armutszeugnis für unser Land – und eine Gefahr für
2316 Wohlstand und Zusammenhalt. Wir müssen Kinder und Jugendliche mehr fördern und
2317 mehr fordern. Schule ist Pflicht. Schulabschluss auch.

2318 • **Bildungsföderalismus auf der Höhe der Zeit.** Es darf nicht sein, dass der Wohnort maß-
2319 geblich über die Qualität der Bildung entscheidet. Wir setzen auf aussagekräftige und ver-
2320 bindliche Vergleichsarbeiten und Lernstandserhebungen. Unser Ziel ist ein bundesweit
2321 qualitativ vergleichbares Abitur auf hohem Niveau. Es darf keine Nivellierung der Anfor-
2322 derungen geben.

2323 • **Ganztagsausbau vorantreiben.** Wir forcieren den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote
2324 für Grundschulkinder. Jedes Kind soll individuell mehr gefördert und gefordert werden.
2325 Klar ist: Lesen, Schreiben und Rechnen sind die Grundlage für jeden Bildungserfolg.

2326 • **Weiterführende Schule heute heißt auch digitale Schule.** Da, wo es sinnvoll ist, wird mit
2327 Tablet, E-Book und Whiteboard gearbeitet. Zudem muss die Schule neben der Medienbil-
2328 dung und Informatik auch kritisches Denken, Kreativität, Kommunikation und Kollabo-
2329 ration fördern.

2330 • **DigitalPakt Schule 2.0.** Damit legen wir den Fokus auf digitale Infrastruktur, digitale Lehr-
2331 und Lernprogramme sowie auf die forschungsbasierte Qualifizierung von Lehrkräften
2332 und Schulleitungen. Datenschutz muss auch hier pragmatisch sein.

2333 • **Innovationsgeist junger Menschen fördern.** Kompetenzen in Mathematik, Informatik,
2334 Naturwissenschaften und Technik (MINT) sind zentral, um die Herausforderungen der

2335 Zukunft zu bewältigen. Den seit Jahrzehnten erfolgreichen Talentwettbewerb „Jugend
2336 forscht“ bauen wir aus.

2337 • **Evidenzbasierte Bildungspolitik benötigt Daten.** Deshalb fordern wir Bund und Länder
2338 auf, ein bundesweites Bildungsverlaufsregister über alle Stufen formaler Bildung zu
2339 schaffen und einen regelhaften Zugang der Forschung zu diesen Daten vorzusehen. Als
2340 erster Schritt soll eine ländergemeinsame datenschutzkonforme Identifikationsnummer
2341 für alle Schülerinnen und Schüler (Schüler-ID / Statistik-ID) eingeführt werden.

2342 • **Social-Media-Nutzung kritisch in den Blick nehmen.** Die frühe Nutzung von Social-Media
2343 hat Auswirkungen auf die Gesundheit sowie die Lern- und Leistungsfähigkeit von Kin-
2344 dern und Jugendlichen auch in der Schule. Diese werden wir schnellstmöglich wissen-
2345 schaftlich basiert bewerten und ein Maßnahmenpaket zur Stärkung von Gesundheit- und
2346 Jugendmedienschutz vorlegen.

2347 **Ja zu leistungsstarker beruflicher und** 2348 **akademischer Bildung**

2349 **Unser Plan:**

2350 **Berufliche und akademische Bildung gezielt stärken.**

2351 **Mit Exzellenz in die Zukunft gehen.**

2352 **Alle Talente in Deutschland bestmöglich fördern.**

2353 **Wir handeln.**

2354 **Berufliche und akademische Bildung gezielt stärken**

2355 Die berufliche und die akademische Bildung sind für uns gleichwertig. Berufsschülerinnen
2356 und Berufsschüler, Auszubildende sowie Studentinnen und Studenten sind die Zukunft un-
2357 seres Landes. Beide Bildungswege bieten für junge Menschen hochattraktive Lebensper-
2358 spektiven. Wir fördern die Stärken der Menschen in beiden Bildungswegen.

2359 • **Duale Ausbildung weiter voranbringen.** Wir unterstützen die Entwicklung der Berufs-
2360 schulen. Im Bündnis mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Kammern machen wir die
2361 Berufsbildung zukunftsfest. Die Allianz für Aus- und Weiterbildung führen wir fort.

2362 • **Berufsorientierung fördern.** Wir wollen die Zahl der Jugendlichen senken, die weder zur
2363 Schule gehen noch eine Ausbildung absolvieren oder einer Beschäftigung nachgehen.
2364 Ein strukturierter, individueller Prozess einer Berufsorientierung in allen Schulformen
2365 ist hierfür entscheidend. Zusammen mit den Akteuren, die sich bundesweit und regional
2366 in der Berufsorientierung engagieren, wollen wir sämtliche bestehenden Maßnahmen
2367 aufeinander abstimmen.

2368 • **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung verbindlich regeln.** Bund
2369 und Länder verankern den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich in einem Staats-
2370 vertrag.

- **Veränderungen im Berufsbild erkennen.** Die erforderlichen Fähigkeiten in einem Beruf wandeln sich. Deshalb prüfen wir regelmäßig die Aus- und Fortbildungsordnungen und passen sie an. Die Digitalisierung der Weiterbildung und der Arbeitsprozesse treiben wir voran.
- **Aufgeben ist keine Option.** Innovative Konzepte für Schulabgänger, Studienabbrecher und -zweifler, wie das Freiwillige Handwerksjahr, müssen sich mehr herumsprechen. Geringqualifizierte finden leichter Schritt für Schritt zum Berufsabschluss. Deshalb werden wir Teil- und Weiterqualifizierungen stärken und in weiteren Berufen einführen.
- **Schranken abbauen.** Wir öffnen den Zugang zum höheren Dienst des Bundes auch für Bachelor-Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung. So stellen wir die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sicher und stärken die Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung.

Mit Exzellenz in die Zukunft gehen

Wir sehen uns in der Verantwortung, das Wissenschaftssystem zukunftsfest aufzustellen, ob Hochschule oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Dafür braucht es leistungsfähige Strukturen und eine stabile Finanzierung. Wir setzen auf Freiheit, Effizienz und Eigenverantwortung, Wettbewerb, Kooperationsmodelle – und weniger Bürokratie. Forschungspolitik müssen wir auch strategisch begreifen.

- **Exzellenz-Paket statt Durchschnitt.** Wir unterstützen Spitzenleistungen, Profilbildungen und Kooperationen im Wissenschaftssystem. Exzellenz entsteht durch Wettbewerb. So entwickeln wir die Exzellenzstrategie weiter. Den bürokratischen Aufwand für die Verfahren zum Wettbewerb reduzieren wir auf ein absolutes Minimum.
- **Personal in der Wissenschaft entwickeln.** Es ist in unserem ureigenen Interesse, dass die Wissenschaft ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Leistungsfähige Wissenschaft braucht leistungsstarke Nachwuchswissenschaftler. Junge, hochtalentierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler rücken wir in den Fokus. Deshalb stärken wir gezielt den Mittelbau an Hochschulen.
- **Deutsch-israelische Forschungsk Kooperationen stärken.** Wir setzen uns dafür ein, dass Israel als einer der führenden Forschungsstandorte weltweit noch stärker als bislang in die Forschungsaktivitäten der EU eingebunden wird. Wir wollen durch intensivere Formen der Kooperation mehr von Israel lernen.
- **Kompetenznetzwerk für jüdische Gegenwartsforschung entwickeln.** Wir bauen das Wissen über jüdisches Leben in Deutschland und weltweit aus. Die vorhandene Expertise zu jüdischer Gegenwartsforschung bündeln und stärken wir.
- **Exzellente Forschung europäisch und weltweit fördern.** Wir erweitern das Weimarer Dreieck um eine Wissenschaftsplattform. Forschungsk Kooperation mit den USA, Kanada, das Vereinigte Königreich und Israel bei Schlüsseltechnologien bauen wir strategisch aus, um Europa wettbewerbsfähiger zu machen.
- **Strategische Sicherheitsforschung stärken.** Die strategische Sicherheitsforschung ist von existentieller Bedeutung für Deutschland. Bereits vorhandene Expertise wollen wir bün-

2411 deln, Akteure miteinander vernetzen und gezielt fördern. Dafür werden wir ein Kompe-
2412 tenznetzwerk für strategische Sicherheitsforschung entwickeln. Gerade auch China müs-
2413 sen wir mit mehr Kompetenz begegnen. Deshalb bauen wir ein Netzwerk für unabhän-
2414 gige Chinawissenschaften auf.

2415 • **Für mehr Praxisorientierung.** Das enorme Innovationspotenzial von Studenten und Wis-
2416 senschaftlern an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wollen wir heben. Dafür
2417 entwickeln wir das Programm „Forschen an Hochschulen für Angewandte Wissenschaf-
2418 ten (HAW)“ weiter.

2419 • **Mehr Freiräume geben.** Wir ermöglichen Hochschulen und außeruniversitären For-
2420 schungseinrichtungen, ihre Geräte gegen Gebühr zu vermieten. Hindernisse im Vereins-
2421 recht beseitigen wir und passen das Haushaltsrecht durch Experimentierklauseln an.

2422 **Alle Talente in Deutschland bestmöglich fördern**

2423 Deutschland bietet unfassbar vielen Menschen mit besonderen Fähigkeiten und Fertigkeit-
2424 en eine Heimat. Sie erbringen Höchstleistungen in der beruflichen und akademischen Bil-
2425 dung. Wir setzen uns dafür ein, alle Talente in unserem Land bestmöglich zu fördern. Sie
2426 sollen hier bei uns ihre Zukunft sehen.

2427 • **Für mehr Talente in der beruflichen Bildung.** Wir öffnen die Tür zu den Begabtenförde-
2428 rungswerken weiter. So kommen beruflichen Talenten auch wertvolle Angebote wie Aus-
2429 landsaufenthalte, Vernetzungsmöglichkeiten und finanzielle Unterstützung zugute.

2430 • **Unternehmertum in der Begabtenförderung verankern.** Leistungsträger in der berufli-
2431 chen und akademischen Bildung haben beste Chancen für eine erfolgreiche Selbständig-
2432 keit. Wir unterstützen sie auf ihrem Weg.

2433 • **Stipendiensätze anheben.** Stipendien sind ein wichtiges Instrument der Begabtenförde-
2434 rung. Sie müssen in Art und Umfang ausgebaut und möglichst unbürokratisch vergeben
2435 werden. Talente in der beruflichen und akademischen Bildung brauchen Freiräume für
2436 Bestleistungen. Ein Stipendium sollte in Deutschland vollauskömmlich sein.

2437 • **Internationale Talente für Deutschland gewinnen.** Wir stärken den Austausch internati-
2438 onaler Wissenschaftler und fördern Studien- und Forschungsaufenthalte, insbesondere
2439 bei Schlüsseltechnologien.

2440 • **Aufstiegs-BAföG dem technologischen Wandel anpassen.** Gerade im Handwerk braucht
2441 Deutschland Fachkräfte. Das hohe Tempo des Fortschritts erhöht die Taktung von erfor-
2442 derlichen Fortbildungen. Wir unterstützen Fachkräfte noch stärker in ihren Fortbil-
2443 dungsaktivitäten.

2444 • **Qualitative Bildung gerecht finanzieren.** Wir stimmen das BAföG und den KfW-Studien-
2445 kredit besser aufeinander ab. Das BAföG muss auskömmlich sein. Wir sorgen dafür, dass
2446 BAföG-Anträge künftig einfacher und vollständig digital gestellt und damit schneller be-
2447 schieden werden können. Den Gesetzesvollzug für das Auslands-BAföG beschleunigen
2448 wir und verankern ihn zentral in bundeseigener Verwaltung.

2449 • **Mehr Verdienstmöglichkeiten.** Wir bieten BAföG-Empfängern die Möglichkeit, mehr hin-
2450 zuzuverdienen.

- 2451 • **Planungssicherheit geben.** Die Aufnahme eines Studienkredits darf kein unkalkulierba-
2452 res Risiko sein. Deshalb setzen wir uns für faire Konditionen ein und stellen einen festen
2453 Zinssatz sicher.

2454 **Ja zu guter Gesundheit und Pflege**

2455 **Unser Plan:**

2456 **Gesundheitssystem besser aufstellen.**

2457 **Pflege zukunftsfest machen.**

2458 **Wir handeln.**

2459 **Gesundheitssystem besser aufstellen**

2460 Die Alterung unserer Gesellschaft, der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, der medi-
2461 zinisch-technische Fortschritt und steigende Kosten stellen unsere Gesellschaft vor große
2462 Herausforderungen. Sie erfordern strukturelle Anpassungen auch in der Gesundheits- und
2463 Pflegeversorgung. Uns geht es um jeden Einzelnen, um Daseinsvorsorge, Eigenverantwor-
2464 tung und Prävention. Wir stehen dabei zu den Grundpfeilern des deutschen Gesundheits-
2465 systems mit seiner bewährten Selbstverwaltung, zur Dualität von gesetzlicher und privater
2466 Krankenversicherung, zu unserem Bekenntnis zum Grundsatz der Freiberuflichkeit und
2467 zur solidarischen Beitragsfinanzierung. Wir führen einen Mentalitätswandel in der Ge-
2468 sundheitspolitik herbei: Miteinander und nicht gegeneinander ist das Gebot der Stunde.

2469 • **Hochwertige Versorgung in der Stadt und auf dem Land.** Dies muss auch Grundgedanke
2470 einer Krankenhausreform sein. Die Planungshoheit der Länder für Krankenhäuser bleibt
2471 dabei unberührt. Die stationäre Versorgung mit einer flächendeckenden Grund- und Re-
2472 gelversorgung insbesondere im ländlichen Raum sowie der erforderlichen Konzentra-
2473 tion von spezialisierten Leistungen denken wir zusammen mit der ambulanten haus-
2474 und fachärztlichen Versorgung sowie den Leistungen der anderen Gesundheitsberufe,
2475 die mehr Verantwortung für die Versorgung übernehmen sollen. Ziel muss sein, einen
2476 kalten Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft zu verhindern. Fehlsteuerungen in
2477 Folge der Krankenhausreform werden wir korrigieren.

2478 • **Fehlanreize im Gesundheitssystem beseitigen.** Wir entwickeln die Notfallversorgung
2479 weiter und stärken die Arbeit der Rettungsdienste – eng verzahnt mit der medizinischen
2480 Versorgung und dem Katastrophenschutz unter Beteiligung der Kommunen.

2481 • **Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung zukunftsfest aufstellen.** Dazu streben
2482 wir mehr Effizienz beim Einsatz von Beitragsgeldern an und stärken den Wettbewerb der
2483 Krankenkassen.

2484 • **Versorgung stärken.** Wir entwickeln die Hausarztpraxis innovativ weiter. Sie soll eine
2485 stärkere Steuerungsfunktion der Patienten übernehmen, um zu einer besseren Koordi-
2486 nation der Behandlungsabläufe beizutragen und die Wartezeiten auf Arzttermine zu sen-
2487 ken. Gleichzeitig müssen wir alle Berufsgruppen von Bürokratie entlasten. Es gilt mehr

- 2488 Zeit für Behandlung zu schaffen. Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern
2489 und Jugendlichen gestalten wir zukunftsfest um. Familien müssen dort, wo sie wohnen,
2490 bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Wir wollen die ambulanten und statio-
2491 nären Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen bedarfsgerecht verbessern,
2492 insbesondere für Kinder und Jugendliche.
- 2493 • **Gesundheit von Frauen stärker in den Blick nehmen.** Bei Prävention, Entstehung, Diag-
2494 nose, Therapie und der Erforschung von Erkrankungen bestehen zwischen Männern und
2495 Frauen zum Teil noch große Unterschiede. Auch wenn einige Fortschritte gemacht wur-
2496 den, sehen wir weiterhin viele geschlechtsspezifische Ungleichheiten zuungunsten von
2497 Frauen. Wir wollen geschlechtsspezifische Medizin stärker als bisher als eigenständiges
2498 Aufgabenfeld vorantreiben. Dazu braucht es Konzepte und Maßnahmen, die Frauen in
2499 Gesundheitsbildung, -förderung und -versorgung besser erreichen – unterstützt durch
2500 ein insgesamt differenziertes und geschlechtergerechtes Vorgehen in Forschung und
2501 Versorgung.
- 2502 • **Prävention in den Mittelpunkt stellen.** Große Chancen sehen wir in der Verhinderung
2503 gängiger Volkskrankheiten. Wir wollen Präventionsangebote in allen Lebensbereichen
2504 verbessern und die Menschen in ihrer Eigenverantwortung und Gesundheitskompetenz
2505 stärken.
- 2506 • **Reha-Verfahren vereinfachen.** Wir setzen uns für ein einheitliches Antragsverfahren ein.
2507 Medizinische und berufliche Rehabilitation müssen besser verzahnt werden.
- 2508 • **Apotheken stärken und erhalten.** Sie sind nicht nur die erste und niederschwellige An-
2509 laufstelle für viele Menschen mit ihren Gesundheitsanliegen. Sie sichern auch verlässlich
2510 und dauerhaft die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln rund um die Uhr. Mit
2511 einer Apothekenreform stärken wir die Präsenzapotheken und geben ihnen eine Zu-
2512 kunft.
- 2513 • **Starker Gesundheits- und Pharmastandort.** Deutschland war einmal die Apotheke der
2514 Welt. Es muss daher unser Anspruch sein, die Pharma- und Gesundheitswirtschaft einer
2515 echten Leitökonomie zu machen. Dazu brauchen wir den regelmäßigen Dialog mit den
2516 Herstellern, dem Großhandel und allen weiteren Akteuren. Wir werden die Standort- und
2517 Wettbewerbsbedingungen verbessern und die Entwicklung neuer Produkte erleichtern,
2518 zum Beispiel durch schnellere Zulassungsverfahren.
- 2519 • **Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten abbauen, Versorgung verbessern.**
2520 Dazu müssen wir Lieferketten – auch bei der Grundversorgung – sichern und die Ent-
2521 wicklung von Reserveantibiotika, Impfstoffen sowie die Forschung an Kinderarzneimit-
2522 teln oder Krebstherapien verbessern. Gleiches gilt für Therapien für seltene Erkrankun-
2523 gen, um zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen.
- 2524 • **Digitalisierung im Gesundheitsbereich voranbringen.** Sie ist der Schlüssel zu schnellerer
2525 und sicherer Versorgung. Die Potenziale der elektronischen Patientenakte, von digitalen
2526 Gesundheitsanwendungen oder des Einsatzes von KI werden wir im Einklang mit dem
2527 Datenschutz weiter ausschöpfen. Mit umfassender Aufklärung wollen wir die freiwillige
2528 Weitergabe der persönlichen Gesundheitsdaten für klinische Studienzwecke und damit
2529 die Bekämpfung von Krankheiten voranbringen. Die Digitalisierung in den Arztpraxen
2530 und der ambulanten Versorgung wollen wir gezielt unterstützen.

2531 Pflege zukunftsfest machen

2532 Pflege darf kein Armutsrisiko sein – das ist unser Anspruch. Wir lassen uns von Solidarität
2533 und Generationengerechtigkeit leiten. Die Soziale Pflegeversicherung in Deutschland ist
2534 ein Erfolgsmodell in der Sozialpolitik. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen braucht
2535 sie 30 Jahre nach ihrer Einführung durch die Union ein Update. Dazu brauchen wir einen
2536 umfassenden gesellschaftlichen Dialog über das zentrale Zukunftsthema Pflege und müs-
2537 sen neue Wege gehen, damit die Versorgung von Pflegebedürftigen verlässlich und bezahl-
2538 bar bleibt. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen
2539 und die Beschäftigten in der Pflege. Mit einer klaren Finanzierungsstruktur schaffen wir die
2540 Voraussetzungen, um gute Pflege für Jung und Alt in unserem Land zu gewährleisten.

2541 • **Vorsorge bezahlbar und nachhaltig machen.** Wir setzen bei der Vorsorge für den Pflege-
2542 fall auf einen Finanzierungsmix bestehend aus der gesetzlichen Pflegeversicherung, be-
2543 trieblichen Mitfinanzierung, Steuermitteln sowie einer eigenverantwortlichen Vorsorge.
2544 Bezahlbare Pflegezusatzversicherungen können die Finanzierungslücke in der Pflege
2545 schließen. Wir prüfen die bessere steuerliche Absetzbarkeit solcher Modelle als Teil einer
2546 nachhaltigen Vorsorge. Unser Ziel ist eine bestmögliche Absicherung der pflegebeding-
2547 ten Kosten gerade für diejenigen, die andernfalls Sozialhilfe in Anspruch nehmen müs-
2548 sen.

2549 • **Für finanzielle Stabilität der Sozialen Pflegeversicherung sorgen.** Neben einer schnellen
2550 finanziellen Stabilisierung erarbeiten wir ein umfassendes Konzept für eine stabile pfe-
2551 gerische Versorgung in einer alternden Gesellschaft und setzen es schnellstmöglich um.
2552 Dabei geht es auch darum, die Mittel der Sozialen Pflegeversicherung bedarfsgerechter
2553 so einzusetzen, dass finanzielle Belastungen der Betroffenen bestmöglich abgedeckt
2554 werden.

2555 • **Angehörigen den Rücken stärken.** Wir stellen die häusliche Pflegesituation in den Mittel-
2556 punkt und wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken. Wir wollen mehr Ver-
2557 einfachung mit einem Pflegebudget erreichen, das flexibel für pflegerische Leistungen
2558 eingesetzt werden kann. Durch starke Netzwerke im direkten Umfeld und Chancen der
2559 Digitalisierung ermöglichen wir es weiterhin einer hohen Anzahl von Pflegebedürftigen,
2560 so lang wie möglich in den eigenen vier Wänden zu wohnen.

2561 • **Prävention und Rehabilitation vor Pflege.** Die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit ist für
2562 uns nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit. Mit Prävention und Reha wollen wir Pflege-
2563 bedürftigkeit möglichst lange aufschieben. Somit entlasten wir das System tiefgreifend.

2564 • **Pflegeberufe attraktiver machen.** Eine zukunftsste Pflege braucht Menschen, die in den
2565 vielfältigen Berufen arbeiten. Um den Personalnotstand entgegenzuwirken, setzen wir
2566 auf attraktive Arbeitsbedingungen wie planbare Einsatzzeiten und Springerpools zum
2567 Abfedern von Belastungsspitzen, Aufstiegsmöglichkeiten, neue Berufsbilder und Anwer-
2568 bungen im Ausland. Gleichzeitig unterstützen wir den Einsatz und die Zusammenarbeit
2569 multiprofessioneller Teams und von Fachkräften unterschiedlicher Qualifikationsstu-
2570 fen. Wir stärken die Rolle von Pflegefachpersonen in der gesundheitlichen Versorgung
2571 und vereinfachen Dokumentationsprozesse, die viel Zeit in Anspruch nehmen.

- **Pflege ganzheitlich denken.** Stationäre und ambulante Einrichtungen sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten in der Versorgung erhalten. Durch neue Wohn- und Betreuungsformen, in denen Pflege- und Betreuungskräfte sowie Angehörige die Versorgung gemeinsam übernehmen, wollen wir starre Sektorengrenzen abbauen.
- **Weniger Bürokratie, mehr Zeit für menschliches Miteinander.** Wir bringen die Digitalisierung in der Pflege voran, streben die enge Verzahnung von Medizinischem Dienst und Heimaufsicht zur Vermeidung von Doppelstrukturen an und prüfen deren Zusammenlegung. Wir bekämpfen überbordende Bürokratie und wollen Öffnungsklauseln und Erprobungsmöglichkeiten für flexible Lösungen und neue Modelle schaffen. Unser Ziel ist: Mehr Zeit für den Menschen und weniger Zeit für Verwaltung.
- **Schutz und Würde des Lebens.** Wir bauen die Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung aus und wollen so einen würdevollen Abschied aus dem Leben ermöglichen. Die aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.

Ja zu bezahlbarem Bauen, Wohnen und zukunftsfähiger Mobilität

Unser Plan:

Für bezahlbares Bauen und Wohnen sorgen.

Verkehrsinfrastruktur erneuern, Mobilität frei wählen.

Wir handeln.

Für bezahlbares Bauen und Wohnen sorgen

Es ist die neue Soziale Frage unserer Zeit: Sind Bauen und Wohnen in unserem Land noch bezahlbar – für Menschen aller Einkommensgruppen? Gerade in den Ballungsräumen ist die Wohnsituation schwierig. Die Mieten sind für viele Menschen zu hoch, das Bauen ist unerschwinglich geworden. Um den Markt zu entspannen, hilft nur mehr Angebot. Wir brauchen mehr neue Häuser und Wohnungen, schneller und günstiger. Dafür senken wir die Baukosten durch mehr Bauland und niedrigere, sinnvolle Standards. Wir sorgen für weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung und richten die Bau-Förderung neu aus.

- **Bauen und Wohnen wieder bezahlbar machen.** Dazu entschlacken wir das Bauordnungs- und Raumordnungsrecht grundlegend und reduzieren die Vorschriften spürbar und verantwortlich. Mit dem Gebäudetyp E – wie „Einfach“ – schaffen wir die Voraussetzungen für kostengünstigeres, aber sicheres Bauen. Mit einer befristeten Sonderregelung für angespannte Wohnungsmärkte erlauben wir bei Wohnungsbauvorhaben Ausnahmen vom geltenden Planungsrecht.
- **Mehr Pragmatismus.** Wir erlauben dauerhaftes Bauen auch dort, wo bisher nur vereinfachtes Bauen nach Sonderregelungen erlaubt war. Zudem setzen wir auf einfaches und innovatives Bauen.

- 2608 • **Schnell für mehr Bauland sorgen.** Für mehr Neubau braucht es auch mehr Bauland – ge-
2609 rade in den Metropolen und Wachstumsregionen. Notwendig ist ein Mix aus (Innen-)Ver-
2610 dichtung, Neubaugebieten, Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden. In enger
2611 Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen wollen wir Brach- und Konversionsflä-
2612 chen stärker nutzen. Bundeseigene Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienauf-
2613 gaben sollen für den Wohnungsbau genutzt werden.
- 2614 • **Baukostenmoratorium erlassen.** Mit uns gibt es keine neuen Standards, die Baukosten
2615 ohne nennenswerten Mehrwert erhöhen. Planungs- und Nebenkosten senken wir durch
2616 Digitalisierung und Beschleunigung von Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren. Nied-
2617 rige Baukosten und mehr Neubau nützen vor allem auch den Mietern.
- 2618 • **Deutschland ist Mieterland.** Wir stehen für einen wirksamen und angemessenen Mieter-
2619 schutz – dazu gehören auch die Regeln zur Miethöhe. Die hohen Mieten in vielen Bal-
2620 lungszentren sind ein großes Problem. Der soziale Wohnungsbau muss solide gefördert
2621 und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden.
- 2622 • **Wohnungsbauförderung wirksam machen.** Dazu konzentrieren wir die Förderung auf
2623 den Geschosswohnungsbau in angespannten Wohnungsmärkten. Mit einer Sonderab-
2624 schreibung für den bezahlbaren Wohnraum geben wir dem Neubau einen Kickstart. Dies
2625 ergänzen wir durch eine wirkungsvolle degressive Abschreibung.
- 2626 • **Anreize für günstige Mieten.** Den Werbungskostenabzug passen wir an, damit derjenige,
2627 der weniger als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangt, künftig keine steuerlichen
2628 Nachteile hat.
- 2629 • **Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen.** Mehr Bauland und niedrige Bau-
2630 kosten helfen Familien bei der Eigentumsbildung. Die bestehenden Förderprogramme,
2631 wie zum Beispiel die Zinsverbilligungsprogramme der KfW, richten wir neu aus, indem
2632 wir die Einkommensgrenzen anheben und den Kauf von Bestandsimmobilien einbezie-
2633 hen. Den bestehenden Energieeffizienzstandard EH55 für Neubauten behalten wir bei
2634 und machen ihn wieder förderfähig.
- 2635 • **Energetische Sanierung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer ansetzen.** Wir machen
2636 Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugs-
2637 fähig. So fördern wir die effiziente energetische Sanierung des Immobilienbestands.
- 2638 **Verkehrsinfrastruktur erneuern, Mobilität frei wählen**
- 2639 Deutschlands Verkehrsinfrastruktur ist in die Jahre gekommen. Das betrifft alle Verkehrs-
2640 träger gleichermaßen. Zudem gibt es strukturelle Probleme, vor allem bei der Deutschen
2641 Bahn. Wir müssen entschlossen gegensteuern, damit die Infrastruktur wieder auf die Höhe
2642 der Zeit kommt. Menschen sollen ihre Mobilität frei wählen können – sie ist Ausdruck von
2643 Freiheit. Es hängt von den persönlichen Lebensumständen und dem Wohnort ab, welches
2644 Verkehrsmittel sinnvoll ist.
- 2645 • **Ja zum Auto, Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten.** Wir sehen in der individuel-
2646 len Mobilität den Inbegriff von Freiheit und spielen deshalb unterschiedliche Verkehrs-
2647 mittel nicht gegeneinander aus. Anti-Auto-Haltung, Fahrverbote für Innenstädte, das
2648 Umwidmen von Parkplätzen und ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen

2649 lehnen wir ab. Der Führerschein muss für junge Menschen bezahlbar sein. Dafür gilt es,
2650 Bürokratie abzubauen und die Ausbildung effizient zu gestalten. Das Verbrenner-Verbot
2651 muss rückgängig gemacht werden. Zudem darf es keine Verschärfung der Flottengrenz-
2652 werte und Strafzahlungen geben. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur ange-
2653 messen ausgebaut werden.

2654 • **Luftverkehrsstandort Deutschland erhalten.** Die Gesamtkosten des Luftverkehrs werden
2655 auf ein wettbewerbsfähiges europäisches Niveau zurückgeführt.

2656 • **ÖPNV attraktiver und zuverlässiger machen.** Wichtig ist ein bedarfsgerechter und zu-
2657 kunftsfester öffentlicher Personennahverkehr. Dazu gehören auch eine zuverlässige und
2658 robuste Infrastruktur sowie ein attraktives Angebot in Stadt und Land. Bei der Finanzie-
2659 rung des ÖPNV wollen wir eine neue Transparenz schaffen und eine auskömmliche Fi-
2660 nanzierung sichern.

2661 • **Deutsche Bahn zukunftsfähig aufstellen.** Dazu verschlanken wir das Unternehmen und
2662 stellen es neu auf. Für mehr Wettbewerb müssen Infrastruktur- und Transportbereich
2663 stärker als bisher voneinander getrennt werden. Das Bahnnetz ist grundsätzlich Teil der
2664 öffentlichen Daseinsvorsorge. Für Instandhaltung, Ausbau und Modernisierung über-
2665 nimmt der Bund die Hauptfinanzierung. Dem Ausbau der grenzüberschreitenden Infra-
2666 struktur, zum Beispiel in Richtung Polen, gilt unser besonderes Augenmerk.

2667 • **Transportkosten senken.** Wir reduzieren die übermäßige Belastung durch CO2-Preis und
2668 CO2-Zuschlag im Transportgewerbe.

2669 • **Infrastruktur solide finanzieren.** Wir sorgen für dauerhafte Finanzierungsstabilität, die
2670 unabhängig von schwankenden Haushaltsmitteln ist. Zudem müssen wir kurzfristig
2671 mehr Kapital mobilisieren, um den Investitionsstau zu lösen. Dazu setzen wir auf starke
2672 Anreize für private Investoren.

2673 • **Infrastrukturvorhaben beschleunigen und vereinfachen.** Ersatzneubauten, unwesentli-
2674 che Änderungen oder Erweiterungen können anstelle des Planfeststellungsverfahrens
2675 durch ein Anzeigeverfahren zugelassen werden. Die Genehmigungsbehörden müssen
2676 eine zügige Prüfung der eingereichten Unterlagen gewährleisten.

2677 • **Erhalt vor Neubau.** Wir stehen für eine auskömmliche Finanzierung von Autobahnen,
2678 Brücken- und Straßeninfrastruktur.

2679 • **Vorfahrt für Großprojekte.** Für die Neuerrichtung von Großinfrastrukturen bleibt das
2680 Planfeststellungsverfahren das geeignetste Instrument. Es muss aber durch einen ver-
2681 pflichtenden Verfahrensleitplan, eine Stichtagsregelung, eine Mitwirkungsverpflichtung
2682 und Digitalisierung effizienter werden.

2683 • **Auf freie Mobilität setzen.** Individualverkehr und ÖPNV gehören zusammen und müssen
2684 barrierefrei gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug und Auto, Rad- und Fußverkehr
2685 ergänzen sich sinnvoll.

2686 • **Mehr Technologie wagen.** Neben der Elektromobilität sollen alle klimafreundlichen Mög-
2687 lichkeiten für alternative Antriebe und energieeffiziente Kraftstoffe genutzt werden. Dazu
2688 gehören beispielsweise E-Fuels, Wasserstoff und nachhaltige Biokraftstoffe. Wir stehen
2689 für Technologieoffenheit.

- **Auf moderne Mobilität setzen.** Unser Ziel ist, Technologieführer beim autonomen Fahren und bei nachhaltigen Antrieben für alle Verkehrsträger zu werden. Innovative Mobilität – gerade in der Luftfahrt – hat für uns einen hohen Stellenwert.
- **Das Rad mit anderen Verkehrsmitteln verknüpfen.** Dazu setzen wir auf neue Radwege, den Ausbau des Netzes und Mobilstationen, vor allem an Verkehrsknotenpunkten. „Shared Mobility“ als Zukunftsmarkt stärken wir.
- **Transport weiterentwickeln.** Die Zukunft des Güterverkehrs gehört dem emissionsfreien Lastenverkehr, der Schiene und den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien in den Blick nehmen.
- **Schlangestehen fürs Kennzeichen beenden.** Die digitale Kraftfahrzeug-Anmeldung wollen wir zum Standard machen, indem wir sie bundesweit einheitlich und unkompliziert gestalten. Das gilt auch für die Einbindung der Versicherer. Zudem führen wir die digitale Fahrzeugakte ein.
- **Wettbewerbsfähigkeit von Häfen und Wasserstraßen stärken.** Wer seine Handelsbeziehungen ausbauen will, muss seine Häfen als Tore zur Welt mitdenken und ambitioniert voranbringen. Die maritime Wirtschaft – inklusive ihrer Marine-Bezüge – ist für uns ein wichtiger Wirtschaftszweig. Wir entwickeln die Nationale Hafenstrategie weiter und stärken die Wasserstraßen.

Ja zu einem funktionierenden Staat – das ist unser Zukunftsversprechen

Unser Plan:

Für ein erfolgreiches Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen.

Solides Haushalten, verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld.

Stabiles Geld und stabile Finanzmärkte erhalten.

Eine funktionierende Verwaltung in einem funktionierenden Staat.

Wir handeln.

Für ein erfolgreiches Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen

Deutschland ist ein schönes Land: abwechslungsreiche Naturlandschaften, weltbekannte Sehenswürdigkeiten, vielfältige Kultur und Geschichte, zahlreiche Volksfeste und lebendiges Brauchtum. Unser Land lebt von den vielen Menschen, die es mit ihrer Tatkraft tagtäglich tragen. Mittelstand und Familienunternehmen schaffen Beschäftigung und engagieren sich vor Ort. Ob in Städten, Gemeinden oder Landkreisen, bei uns lässt es sich gut leben. Damit das so bleibt, nehmen wir noch stärker die Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse und die Bedürfnisse der Menschen wahr und setzen auf einen erfolgreichen Föderalismus mit starken Ländern und starken Kommunen.

- 2725 • **In Stadt und Land gut leben.** Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse. Das unterstüt-
2726 zen wir durch kluge Stadt- und Dorfentwicklung. Wichtig ist eine gute kommunale Da-
2727 seinsvorsorge und vitale kommunale Unternehmen.
- 2728 • **Staatliche Effizienz steigern, Regionalität und Bürgernähe stärken.** Wir lösen die Heraus-
2729 forderungen einer technischen und digitalen Standardisierung im Bundesstaat. Der Ver-
2730 waltung geben wir größere Freiräume, um auch mal etwas auszuprobieren.
- 2731 • **Mehr auf die Kommunen hören.** Bei der Bund-Länder-Koordinierung müssen die Kom-
2732 munen frühzeitig eingebunden werden. Für einen besseren Gesetzgebungsprozess be-
2733 rücksichtigen wir stärker die kommunale Praxiserfahrung.
- 2734 • **Auf volle Subsidiarität setzen.** Wir wollen die Subsidiaritätsprüfung der EU stärken und
2735 eine solche auch national etablieren, um die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf
2736 die kommunale Selbstverwaltung besser abschätzen zu können.
- 2737 • **Demokratie vor Ort stärken.** Kommunale Amts- und Mandatsträger tragen unseren Staat
2738 mit. Deshalb müssen wir sie unterstützen und schützen.
- 2739 • **Wer bestellt, bezahlt.** Wir orientieren uns am Grundsatz der Konnexität. Für uns ist klar:
2740 Wer eine Leistung veranlasst oder ausweitet, muss für ihre Finanzierung aufkommen.
- 2741 • **Mischfinanzierungen abbauen.** Die Menschen müssen nachvollziehen können, wohin
2742 das Geld fließt. Die Länder sollen transparent machen, inwieweit sie Geld vom Bund
2743 zweckmäßig eingesetzt haben und welche Kommune in welcher Höhe profitiert.
- 2744 • **Lebenswerte Heimat.** Wir wollen, dass Projekte der kommunalen Daseinsvorsorge solide
2745 finanziert sind. Die Prozesse müssen schneller, die Rechtswege kürzer werden.
- 2746 • **Ausgaben im Griff haben.** Bund und Länder müssen in Abstimmung mit den Kommunen
2747 Lösungen finden, die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben zu stoppen.
- 2748 • **Vertrauen in die Kommunen.** Wir stärken Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die
2749 kommunale Selbstverwaltung. Um eine stabile Finanzlage zu gewährleisten, brauchen
2750 die Kommunen auch dauerhaft sichere Einnahmequellen.
- 2751 • **Ampel-Wahlrecht abschaffen.** Wir stehen zur Verkleinerung des Bundestages, nicht aber
2752 zur Schwächung des Direktmandats. Direkt gewählte Abgeordnete sind Garanten für Bür-
2753 gernähe und Unabhängigkeit. Zudem muss das Wahlrecht den föderalen Charakter un-
2754 serer Bundesrepublik stärker wertschätzen. Unter diesen Gesichtspunkten streben wir
2755 eine Reform an.
- 2756 • **Förderungen vereinfachen.** Wir machen die kommunal relevanten Förderprogramme
2757 des Bundes einfacher in der Abwicklung, indem wir sie zusammenfassen und auf einer
2758 Online-Plattform bündeln. Fristen fassen wir realitätsnah, vereinfachen Antragsverfah-
2759 ren und reduzieren Nachweispflichten.
- 2760 • **Für lebenswerte und resiliente Städte sorgen.** Die Anpassung an den Klimawandel wird
2761 immer wichtiger. Wir unterstützen Städte und Gemeinden beim verantwortungsvollen
2762 Umgang mit Wasser und einer verstärkten Begrünung. Die Baumschulen leisten einen
2763 wichtigen Beitrag.

2764 • **Ländliche Räume entwickeln, gleichwertige Lebensverhältnisse realisieren.** Dazu nutzen
2765 wir die Raumplanung stärker. Wir können Ballungsräume entlasten, wenn wir die Ver-
2766 kehrswege und den Nahverkehr bedarfsgerecht ausbauen. Insbesondere die „Gemein-
2767 schaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt dafür das Leit-
2768 instrument.

2769 • **Tourismus besser unterstützen.** Er leistet einen wichtigen Beitrag zu regionaler Wert-
2770 schöpfung und Beschäftigung, Wohn- und Lebensqualität, Pflege von Brauchtum und
2771 Traditionen sowie Sicherung der Infrastruktur. Für die ländlichen Räume ist er beson-
2772 ders wichtig.

2773 **Solides Haushalten, verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld**

2774 Die Haushaltslage in Deutschland ist angespannt. Die Staatsverschuldung steigt und steigt,
2775 sowohl im Bund als auch in den Ländern und Kommunen. Was Deutschland jetzt braucht,
2776 ist eine solide Haushaltspolitik. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen vom Staat zu Recht ver-
2777 langen, dass dieser verantwortungsvoll mit ihrem Steuergeld umgeht. Eine solide Haus-
2778 haltspolitik ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit, denn Schulden belasten un-
2779 sere Kinder und Enkel.

2780 • **An der grundgesetzlichen Schuldenbremse festhalten.** Sie stellt sicher, dass Lasten nicht
2781 unseren Kindern und Enkel aufgebürdet werden. Sie verpflichtet die Politik, mit den Ein-
2782 nahmen auszukommen, die für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zur Verfügung
2783 stehen, und sichert so die dauerhafte Tragfähigkeit des Bundeshaushalts. Auch in Kri-
2784 senzeiten hat sie ihre Funktionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen.

2785 • **Volle Konzentration auf die Kernaufgaben.** Das Geld ist knapp, umso mehr gilt: Jeder
2786 Euro muss effizient eingesetzt werden. Wir stehen für eine solide Haushaltspolitik. Un-
2787 mittelbar zu Beginn der neuen Wahlperiode machen wir einen ehrlichen Kassensturz
2788 und hinterfragen alle Ausgaben, insbesondere die Subventionen. So stellen wir zugleich
2789 sicher, dass bei Umsetzung unserer Projekte eine solide Haushaltsführung gewährleistet
2790 ist. Ausgaben, die ihr Ziel verfehlen, müssen entfallen. Das schafft Spielräume für unse-
2791 ren Politikwechsel. Im Rahmen einer Modernisierung des Bundeshaushalts wollen wir zu
2792 einer stärker ziel- und wirkungsorientierten Haushaltsführung kommen.

2793 • **Für eine echte Stabilitätsunion.** Allen Formen einer Haftung Deutschlands für Schulden
2794 anderer Staaten erteilen wir eine klare Absage.

2795 • **Wir stehen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt.** Dabei müssen die Maastricht-Kriterien,
2796 insbesondere die Schuldenstandsquote von 60 Prozent und das jährliche Defizit-Krite-
2797 rium von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, weiterhin verbindlich bleiben. Ver-
2798 stöße müssen mit einem automatisierten Defizitverfahren sanktioniert werden.

2799 • **Subsidiaritätsprinzip beachten.** Haushaltsmittel der EU müssen für Aufgaben eingesetzt
2800 werden, die einen europäischen Mehrwert schaffen und den Bürgerinnen und Bürgern
2801 Europas nutzen.

2802 • **Europa krisenfest machen.** Wir setzen uns für eine Insolvenzordnung für Mitgliedstaaten
2803 ein, um besser für den Ernstfall vorbereitet zu sein.

2804 Stabiles Geld und stabile Finanzmärkte erhalten

2805 Die weltweite Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 hat unsere Banken und Kapitalmärkte
2806 verändert. Seitdem gibt es in Deutschland und Europa neue Regeln für mehr Widerstands-
2807 fähigkeit und Stabilität. Wir setzen alles daran, neue Krisen zu vermeiden, unseren Finanz-
2808 standort leistungsfähiger zu machen und das Euro-Währungssystem stabil zu halten.
2809 Deutschland muss als größte Volkswirtschaft der Euro-Zone deren Stabilitätsanker bleiben.

2810 • **Geldwertstabilität wahren, Inflation verhindern.** Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit
2811 der Europäischen Zentralbank (EZB). Zugleich erwarten wir von ihr, dass sie sich für die
2812 Wahrung der Geldwertstabilität einsetzt und Inflation konsequent bekämpft. Staatsfi-
2813 nanzierung durch die EZB lehnen wir ab.

2814 • **Kapitalmarktunion weiterentwickeln.** Wir wollen die Kapitalmarktunion zügig vertiefen
2815 und den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen stärken. Denn jeder Euro, der hier an-
2816 gelegt wird, ist gut für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand in Europa. Die Regulie-
2817 rung überprüfen wir fortlaufend auf ihre Wettbewerbsfähigkeit und gleichen sie mit den
2818 Standards großer, außereuropäischer Finanzplätze ab.

2819 • **Belastung der deutschen Banken verhindern.** Bei allen Änderungen auf nationaler und
2820 europäischer Ebene achten wir darauf, dass Kreditinstitute nicht über Gebühr belastet
2821 werden und international wettbewerbsfähig bleiben. Vor allem müssen die Besonderheiten
2822 unseres bewährten Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen
2823 Banken und Genossenschaftsbanken erhalten bleiben. Unser Ziel ist, dass Deutschland
2824 – der größten europäischen Volkswirtschaft angemessen – perspektivisch der europa-
2825 weit führende Finanzplatz wird.

2826 • **Aktienrecht modernisieren und flexibilisieren.** Dazu weiten wir die Möglichkeiten von
2827 Kapitalerhöhungen aus und setzen den Mindestnennwert von Aktien herab.

2828 • **Verbraucher besser informieren.** Produktinformationsblätter müssen kundenorientier-
2829 ter und transparenter werden. Die Entwicklung von Finanzprodukten und ihre Bewer-
2830 tung durch den Anleger dürfen durch regulatorische Vorgaben nicht unnötig erschwert
2831 werden. Die EU-Taxonomie wollen wir entschärfen. Sie geht an der Realität vorbei. Die
2832 Honorar- und Provisionsberatung erhalten wir nebeneinander.

2833 • **Vielfalt der Zahlungsmethoden erhalten.** Wir möchten, dass jeder selbst entscheiden
2834 kann, wie er bei Geschäften des Alltags bezahlt. Wir setzen uns für den Erhalt des Bar-
2835 gelds ein. Denn Bargeld ist gelebte Freiheit. Darüber hinaus sind wir grundsätzlich offen
2836 für alle neuen Zahlungsmethoden.

2837 • **Digitaler Euro nur bei echtem Mehrwert.** Der Einführung eines digitalen Euro stehen wir
2838 dann offen gegenüber, wenn er einen echten Mehrwert bietet, das Bargeld ergänzt, die
2839 Finanzstabilität nicht beeinträchtigt, die Privatsphäre der Verbraucher schützt und kos-
2840 tenfrei nutzbar ist.

2841 Eine funktionierende Verwaltung in einem funktionierenden Staat

2842 Unser Staat hat die Kernaufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern zu dienen. Dazu leisten die
2843 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst täglich einen wichtigen Beitrag.

2844 Mit ihrer Expertise, ihrer Erfahrung und ihrem Engagement tragen sie ganz wesentlich
2845 dazu bei, dass unser Staat und unsere Verwaltung funktionieren. Die Wirklichkeit zeigt je-
2846 doch auch: Viel zu oft ist der Staat mit sich selbst beschäftigt und verheddert sich im Wirr-
2847 warr der Regeln, die er selbst erschaffen hat. Unser Ziel ist ein Staat, der wieder handlungs-
2848 fähiger und schneller wird. Denn nicht als Lehrmeister, sondern nur als Dienstleister kann
2849 er Vertrauen zurückgewinnen.

2850 • **Staat sofort begrenzen.** Die exorbitant gestiegene Zahl der Beauftragten reduzieren wir
2851 um mindestens 50 Prozent und kommen in der Ministerialverwaltung und der Bundes-
2852 tagsverwaltung mit mindestens zehn Prozent weniger Personal aus. Wir wollen mit we-
2853 niger Personal bessere Arbeit machen.

2854 • **Lernenden Staat bauen.** Die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen wir für eine strate-
2855 gischere und stärker datenbasierte Politik. Mit einer neuen Fehlerkultur evaluieren wir
2856 beschlossene Maßnahmen, nehmen zurück, was nicht effektiv ist, und passen die Maß-
2857 nahmen kontinuierlich an.

2858 • **Leistungsfähigkeit und Bürgernähe als Pflichtaufgabe.** Wir machen den digitalen Vollzug
2859 zum Standard. Dafür setzen wir auch das „Once-Only“-Prinzip konsequent um, wonach
2860 Bürger und Unternehmen ihre Daten nur ein einziges Mal an die Verwaltung übermitteln
2861 müssen. Das Basisregister für Unternehmen und das einheitliche Unternehmenskonto
2862 sind wichtige Bausteine.

2863 • **Verwaltung größeren Ermessensspielraum geben.** Wir richten Gesetze und andere Rege-
2864 lungen wieder stärker auf den grundsätzlichen Anwendungsfall aus, nicht in erster Linie
2865 auf den Ausnahmefall. Mit einer Experimentierklausel eröffnen wir unbürokratische Er-
2866 probungsräume. Die Entscheidungsträger vor Ort müssen die Sicherheit haben, schnelle
2867 und pragmatische Entscheidungen treffen zu können.

2868 • **Planung, Genehmigung und Umsetzung beschleunigen.** Regelungen, die in einem Be-
2869 reich zur Verfahrensbeschleunigung beitragen, müssen auch auf andere Bereiche wie
2870 Verkehr, Bau und digitale Infrastrukturen übertragen werden. Mit einer Genehmigungs-
2871 fiktion sorgen wir dafür, dass Anträge bei Ämtern und Behörden schneller beschieden
2872 werden. Zudem sollte die Präklusion eine größere Rolle einnehmen.

2873 • **Klagemöglichkeiten und Instanzen reduzieren, Blockaden abbauen.** Wir sind für die Ab-
2874 schaffung des Verbandsklagerechts bei Infrastrukturvorhaben. Dafür setzen wir uns auf
2875 europäischer Ebene ein. Kurzfristig prüfen wir, wo die Umsetzung der entsprechenden
2876 Richtlinie entscheidend über das notwendige europäische Regelungsmaß hinausgeht.
2877 Wo möglich und sinnvoll, sehen wir im Sinne schnellerer Rechtssicherheit eine Kürzung
2878 des Instanzenwegs auf zwei Instanzen vor.

2879 Wahlaufruf

2880 Liebe Wählerinnen und Wähler,

2881 liebe Bürgerinnen und Bürger,

2882 das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU trägt den Titel „Politikwechsel für
2883 Deutschland“. Genau darum geht es, um einen Politikwechsel. Es ist Zeit, dass sich was än-
2884 dert! Nach drei Jahren Ampel braucht Deutschland eine grundlegend andere Politik. Es geht
2885 um unsere Freiheit, es geht um Frieden, Wohlstand, Sicherheit und den Zusammenhalt un-
2886 serer Gesellschaft. Und es geht darum, endlich wieder stabil und verlässlich unser Land zu
2887 führen.

2888 Sie halten unseren Plan in den Händen, wie das gelingen kann. Jetzt brauchen wir Ihre Un-
2889 terstützung. Helfen Sie mit, dass aus diesem Wahlprogramm Regierungshandeln wird!

2890 Wählen Sie am 23. Februar mit Ihren beiden Stimmen die Union! Lassen Sie uns Deutsch-
2891 land gemeinsam dahin bringen, wo es hingehört: Wieder nach vorne!